

Mobilisiert Arbeitermacht, um Immigranten zu verteidigen und die Faschisten zu stoppen!

Bürgerliche Kampagne gegen Flüchtlinge nach rassistischer Randale in Chemnitz

Nach dem rassistischen Pogrom gegen Immigranten in Chemnitz im August 2018 gab es in den letzten Monaten sowohl massive, vage anti-rassistische Mobilisierungen als auch eine Reihe von Vorfällen, die deutlich die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Elementen des deutschen bürgerlichen Staates und den Faschisten zeigen. Die Regierungskoalition ist natürlich noch weiter nach rechts gegangen und arbeitet daran einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen zu verhindern. Ihr nächster Schritt wird sein, die Flüchtlinge, die bereits im Land sind und als wirtschaftlich unbrauchbar betrachtet werden, schneller abzuschieben. Dies wird den Appetit der Faschisten nur weiter anregen, die schon lange ganze Einwanderergemeinschaften im Fadenkreuz haben, die sich teils seit Generationen hier niedergelassen haben. Nach den Wahlerfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) wird zunehmend spekuliert, was wohl passieren wird, sollte der Exportboom Deutschlands nachlassen.

Gleichzeitig blickt die deutsche herrschende Klasse mit Angst und Abscheu auf die populistische Revolte der „Gelbwesten“ in Frankreich. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) sagte, der französische Präsident Macron habe in der EU mit seinen minimalen Zugeständnissen im Haushaltsplan für 2019 „Autorität eingebüßt“ – ein Aufruf zu weiterer Repression. Die AfD und die faschistischen Banden, die sich hinter ihr verstecken, werden hier geschützt und notfalls eingesetzt, weil sie für die herrschende Klasse letztendlich akzeptabler sind als ökonomisch-populistische Proteste oder (schlimmer noch!) ein Aufschwung von Klassenkämpfen, wie die Welle von wilden Streiks vor 50 Jahren.

Die Strategie der Faschisten

Der tragische Vorfall in Chemnitz, bei dem in den frühen Morgenstunden des 26. August der Deutsch-Kubaner Daniel Hillig nach einer Straßenschlägerei starb, wurde von faschistischen Hetzern dankend aufgegriffen. Unter anderen Umständen hätte Hillig ebenso gut Opfer der düsteren rassistischen und faschistischen Kräfte sein können, die versuchten, über seinen Tod Empörung aufzupeitschen. In den darauffolgenden Wochen arbeitete die AfD mit einer ganzen Reihe faschistischer Gruppen zusammen, um mehrere bedrohliche Aufmärsche zu organisieren. Der erste davon entwickelte sich zu einem Pogrom von der Art, wie Sachsen und andere Teile Deutschlands sie An-



Berlin, 13. Januar: Kontingent der Internationalistischen Gruppe bei der Liebkecht-Luxemburg-Demo

**Brecht mit dem Reformismus, ob SPD oder LINKE!
Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!**

fang der 90er-Jahre erlebten. Das versetzte das ganze Land in Aufruhr.

Was war die Antwort der reformistischen Linken, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie? Sie organisierten einige Tage später ein Konzert in Chemnitz, das Zehntausende anzog um „Herz statt Hetze“ zu proklamieren. Und Mitte Oktober führten dieselben Kräfte dann die Großdemonstration „Unteilbar“ mit hunderttausenden Teilnehmern in Berlin durch – eine „Volksfront“ mit dem Ziel, die Linke und Arbeiterbewegung mit bürgerlichen Kräften wie den Grünen oder liberalen christlichen Gruppen etc. zu vereinen. Aber fröhliches Zelebrieren von Klassenkollaboration wird die Nazis nicht stoppen.

Wir brauchen unabhängige, klassenkämpferische Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse, mit ihrem wichtigen Immigrantenteil, zusammen mit allen potenziellen Opfern des faschistischen Terrors, um die rassistischen Mörderbanden im Keim zu ersticken. Mit dieser

klassenkämpferischen Politik intervenierte die Internationalistische Gruppe im Gewerkschaftsblock bei der Unteilbar-Demo. Wir griffen den „Sozialpartnerschaftsbetrug und das selbstmörderische Vertrauen der DGB-Bürokratie an, dass der bürgerliche Staat etwas gegen die Nazis tun würde, und stellten die Notwendigkeit einer revolutionären, multiethnischen Arbeiterpartei in den Mittelpunkt.

Die AfD übernahm offen die Verantwortung für die Übergriffe in Chemnitz, was unsere marxistische Charakterisierung dieser Partei als faschistoid nochmals bestätigt. Ihr Pressesprecher im Bundestag Frohnmaier rechtfertigte auf Twitter: „Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz einfach!“ AfDler halfen auch bei der Verbreitung erfundener Geschichten, wie z. B., dass der Auslöser der tödlichen Auseinandersetzung ein sexueller Übergriff von Flüchtlingen gewesen sein soll, was selbst die sächsische Polizei demen-

tierte. Erst Wochen später wurde aufgedeckt, dass faschistischer Abschaum am 27. August erst das koschere Chemnitzer Restaurant Schalom unter Rufen von „Hau ab aus Deutschland, Du Judensau“ attackierte, den Besitzer verletzte, und dann weiterzog um „ausländische“ Restaurants anzugreifen. Es geht um „ethnische Säuberungen“, die nach Ansicht der Faschisten in Teilen Ostdeutschlands tatsächlich umsetzbar sind. Dafür nutzen sie den ganzen alten Dreck aus, wie die uralten rassistischen Fantasien über die Notwendigkeit, die „deutsche Frau“ zu schützen.

Die Korrelation zwischen den Wahlerfolgen der AfD und der ansteigenden rassistischen Gewalt in Sachsen ist bemerkenswert. Am 1. Oktober deckte die Polizei eine kleine Gruppe auf, die sich „Revolution Chemnitz“ nannte und beschuldigt wird, hinter einer „Bürgerwehr“ zu stehen, die Angriffe auf Immigranten verübte und Anschläge auf Ausländer, Politiker und Journalisten plante. Dies erinnert an die Todeslisten von AfD-Unterstüt-

zern in Mecklenburg-Vorpommern, die 2017 aufgedeckt wurden.

Zurzeit genügt es der AfD und ihrer Jugend, linke Versammlungen an der Humboldt-Universität in Berlin zu stören, was andernorts, z. B. in Greifswald, das Werk der faschistischen „Identitäten“ ist (die zunehmend mit der AfD verbandelt sind). Linke sind auch bei Leibe nicht die einzigen Ziele der AfD und der faschistischen Banden, die doch schließlich auch die „deutsche Familie retten“ wollen. Die gemeldeten Hassverbrechen gegen Lesben, Schwule und Transgender in Deutschland sind 2017 um ein Viertel gestiegen, selbst nach Angaben des Innenministeriums.

Angesichts der großen Zahl faschistischer Schläger, die von AfD-Abgeordneten als Mitarbeiter angestellt wurden – trotz „Unvereinbarkeitslisten“, die niemand ernst nimmt –, sieht alles sehr nach der Strategie aus, die Björn Höcke, der Joseph Goebbels der AfD, in seinem Buch *Nie zweimal in denselben Fluß* (sic) darlegt. Laut Höcke gibt es drei „Fronten“ – die AfD im Parlament, Gruppen wie Pegida und die Chemnitzer Mobs auf den Straßen und das, was er die „frustrierten Teile des Staats- und Sicherheitsapparates“ nennt. Letztere sind bereits durch die besonders große Zahl aktueller und ehemaliger Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Offiziere unter AfD-Parlamentariern repräsentiert. Die Mobilisierung kleinbürgerlicher und deklassierter Elemente in einer terroristischen Massenbewegung gegen die Arbeiterklasse und die Unterdrückten ist das Markenzeichen des Faschismus. Aber der Faschismus wollte und will nicht „den Staat zerschlagen“ oder „illegal“ die Macht übernehmen. In seiner „klassischen Periode“, in den 20er- und 30er-Jahren, zählte er ebenfalls auf die Komplizenschaft von Elementen des bürgerlichen Staates.

Der Skandal ist, dass es keinen Skandal gibt

Nachdem am 16. August das Reporterteam von *Frontal 21* bei einer Pegida-Demonstration in Dresden 45 Minuten lang von Polizisten festgehalten wurde – im Auftrag eines Demonstranten, der ebenfalls Angestellter der Polizei ist – wurde dieser willkürliche Akt der Bullen von verschiedenen CDU-Politikern, inklusive des Ministerpräsidenten von Sachsen, verteidigt. Es ist klar, dass Sachsen voll von Polizisten ist, die mit der AfD, Pegida und sogar den kleineren Nazi-Gruppen sympathisieren oder sie unterstützen. Während eines Einsatzes beim Besuch des türkischen Präsidenten Erdoğan

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ihre Familien!

**Von der Pariser Kommune bis zum Roten Oktober
Der Klassenkampf kennt keine Grenzen:
Immigrantenrechte und Revolution**

Seite 15

benutzten die Angehörigen einer sächsischen Spezialeinheit den Namen von Uwe Böhnhardt als Alias, einem der NSU-Mörder.

Aber die „Pegize“ gibt es nicht nur in Sachsen. In Dortmund verschwand die Polizei Ende September einfach von der Bildfläche, während Nazis mit Flaggen und antisemitischen Parolen durch die Straßen marschierten. In Frankfurt/Main erhielt die Anwältin Seda Basay-Yildiz, Anwältin von NSU-Opfern, im Oktober einen mit „NSU 2.0“ unterschriebenen Brief, in dem gedroht wurde, man werde „als Vergeltung“ ihre zweijährige Tochter „schlachten“. Der Brief stammte tatsächlich von einem Polizisten, der die persönlichen Daten von Basay-Yildiz einer behördlichen Datenbank entnahm.

Es stellte sich heraus, dass dies nur die Spitze des Eisbergs war, denn tatsächlich gibt es ein Netzwerk faschistischer Zellen in der hessischen Polizei. Gerade erst am 11. Januar deckte die *Süddeutsche Zeitung* auf, dass ein weiterer hessischer Polizeibeamter die Nazi-Terrorgruppe „Aryans“ mit nicht näher genannten Interna versorgt hat. Diese Fälle zeigen, wie Faschisten innerhalb und außerhalb der Polizei an Daten kommen können, um missliebige Einzelpersonen anzugreifen.

Und es geht nicht nur um die Polizei. Ende November liefen ein halbes Dutzend unterschiedliche Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der Bundeswehr-Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK). Bekanntheit erlangte vor allem der Fall von zwei Mitgliedern, einer ein Oberstleutnant, die bei einer KSK-Party im April 2017 (bei der auch rechtsradikale Musik gespielt wurde) nachweislich den Hitlergruß gezeigt hatten. Das KSK, die Speerspitze der deutschen Intervention in Afghanistan (wo wir Revolutionäre für die Niederlage der Imperialisten einstehen), ist seit ihrer Gründung eine Brutstätte der Nostalgie für das „Dritte Reich“ der Nazis.

Der KSK-Komplex umfasst außerdem auch überlappende Netzwerke von Rechtsradikalen aus der sogenannten „Prepper-Szene“, KSK-Veteranen und des Vereins „Uniter“ (in dem sich aktuelle und ehemalige Angehörige von Sondereinheiten organisieren). Dazu gehört auch der berühmte Bundeswehroberleutnant Franco Albrecht, der sich als syrischer Flüchtling (!) ausgab und offenbar einen Anschlag „unter falscher Flagge“ plante, sowie Polizisten, die mit der AfD Mecklenburg-Vorpommern verbunden sind. Einiges davon ist seit 2017 bekannt, und über das Netzwerk „Uniter“ wurde jetzt ausführlich berichtet. Die Priorität der Bundeswehrhierarchie bestand jedoch darin, sowohl die Berichterstattung als auch die Strafverfolgung zu beschränken.

Diese „Prepper“ (von engl. „prepare“, vorbereiten) haben nicht einfach ein exzentrisches Hobby, sich auf Naturkatastrophen vorzubereiten. Es handelt sich um Rassisten, die einen sozialen Zusammenbruch erwarten, Waffendepots und sonstige Vorratsslager anlegen, sowie Feindeslisten erstellen. Der *Focus Online* (9. November) berichtete über interne Akten des Bundeskriminalamts: „In Chatgruppen und bei realen Treffen der Prepper gab es laut Zeugenaussagen konkrete Plannungen für einen so genannten ‚Tag X‘,

Hände weg von der Roten Hilfe!

Berichten zufolge plant Innenminister Horst Seehofer (CSU) ein Verbot der linken rechtlichen Verteidigungsorganisation Rote Hilfe. Wie wir bereits zu Beginn der neuesten GroKo-Auflage gewarnt hatten, beabsichtigte die Regierungskoalition, Repression gegen die Linke rasch zu intensivieren. Und gleichzeitig werden in einem Bundesland nach dem anderen verschärfte Polizeigesetze erlassen, die Überwachungsmöglichkeiten erweitern, „Präventivhaft“ ermöglichen usw. Die Verfolgung von Demonstranten gegen den Hamburger G20-Gipfel von 2017 setzt sich immer noch fort – was jetzt im Wesentlichen zu einem Experiment in Sachen Massenrepression mittels Gesichtserkennungssoftware mutiert ist.

Seehofers Ränkeschmieden gegen die Rote Hilfe wird von einer Medienkampagne des Axel-Springer-Verlags begleitet. Aber wenn beispielsweise *Die Welt* behauptet, es habe 2017 „deutlich mehr links- als rechtsradikale Gewalt in Hamburg“ gegeben, dient dies natürlich auch als Flankendeckung für die Alternative für Deutschland (AfD) und die faschistischen Pogromisten, die sie

anspornt. Auch der am 19. Januar eingereichte Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, der forderte, dass der Staat „nachhaltiger und konsequenter mit erhöhtem Personal- und Mitteleinsatz“ gegen „Linksextremisten“ vorgehen solle, diene als derartiges Ablenkungsmanöver – und alle bürgerlichen Parteien, inklusive der Grünen, sowie die SPD bissen an, und schwadronierten prompt über ihre Ablehnung von „Extremismus von rechts und links“.

Offenbar als eine Art Gegengewicht zu ihrer wichtigen investigativen Berichterstattung über Faschisten in der Bundeswehr, hat die Zeitschrift *Focus* eine wilde Geschichte darüber zusammengespinnnen, dass Menschen, die von der Roten Hilfe unterstützt werden, sich im Gegenzug verpflichten müssten „auch nach verbüßter Straftat den ‚revolutionären Straßenkampf‘ fortzusetzen“. Der *Focus* hat auch entdeckt, dass „etliche“ Mitglieder von SPD und Jusos (SPD-Jugendorganisation) auch Mitglieder der Roten Hilfe seien. Man darf annehmen, dass dies die Wahnvorstellungen von Hans-Georg Maaßen, Ex-Chef des Bundesamts

für Verfassungsschutz, über „Linksradikale Kräfte in der SPD“ im Nachhinein etwas weniger verrückt wirken lassen sollte.

In Wahrheit wissen junge Sozialdemokraten, dass eine Mitgliedschaft bei der Roten Hilfe ein Karrierekiller ist – spätestens seit Franziska Drohsel, ehemalige Juso-Vorsitzende, 2016 von einer CDU-FDP-AfD-Allianz von ihrem Plan abgehalten wurde Stadträtin im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf zu werden. Wahr ist auch, dass die Jusos im Dezember einen Antrag gegen das Verbot der Roten Hilfe verabschiedeten und die SPD aufforderten, dasselbe zu tun. Diejenigen Jusos, die ernsthaft solidarisch sein wollen, müssen sich jedoch sagen lassen, dass es mehr als nur etwas naiv ist, dies von Leuten wie Olaf Scholz zu erwarten, einem würdigen Nachfolger von Scheidemann und Noske.

Die Internationalistische Gruppe unterstützt kämpferische Massenmobilisierungen für den Fall, dass gegen die Rote Hilfe vorgegangen wird. Wir sagen: Ein Angriff auf eine, ist ein Angriff auf alle! Weg mit den Drohungen gegen die Rote Hilfe! ■

missliebige Politiker ‚zu einem Ort mit Tötungsabsicht zu verbringen.“

Die ganze schmutzige Geschichte der gegenseitigen Durchdringung von bürgerlichem Staatsapparat und faschistischen Banden begann bereits im Herbst 1945, bevor es überhaupt einen westdeutschen Staat gab, als das US-Militär anfang, für seine „Industriepolizei“ zu rekrutieren. Es ging

in Europa mit Waffendepots und Abschusslisten. In Deutschland schloss dies unter anderem den Bund Deutscher Jugend ein, der plante, ausgewählte Sozialisten, Kommunisten und andere „Neutralisten“ zu liquidieren. Seine Nachfolgeorganisationen können über den Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980 bis in die 90er-Jahre verfolgt werden. Dies ist



Industriepolizei beim Exerzieren, West-Berlin, 1950. Das US-Militär rekrutierte „ehemalige“ Nazis für diese Hilfstruppen

weiter mit der Anstellung von Nazi-Kriegsverbrechern wie Klaus Barbie durch das U.S. Army Counterintelligence Corps, um deutsche Kommunisten auszuspionieren; der Komplettübernahme des antisowjetischen Nazi-Spionageapparats von Reinhard Gehlen, aus dem der Bundesnachrichtendienst entstand; sowie den paramilitärischen „Gladio“-Kräften überall

nur ein Teil der ganzen unterirdischen Jauchegrube, die die NSU-„Untersuchung“, das Gerichtsverfahren und das Urteil vertuschen sollten.

Marxisten setzen kein Gleichheitszeichen zwischen Polizei bzw. bürgerlichem Staat und den faschistischen Banden, aber sie sind zunehmend miteinander verbunden. Gleichzeitig muss hervorgehoben werden, dass die Polizei von jeder bürgerlichen Regierung massiv mobilisiert wird, um faschistische Aufmärsche zu schützen – wie beispielsweise der Hess-Marsch in Berlin, der von den Bullen des SPD/LINKE/Grünen-Senat geschützt wurde. Sie auf die Polizei zu verlassen, um sich gegen die Faschisten zu schützen – und den bürgerlichen Staat aufzufordern, sie zu verbieten, wie die Linkspartei es tut – ist ebenso töricht wie gefährlich. Der Kontrast zu der Hysterie, die über die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg aufgepeitscht wurde und die andauernde Repression gegen die beteiligten Linken, könnte schärfer kaum sein (siehe

„G20: Hexenjagd auf Linke nach Polizeistaats-Gipfel in Hamburg“, *Permanente Revolution* Nr. 2, Sommer 2018).

Bürgerlicher Backlash gegen Flüchtlinge

Zwischenzeitlich behauptete Hans-Georg Maaßen, damals noch Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), in Chemnitz habe es keine „Hetzjagd“ auf Ausländer gegeben. Als ein Video das Gegenteil bewies, teilte er der Boulevardzeitung *Bild* mit, dass der Clip möglicherweise gefälscht war. Goebbels Methode der „großen Lüge“ ist im heutigen „demokratischen“ Deutschland also gesund und munter. Ein Team von Journalisten von *Frontal 21* (ZDF) erlangte jedoch Zugang zu internen Polizeiberichten über die Ausschreitungen in Chemnitz, die eindeutig zeigten, dass die Mobs Immigranten, Linke und „ausländische“ Restaurants angreifen wollten.

Maaßen hatte schon zuvor Aufmerksamkeit erregt, weil er die AfD beraten hatte, um sicherzustellen, dass sie nicht vom BfV beobachtet wird. Dies war auch die Linie seines Chefs, Innenminister Horst Seehofer (der auch versuchte, das Chemnitzer Pogrom als Selbstverteidigung zu legitimieren). Seehofer versuchte, Maaßen aus dem Rampenlicht wegzubefördern, was jedoch fehlschlug, als Maaßen die SPD als „radikale Linke“(!) attackierte. Während sein Nachfolger Thomas Haldenwang seine politische Übereinstimmung mit Maaßen betonte, wies dieser einen Rekrutierungsversuch der AfD zurück; er ist lieber ein Reaktionär im eigenen Namen.

Es zeigt sich, dass die Barrieren für eine CDU-Koalitionsregierung mit der AfD langsam zerbröseln. Alle bürgerlichen Parteien spielen jetzt die Karte von „Recht und Ordnung“, einschließlich der sich neu definierten FDP. Die Kandidaten, die Angela Merkel an der Spitze der CDU ablösen wollten, konkurrierten mit flüchtlingsfeindlicher Rhetorik. Die Siegerin Annegret Kramp-Karrenbauer stellte die Punk-Band „Feine Sahne Fischfilet“ und die Nazi-Schläger von Chemnitz in grotesker Weise auf eine Stufe und kündigte an, Flüchtlinge auf Hartz-IV-Niveau „integrieren“ zu wollen...

Zeitgleich steigen überall in Europa „Mainstream“-Politiker in die Anti-Immigranten-Hetze mit ein. Während

die britische konservative Regierung eine „Krise“ ausheckt, wegen knapp hundert Flüchtlingen, die es über den Ärmelkanal geschafft haben, hat der „gemäßigte“ Macron die Polizisten an den französischen Grenzen entfestelt, um Flüchtlinge fernzuhalten. Der bürgerliche Konsens hat sich wiederum nach rechts verschoben. Die kleineren europäischen Länder zeigen sich hier oft als Vorreiter für reaktionäre gesellschaftspolitische Maßnahmen und Offensiven der herrschenden Klasse. In Dänemark, wo die Polizei Wertgegenstände von Flüchtlingen beschlagnahmen darf, erklärte der (Anti-)Einwanderungsminister die Ramadan-Fastenzeit der Muslime zu „einer Gefahr für uns alle“, und sogenannte „Ghetto-Kinder“ (also Muslime) erhalten eine verbindliche Unterweisung in „dänischen Werten“. Kindergärten dürfen nicht mehr als 30% Kinder mit Migrationshintergrund haben und die Strafen für Verbrechen, die in den „Ghettogebieten“ begangen werden, sollen automatisch verdoppelt werden.

An ähnlichen Apartheid-Maßnahmen wird in Österreich gearbeitet, wo Innenminister Kickl von der faschistischen Freiheitlichen Partei Österreichs nicht nur „Zentren“ will, um Flüchtlinge „konzentriert an einem Ort zu halten“, d.h. Konzentrationslager fordert, sondern jetzt Menschen mit doppelter österreichisch-türkischer Staatsbürgerschaft ins Visier nimmt. In Italien sorgt die rechte Regierung einerseits dafür, dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, und versucht gleichzeitig, Geschäfte und Restaurants zu schließen, die Immigranten gehören. In Deutschland, das zwar auf die Arbeitskraft von Einwanderern angewiesen ist, jetzt aber den Zustrom von Flüchtlingen beschränkt, ist die Kampagne für Bestrafung von Straftaten nicht nach gesetzlichen Festlegungen, sondern aufgrund der Staatsangehörigkeit, in vollem Gange. So befürwortete die Bundesvorsitzende der Grünen (denen noch immer ein unverdienter Ruf von „Antirassismus“ anhängt) eine Initiative der CDU-regierten Bundesländer, um wegen verschiedener Verbrechen verurteilte Flüchtlinge schneller abzuschieben.

Dieser Konsens findet auch innerhalb der Linken Anhänger. Gerade wurde die „Aufstehen“-Bewegung der LINKEN-Politiker Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine aus der Taufe gehoben. Laut der Tageszeitung *Neues Deutschland* (4. September) soll diese Bewegung die AfD „schwächen“. Wie? Indem sie sich mit voller Absicht weigert, rassistische immigrantenfeindliche Hysterie zu konfrontieren, in der Hoffnung, ein paar vereinzelt AfD-Protestwähler für sich zu gewinnen. Es dreht sich alles um die reformistische und chauvinistische Vorstellung, dass es einfach nicht genug für alle gäbe, und „die Deutschen“ ihrer zuerst bekommen sollten. „Aufstehen“ hat bereits Leute wie Peter Brandt angezogen (Willy Brandts Sohn), der nach einem sehr kurzen Flirt mit dem Pseudo-Trotzkismus entschied, dass die „Linke“ sich die „deutsche nationale Frage“ zu eigen machen müsse und am Ende bei der „neurechten“ Wochenzeitung *Junge Freiheit* landete!

Wagenknecht behauptete sogar fälschlicherweise, dass der Aufruf der volksfrontlerischen „Unteilbar“-Demo die utopische Forderung nach „offenen Grenzen“ enthielte (eine Forderung, die im Wesentlichen darauf hinausläuft, den kapitalistischen Staat dazu aufzufordern, sich selbst abzuschaffen). Team Wagenknecht/Lafontaine ist dafür, dass der (bürgerliche) Staat Flüchtlinge zurückweist.

Im Gegensatz dazu lehnen wir Trotzkisten alle rassistischen Einwanderungs- und Ausländergesetze ab, genauso wie die Polizei, die sie durchsetzt, und die bürgerlichen Parteien, die sie schreiben. Wir fordern nicht nur Gleichbehandlung, sondern uneingeschränkte Staatsbürgerrechte für

weiter auf Seite 14

Permanente Revolution

Permanente Revolution

Zeitung der Internationalistischen Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale

Herausgegeben von der Liga für die Vierte Internationale, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA, internationalistgroup@msn.com

Anschrift in Deutschland: Postfach 800721, 21007 Hamburg, permanenterevolution@posteo.de

Erscheint bei Mundial Publications, P.O. Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, USA.

Presserechtlich verantwortlich: J. Norden, 10008 New York, USA

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

Nr. 3

Frühjahr 2019

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Noch vor wenig mehr als einem Jahr schienen verschiedene Flügel des kurdischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Nationalismus ihr Erfolgsrezept gefunden zu haben, und zwar in der Rolle von Hilfstruppen des US-Imperialismus sowohl im Irak als auch in Syrien. In Syrien haben die Volksverteidigungseinheiten (YPG), der militärische Arm der in Syrien ansässigen kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD), die der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahe steht, die Rolle von US-Schocktruppen in Rakka gespielt. Die überraschende Ankündigung des Abzugs US-amerikanischer Truppen aus Syrien hat jedoch erneut die prekäre Lage syrischer Kurden verdeutlicht. Das türkische Militär ist bereit, in weite Teile Nordsyriens einzumarschieren. Zuvor deckte es die Invasion seiner syrischen islamisch-reaktionären Klienten im Afrin-Distrikt, die eine Welle ethnischer Säuberungen gegen Kurden und andere ethnische/religiöse Minderheiten auslöste. Nachdem sie nun zum wiederholten Male vom US-Imperialismus im Stich gelassen wurde, scheint die PYD-Führung gerade dabei zu sein, irgendeine Art von Vereinbarung mit der syrischen Zentralregierung in Damaskus auszuhandeln. Während es jetzt zwar einige taktische Kompromisse eingeht, ist das syrische Regime aber eben-



Berlin, 1. Dezember: Tausende bei bundesweiter Demonstration gegen das Verbot der PKK

falls grundsätzlich gegen kurdische nationale Rechte.

In der nordirakischen Autonomen Region Kurdistan, ein de facto US-Protektorat, streiten sich zwei nationalistische Parteien, die PUK des verstorbenen

Dschalal Talabani und die PDK von Masud Barzani, beide Klienten des Imperialismus, um die Kontrolle und Ausbeutung dieses Gebiets. Im Oktober 2017 reagierte die wiedererstarkte Zentralregierung in Bagdad jedoch auf das von

der Barzani-Clique organisierte Scheinreferendum über kurdische Unabhängigkeit, indem sie Territorien im Nordirak einschließlich der Großstadt Kirkuk zurückeroberte, die 2014 von den Kurden nach der Niederlage der isla-

mischen Reaktionäre vom IS beschlagnahmt worden waren. Der US-Imperialismus blieb vorgeblich neutral.

Noch vor seiner Verhaftung im Jahr 1999 hatte der PKK-Führer Abdullah Öcalan die linke Rhetorik der PKK aufgegeben und verzweifelt nach imperialistischen Gönnern gesucht, die eine fragwürdige „Autonomie“ der Kurden innerhalb der Türkei garantieren könnten. Das neueste Allheilmittel von PKK und PYD ist jetzt der „demokratische Konföderalismus“. Dieser wäre ebenso von dem nicht vorhandenen guten Willen der Zentralregierungen von Türkei und Syrien abhängig – genauso wie bei jedem früheren kurdisch-nationalistischen Plan für eine illusionäre regionale Autonomie. Jedoch als die PKK 1978 in der Türkei gegründet wurde, behauptete sie, eine pankurdische Perspektive zu vertreten, und gewann Rekruten auch jenseits der verschiedenen Grenzen in den anderen Teilen Kurdistans. Jetzt wurde sie vom US-Imperialismus verraten, genau wie die anderen Fraktionen zuvor.

Eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan ist und bleibt die einzige Antwort auf die Zersplitterung der kurdischen Nation auf vier kapitalistische Staaten – und ist den Interessen der imperialistischen Mächte, die die Region „stabilisieren“ wollen, dia-

Bauarbeiter am neuen Istanbul Flughafen wehren sich gegen mörderische Arbeitsbedingungen

Türkei: Stoppt Repression gegen kämpferische Arbeiter!

Am 22. Oktober 2018 streikten erneut mehrere hundert Bauarbeiter auf der Baustelle des neuen, dritten Flughafens von Istanbul – ein Flughafen, der einmal der größte der Welt werden soll. Die Arbeiter hatten drei Monate lang keinen Lohn erhalten. Sie führten ihren Streik trotz der heftigen Repression gegen einen anderen Streik auf derselben Baustelle im Vormonat. Am Morgen des 14. September warteten tausende Arbeiter auf Busse, die sie von ihren Wohnheimen zu einem der drei großen Bauereiche bringen sollten (insgesamt arbeiten dort ca. 40.000 Menschen – unter ihnen nicht nur viele Kurden, sondern auch Arbeiter aus Afghanistan und Nepal). Nach einer dreiviertel Stunde Verspätung im Regen und nach Berichten eines weiteren Unfalls, lehnten sie sich einfach gegen die tödlichen Arbeitsbedingungen sowie die miserablen Zustände in den Wohnheimen (wie schimmeliges Brot und Bettwanzen) auf. Sie riefen: „Wir wollen nicht sterben“ und „Bauarbeiter sind keine Sklaven“.

Die Straßen wurden mit brennenden Reifen und Zementblöcken blockiert. Die Polizei wurde mit einem Hagel von Metallresten und Steinen begrüßt. Die aufständischen Arbeiter wurden schließlich von Militär- und Bereitschaftspolizei mit gepanzerten Fahrzeugen auseinandergejagt. Jedoch nicht bevor noch vor Ort wurde eine Liste mit Forderungen erstellt wurde, z. B. verbesserte Verpflegung und hygienische Schlafmöglichkeiten, Maßnahmen für erhöhte Arbeitssicherheit und die Einstufung der Transportzeit als Arbeitszeit. Als Reaktion darauf stürmten Polizisten die Schlafsäle noch in derselben Nacht und verhafteten Hunderte. Dreißig Arbeiter wurden in Untersuchungshaft genommen. Am 5. Oktober wurde auch ein Gewerkschafter, Özgür Karabulut, Präsident von Dev Yapi-Is, Teil des DISK-Gewerkschaftsbundes, verhaftet, weil er versucht hatte, mit dem IGA-Konsortium zu verhandeln, das für das Gelände zuständig ist. Natürlich wurde ihm vorgeworfen, den Frühjahrs 2019

Protest ausgelöst zu haben. Am 5. Dezember wurden 30 der Angeklagten auf „Bewährung“ freigelassen. Sie dürfen das Land nicht verlassen und müssen sich an drei Tagen pro Woche bei einer Polizeidienststelle melden. Mit anderen Worten: Sie sind zu Arbeitslosigkeit verdammt und werden als Geisel gehalten – für einen Protest, der kein Verbrechen ist. Der verbleibende Gefangene muss freigelassen und alle Anklagen sofort fallen gelassen werden!

Die ohnehin schon mörderischen Bedingungen auf der Großbaustelle verschlechterten sich weiter, als der türkische Präsident Erdoğan den Plan fasste, den Flugbetrieb um jeden Preis am 29. Oktober aufzunehmen, das 95. Gründungsjubiläum der türkischen Republik. Der Flughafen kann jetzt fünf Flugzeuge pro Tag abfertigen. Ein regulärer Betrieb wird nicht vor Jahresende erwartet. Obwohl die Tageszeitung

Cumhuriyet im Februar berichtete, dass seit Baubeginn vor Ort mehr als 400 Arbeiter gestorben waren, gaben die türkischen Behörden zunächst nicht mehr als 30 zu (eine Zahl, die sie offenbar für akzeptabel hielten). Mittlerweile ist offizielle Angabe aber auf 52 gestiegen. Die türkische Wirtschaft unter Erdoğan wurde durch verschiedene großwahnsinnige Bauprojekte angekurbelt – von einer weiteren Bosphorus-Brücke, über ein Kanalprojekt bis hin zu Erdogans pompösen Präsidentenpalast. Der Zusammenbruch der türkischen Lira hat diese Politik nun in Frage gestellt. Nun scheint Erdoğan zu versuchen, den grausamen Mord am saudischen „Dissidenten“ Jamal Khashoggi in der saudischen Botschaft in Istanbul zu nutzen, um die Öl-Monarchie zu neuen Kapitalspritzen zu drängen.

Nach dem verpatzten Putsch von 2016 begann der angeblich „gemäßig-

te“ Erdoğan im Namen seiner Version von islamischer Reaktion eine allseitige Säuberung des türkischen Staatsapparats und des Mittelstands durchzuführen. Die bürgerliche Presse im Westen ist verärgert über die Säuberungen von Richtern und Militärs (die oft selbst für mörderische Repression gegen Kurden, Linke und Arbeiter verantwortlich sind). Unsere Solidarität hingegen gilt sowohl den rebellischen Arbeitern am blutgetränkten Flughafen, als auch den 34.000 als „Terroristen“ verunglimpften Lehrern an öffentlichen Schulen.

Da die Verantwortung für den Putsch Erdogans ebenfalls islamistischen Rivalen und ehemaligen Verbündeten Fethullah Gülen (der sich seit 1999 im selbstgewählten Exil in Pennsylvania aufhält) angelastet wurde, wurden die Massenentlassungen von Beamten unter dem Vorwand durchgeführt, Gülen's Anhänger zu säubern.

Im Herbst 2016 erstellte die Regierung jedoch eine weitere Säuberungsliste mit den Namen von Lehrern, die im Dezember 2015 an einer Arbeitsniederlegung teilgenommen hatten (Sendika.org, 8. September). Dieser Streik protestierte gegen den Bombenanschlag auf eine Kundgebung im Oktober 2015, bei dem über 100 Demonstranten getötet wurden, weil sie zu Frieden im Südosten aufriefen und ein Ende der anti-kurdischen Repression forderten. Die Kundgebung wurde organisiert von der KESK (Verband der Gewerkschaften von öffentlichen Angestellten), der DISK (Konföderation der fortschrittlichen Gewerkschaften) und der HDP (Demokratische Partei der Völker), einer pro-kurdischen bürgerlich-liberalen Partei, die von der Regierung als verlängerter Arm PKK diffamiert wird.

Wie unsere italienische Schwesterorganisation in ihrem Protestflugblatt Verteidigt kurdische und türkische Lehrer! im September 2016 schrieb:

„Es ist heute dringend geboten, dass militante Gewerkschafter in der Türkei und international in Verteidigung von türkischen und kurdischen Lehrern mobilisieren. Während das Erdoğan-Regime für seine diktatorischen Maßnahmen berüchtigt ist, ist der Angriff auf Eğitim Sem [die Lehrgewerkschaft] ein Paradebeispiel für die weltweiten Angriffe auf Pädagogen und das öffentliche Bildungssystem – von Mexiko und Brasilien, über die USA, bis nach Europa – die durch den Verfall des Kapitalismus ausgelöst wurden. Insbesondere in Frankreich, Deutschland, Griechenland und Italien sollten Lehrerinnen und Lehrer solidarisch mit ihren Schwestern und Brüdern in der Türkei zusammenstehen und zu koordinierte Klassenkampffaktionen aufrufen, um der internationalen Offensive gegen Lehrkräfte und die gesamte Arbeiterbewegung entgegenzutreten.“ Letztendlich muss der Möchtegern-Sultan Erdoğan durch Arbeiterrevolution gestürzt werden. ■



IG fordert Freiheit für Streikende in Istanbul bei Demo gegen Erdoğan-Besuch in Berlin, 29. September

metral entgegengesetzt. Dies war eine langjährige Position der internationalen Spartacist Tendenz (iST) und ihrer Nachfolgeorganisation der Internationale Kommunistische Liga (IKL), die wir von der Liga für die Vierte Internationale weiterhin aufrechterhalten.

Nach jahrzehntelanger politischer Degeneration, deren jüngste Manifestation ein Abrutschen in Richtung verschiedener Formen von bürgerlichem Nationalismus ist, hat die IKL die Forderung nach einer Sozialistischen Republik Vereinigtes Kurdistan aufgegeben. Heutzutage schreibt die IKL, dass das Beharren auf der Notwendigkeit einer sozialen Revolution, „tatsächlich die Zentralität, die wir dem Kampf für kurdische nationale Rechte immer gegeben haben, schwächt“ („Syria Quagmire“, *Workers Vanguard* Nr. 1091, 3. Juni 2016). Dieses Kauderwelsch läuft auf die Schlussfolgerung hinaus, dass die IKL sozialistische Revolution für unerreichbar hält. Sie bot keine wirkliche Erklärung dafür, wie jetzt plötzlich ein „vereinigtes unabhängiges Kurdistan ohne die Vorbedingung des Sturzes der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der Region“ zustande kommen könnte. Der WV-Artikel behauptet jedoch, dass die nordirakische Autonome Region Kurdistan „quasi Unabhängigkeit“ erlangt habe, die „sehr wohl angegriffen werden könnte, wenn die US-Imperialisten ihre Streitkräfte abziehen“.

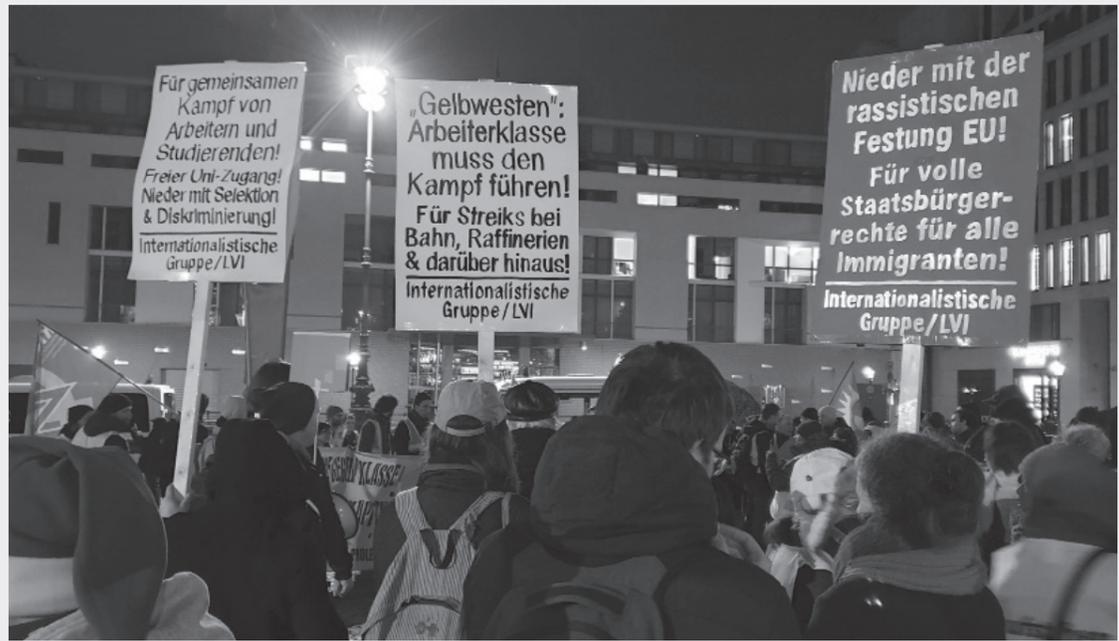
Sie wurde angegriffen und die kurdischen Peshmerga-Truppen wurden besiegt. Also musste *Workers Vanguard* (Nr. 1120, 20. Oktober 2017) die Angelegenheit erneut aufgreifen. Es wird darauf bestanden: „Aber für die kurdischen Massen war das Referendum ein konzentrierter Ausdruck ihres Wunsches nach Unabhängigkeit.“ Jedoch schlägt die IKL keinen anderen Ausdruck dieses Wunsches vor, als das Referendum. Und während sie die vereinzelt Unabhängigkeitserklärung verschiedener Teile Kurdistans unterstützt, vermeidet sie erneut die Frage, wie ein vereinigtes bürgerliches Kurdistan tatsächlich erreicht werden könnte. Keine „Vorbedingungen“ für die Unabhängigkeit sagt die IKL – aber dies ist ein legalistisches Argument. Es geht nicht darum, vom Lehnstuhl aus „Vorbedingungen“ für die Unterstützung eines unabhängigen Kurdistans aufzustellen. Es geht darum die Wahrheit zu sagen: In Anbetracht der Zersplitterung der kurdischen Nation auf vier kapitalistische Staaten, die genau wie ihre imperialistischen Hintermänner einem vereinten unabhängigen Kurdistan feindlich gegenüberstehen, ist der Sturz der kapitalistischen Ordnung durch die proletarische Revolution eine absolute Notwendigkeit.

Im Sinne der politischen Klarheit, drucken wir nachstehend die ursprüngliche Erklärung dieses strategischen Imperativs aus dem Jahr 1984 ab, die nichts von ihrer Aktualität und Richtigkeit verloren hat. Es handelt sich um Grüße der iST an eine Konferenz kurdischer Militanter, die in Europa stattgefunden hatte (die deutsche Version erschien in *Spartakist* Nr. 51, Oktober 1984).

* * * * *

Genossen, ich begrüße euch im Namen der internationalen Spartacist Tendenz. Als Revolutionäre betonen wir nachdrücklich, dass die zukünftige Befreiung der kurdischen Massen darin liegt, dass sie ihren eigenen unversöhnlichen Kampf um nationale und soziale Befreiung führen, Hand in Hand mit dem Kampf der wahrhaft internationalistischen marxistischen Kräfte anderswo. Das ergibt zusammengekommen die wahrhaft leninistische, kommunistische Internationale, die entschieden darauf verpflichtet ist, jede Ausbeutung und Unterdrückung auf diesem Planeten zu zerschlagen. Die internationale Spartacist Tendenz ist wachsam gegen jeden Angriff auf das kurdische Volk, gegen jede Ungerechtigkeit Von Sydney in Australien, über London bis Deutschland hat die internationale Spartacist Tendenz

Stoppt brutale Repression gegen „Gelbwesten“ in Frankreich!



Permanente Revolution

Berlin, 20. Dezember: Internationalistische Gruppe bei Protest gegen Repression in Frankreich

Am 20. Dezember gab es in Berlin eine Kundgebung unter dem Motto „Solidarität mit dem Kampf der Gelbwesten in Frankreich! Schluss mit der Repression!“, aufgerufen u. a. von RIO, SAV, ISO und RSO. Die Internationalistische Gruppe beteiligte sich an der Kundgebung, um unseren Protest gegen Macrons Polizeiterrror auszudrücken, ohne aber die breitere Politik des Aufrufs zu teilen. Ein Sprecher der IG brachte unsere Perspektive in einem Redebeitrag am offenen Mikrofon zum Ausdruck, den wir nachfolgend dokumentieren.

Wir sind hier, um gegen die brutale Polizeirepression gegen die Massenproteste in Frankreich zu protestieren. Dabei sind wir nicht einfach „solidarisch“ mit „der Bewegung“, da diese ganz unterschiedliche Positionen beinhaltet, inklusive reaktionärer Elemente. Die Bewegung muss polarisiert werden, das ist der Weg vorwärts: Die Arbeiterklasse muss den Kampf führen, und zwar mit ihren eigenen Mitteln, mit ihren eigenen Organisatio-

nen – mit den Gewerkschaften, aber auch Streikkomitees in den Bahnhöfen, den Raffinerien und darüber hinaus. Dafür brauchen wir eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, und das bedeutet einen politischen Kampf in den Gewerkschaften in Frankreich und auch hier.

Das Proletariat muss sich mit seiner ganzen sozialen Macht schützend vor alle Opfer der Polizeigewalt stellen, ob ethnische Minderheiten, Flüchtlinge, oder Studierende. Für uns ist klar, dass der Kampf für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten in jeden Klassenkampf getragen werden muss. Die aktuelle Repression zeigt auch mal wieder: Die Bullen sind keine Arbeiter in Uniform und müssen aus den Gewerkschaften rausgeschmissen werden.

Wir sind solidarisch mit dem Kampf für freien Zugang zu Bildung und gegen die diskriminierende Zuteilung von Studienplätze, die von Macron eingeführt wurde, was vor allem Arbeiterkinder und ethnische

Minderheiten diskriminiert.

Was angesichts der massiven Repression deutlich wird ist, dass Arbeiterselbstverteidigungsgruppen aufgebaut werden müssen, um die Proteste vor der Polizei zu schützen, aber auch, um rassistische Parolen zu konfrontieren, und faschistische Provokateure rauszuschmeißen.

Wir sagen es ganz klar: Macrons Rücktritt reicht nicht und eine „Demokratisierung“ wird nicht funktionieren. Eine neue „verfassungsgebende Versammlung“, die von einigen französischen Linken gefordert wird, ist einfach eine Illusion, der Kapitalismus kann soetwas problemlos überstehen – es wird letztlich nur vom Klassenkampf ablenken. Es gibt keine Reformlösung, nicht in Frankreich, und auch nicht hier. Wir brauchen revolutionäre Arbeiterparteien in jedem Land. Um vorwärts zu kommen, müssen wir die EU der Imperialisten durch Klassenkampf stürzen und für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kämpfen. ■

Seite an Seite mit kurdischen Militanten zur Verteidigung ihrer Rechte demonstriert. Als einen Beitrag zu euren Überlegungen bieten wir euch unsere Anschauungen an, sie gründen sich auf die Schlussfolgerungen aus der Geschichte, besonders auf die Bestätigung im Kampf des Genossen Lenin, der den ersten erfolgreichen multinationalen Klassenkampf angeführt hat.

Wie man an unserem Banner ablesen kann, machen wir klar: Wir verteidigen unerschütterlich das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung. Selbstbestimmung ist ein demokratisches Recht, aber seine Durchsetzung kann viele unterschiedliche Formen annehmen. Wir müssen davon ausgehen, dass es im Kapitalismus keine lebensfähige Lösung für die Selbstbestimmung der Kurden geben kann, wegen des Charakters der vier kapitalistischen Regierungen, die die Kurden unterdrücken und ihnen ihre Rechte vorenthalten.

Die meisten von uns würden sicher zustimmen, dass wir eine sozialistische Lösung anstreben. Aber was heißt das? Man muss programmatisch sehr genau sein. Denkt nur an die vielen unterschiedlichen afrikanischen Staaten, die unabhängig geworden sind. Diese durch und durch kapitalistischen Staaten herrschen auf despotische Art und Weise und missbrauchen ihr eigenes Volk und die angrenzenden Völker. Und gleichzeitig nennen sie sich marxistisch und sozialistisch. Um den Sozialismus zu erreichen, ist es notwendigerweise erforderlich, die Besitzenden, die Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu enteignen und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu errichten.

Genossen, die Geschichte lehrt uns:

Ohne die soziale Kraft des Proletariats und ohne eine leninistische Partei, die diese Kraft organisiert und die als Volkstribun auftritt, sind die heldenhaften Kämpfe der Vergangenheit oft in Niederlagen geführt worden. Die kurdischen Massen müssen eine Allianz mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeiterklassen anstreben; diese muss man dazu bringen, die entschiedensten Vorkämpfer des Rechts auf Selbstbestimmung für die Kurden gegen den Großmachtchauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisien zu werden. Die Bolschewiki haben die russischen Werktätigen zur Erkenntnis gebracht, dass sie nie frei werden können ohne entschiedenen Kampf gegen großrussischen Chauvinismus. Solch eine Partei muss in jedem Staat aufgebaut werden. Sie muss die Waffe werden, um die proletarischen und bäuerlichen Massen zum Sieg zu führen und in der Konsequenz solche Siege anderswo zu erreichen.

Wir wissen, dass zu diesen revolutionären Kämpfern die kurdischen Frauen zählen werden. Heute sind sie die Sklaven der Sklaven, aber wenn ihr Bewusstsein geweckt worden ist, werden sie zu den besten Kämpfern für die Ideen der Revolution und des Kommunismus gehören.

Das kurdische Volk versucht zweifelt, aus dem Morast von nationaler Unterdrückung und Chauvinismus auszubrechen. Bei der schmutzigen nationalistischen Blutfehde zwischen Iran und Irak haben wir von der internationalen Spartacist Tendenz darauf hingewiesen, dass die werktätigen Massen in Iran, die Werktätigen in Irak kein Interesse daran haben, dass die eine oder die andere Seite gewinnt.

Wir haben gesagt: Verwandelt diesen reaktionären nationalistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Mullahs und die Obristen. Das kurdische Volk, das sowohl von den Ba'athisten als auch von Chomeinis Revolutionsgarden grausam angegriffen wird, haben wir darauf hingewiesen, dass der Iran-Irak-Krieg ihnen die einzigartige Möglichkeit bietet, einen Nationalstaat zu erkämpfen, die beste seit der kurzlebigen „Kurdischen Republik“ von Mahabad im Jahre 1946.

Genossen, wir müssen von den Kämpfen anderer unterdrückter Nationalitäten lernen. Das nördliche Gebiet des osmanischen Reiches, der Balkan, ist wie der Nahe Osten historisch ein Hexenkessel von nationalem Hass gewesen. Dort hat es eine größtenteils serbische und montenegrinische kommunistische Partei unter der Führung des Kroaten Tito zustande gebracht, den, wenn auch deformierten, Arbeiterstaat Jugoslawien zusammenzuschweißen.

Im Gegensatz dazu ist der Libanon das extremste Beispiel dafür, dass die kapitalistische Klasse und die anderen besitzenden Klassen unfähig sind, irgendetwas zustande zu bringen, was der Befriedigung der Massen näher kommt Die Palästinenser können von den arabischen Bourgeoisien nichts erwarten. Diese haben immer wieder ihre totale und feige Unterordnung unter die Pläne der blutsaugenden imperialistischen Mächte klargemacht, besonders der USA, die versucht haben, sich im Libanon festzusetzen als einem Startpunkt für ihren antisowjetischen Feldzug. Der gegenwärtige zionistische Staat muss zerschlagen und ersetzt werden durch die kommunistische Macht

der Arbeiterklasse, gestützt auf die arabisch und hebräisch sprechenden Arbeiter. Dabei können die letzteren eine äußerst wertvolle kulturelle und technische Hilfsquelle darstellen für die Schaffung der Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens.

Der schmachvolle Rückzug der USA aus dem Libanon hat den Antisowjetismus der Imperialisten nicht verringert. Heute dreht sich die Politik des US-Imperialismus vollständig um einen antisowjetischen Kriegskurs, im Bündnis mit seinen europäischen NATO-Alliierten; einschließlich Kohls imperialistischer Regierung. Dieser Kriegskurs richtet sich gegen die Errungenschaften, die von der Oktoberrevolution übriggeblieben sind – das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln, das Außenhandelsmonopol und die Planwirtschaft. Wir treten ein für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus und gegen Versuche einer kapitalistischen Restauration von innen.

Genossen, es ist das großartige historische Beispiel der russischen Revolution gewesen, das dramatisch bestätigt hat, dass in der Epoche des imperialistischen Niedergangs demokratische Rechte und Prinzipien vollständig nur durch das revolutionäre Proletariat an der Macht durchgesetzt werden können. Es gibt zahlreiche unterdrückte Völker, denen die Komponente einer starken Arbeiterklasse fehlt. Während es viele kurdische Arbeiter gibt, arbeiten die meisten außerhalb der geographischen Gebiete mit einer vorherrschend kurdischen nationalen Identität. Dass das kurdische Proletariat hauptsächlich in der Diaspora existiert, kompliziert natürlich unvermeidlicherweise eure politischen Aufgaben; aber dies ist ein Problem, vor dem auch schon andere gestanden haben. In der Tat erleichterte der entschiedene Kampf der bolschewistischen Partei für das Recht auf Selbstbestimmung, selbst für die am meisten unterentwickelten der unterdrückten Nationalitäten im zaristischen Völkergefängnis, die Machteroberung des Proletariats in Russland. Und umgekehrt haben die unterdrückten Nationalitäten im heutigen sowjetischen Zentralasien und der äußeren Mongolei, angeregt von der Machteroberung der Arbeiter in Petrograd und Moskau und unterstützt von Abteilungen von Trozkijs Roter Armee, einen Weg gefunden zu ihrer eigenen Befreiung vom Joch nationaler und feudaler Unterdrückung, besonders durch den Einsatz organisierter Frauen und Jugendlicher. Selbst heutzutage schauen viele Kurden auf die UdSSR, wo ihre Brüder und Schwestern ihre demokratischen nationalen Rechte ausüben und sich an den Ergebnissen von Wissenschaft und Technik und an der Erziehung des zwanzigsten Jahrhunderts erfreuen.

Die Lösung für die Unterdrückung der kurdischen Massen kann nur in der ganzen Region stattfinden. Dies schließt die Zerschlagung von vier reaktionären bürgerlichen Regimes ein. Die proletarische Revolution ist in der Realität das Endergebnis von zahlreichen Kämpfen, Bewegungen und Kampagnen. Wir wissen: Der Kampf für eine vereinigte sozialistische Republik Kurdistan wird geformt werden durch die zukünftige Entwicklung des revolutionären Proletariats der ganzen Region in Richtung auf eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens, und seinerseits beeinflusst er diese Entwicklung. Unser Modell ist Lenins Russland von 1917 bis 1924, wo die Bolschewiki den nationalen Minderheiten die Möglichkeit und die Vorteile einer Assoziation mit der Sowjetischen Föderation angeboten haben. Für unseren Teil haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die internationalistische Partei der weltweiten proletarischen Revolution zu schmieden, und wir sprechen zu euch mit dem Verständnis, dass von dem Aufbau dieser Partei die Zukunft der Menschheit abhängt. ■

Permanente Revolution

Verteidigt Syrien und Iran gegen imperialistische Angriffe!

Regionalkrieg droht in Nahost

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus The Internationalist Nr. 52 (Mai/Juni 2018), Zeitung unserer Genossen der Internationalist Group/U.S.

28. Juni 2018 – Während sich nach einem Gipfeltreffen in Singapur vom 12. Juni wegen einer vagen Vereinbarung zwischen US-Präsident Donald Trump und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong Un „Friedens“-illusionen bezüglich der koreanischen Halbinsel verbreiten, steigen Spannungen am anderen Ende Asiens. Die Bühne wird bereitet für einen regionalen Krieg im Nahen Osten. Am 8. Mai zog sich Donald Trump aus dem sogenannten Atomabkommen mit dem Iran zurück, womit er eines seiner wichtigsten Wahlversprechen einlöste und eine Allianz mit den israelischen und saudi-arabischen Militaristen zementierte. Die scharfe Anti-Iran-Politik, die im Nationalen Sicherheitsstrategiepapier (18. Dezember 2017) umrissen wurde, wurde bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2018 konkretisiert. Der US-Berater für nationale Sicherheit H.R. McMaster verkündete dort, dass es „jetzt Zeit ist, gegen Irans destabilisierende Aktivitäten vorzugehen, einschließlich der Entwicklung und Verbreitung von Raketen – und seiner Unterstützung für terroristische Stellvertreter und Milizen, die destruktive Konflikte im gesamten Nahen Osten anheizen“.

Drei Wochen zuvor, am 14. April, führten die USA mit ihren NATO-Partnern Großbritannien und Frankreich einen Raketenangriff gegen Syrien durch. Zwei leere Lagerhallen und Syriens Forschungsinstitut für die Pharma- und Chemieindustrie, das Krebsmedikamente produzierte, die wegen imperialistischer Sanktionen knapp sind, wurden getroffen. Der Angriff wurde als Reaktion auf einen angeblichen Chemiewaffen-Angriff der syrischen Regierung auf Zivilisten in Duma am 7. April dargestellt. Dieser Vorort von Damaskus stand unmittelbar davor, der ultraschiachistischen Dschaisch al-Islam (Armee des Islam) wieder weggenommen zu werden. Falsche Behauptungen über den Einsatz chemischer Waffen durch das Regime von Bashar al-Assad werden von den US/NATO-Imperialisten und ihren Stellvertretern in Syrien ausgeheckt, wann immer die Assad-Regierung an der Schwelle zu einem bedeutenden Fortschritt steht, und diese jüngsten Anschuldigungen waren nicht anders. Die Internationalist Group/U.S. mobilisierte sofort, und führte innerhalb von zwei Stunden nach Ankündigung der Bombardierung einen Protest vor dem Trump Tower in Manhattan durch.

Am 14. Mai vollzog dann das US-Außenministerium offiziell den Umzug seiner Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem. Der Prozess begann im Dezember 2017, als die Trump-Regierung Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannte, eine dreiste Provokation gegen die Palästinenser, die Jerusalem ebenfalls als ihre Hauptstadt beanspruchen und ein Geschenk an kompromisslose zionistische Expansionisten, die unbedingt die israelische Kontrolle über das arabische Ost-Jerusalem festigen wollen, das Israel seit dem Krieg von 1967 besetzt hält, als das Westjordanland erobert wurde. Während Premierminister Benjamin Netanyahu zusammen mit Trump-Tochter Ivanka und Schwiegersohn Jared Kushner die Einweihungsfeier der Botschaft in Jerusalem feierte, schossen Scharfschützen der israelischen Armee auf friedliche Demonstranten in Gaza, die sich in der Nähe der Grenze für eine Protestkampagne zum Gedenken Frühjahr 2019



Gaza: Friedliche Demonstranten fliehen vor israelischen Scharfschützen, 14. Mai 2018

Für einen arabisch/hebräischen Arbeiterstaat in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens!

an die Nakba (arabisch für „Katastrophe“) versammelt hatten, den 70. Jahrestag der Vertreibung von hunderttausenden palästinensischen Arabern aus dem heutigen Israel im Jahre 1948.

Mindestens 129 Palästinenser wurden in diesem neuesten Fall von zionistischem Massenmord getötet und tausende wurden verletzt, viele davon Kinder. Während die Nordkorea-Frage (vorerst) auf Eis liegt, nehmen die US- und NATO-Imperialisten den Iran ins Visier – und die Dinge entwickeln sich sehr schnell. Der kürzlich erfolgte Rückzug der USA aus dem UN-Menschenrechtsrat, unter dem Vorwand von Voreingenommenheit gegenüber Israel, ist ein Signal, dass selbst der Anschein von Humanität fallengelassen wird, sollten die USA und ihre Verbündeten Israel und Saudi-Arabien entscheiden, den Iran direkt anzugreifen und iranisch-geführte Milizen in Syrien ins Visier nehmen. Mit den chaotischen Balkankriegen (zwischen konkurrierenden Nationalisten gegen Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich), die den Ersten Weltkrieg auslösten, im Hinterkopf, glauben die imperialistischen Mächte, dass sie alles unter Kontrolle hätten. Aber eine falsche Bewegung, ein

irrtümlich gelöster Schuss – und die gesamte Region könnte explodieren. Angesichts dieser drohenden Katastrophe rufen Trotzisten zur internationalen Mobilisierung der Arbeiterklasse auf, um die imperialistischen, zionistischen und saudi-monarchistischen Kriegstreiber zu schlagen auf dem Weg zur sozialistischen Revolution in ganz Nahost.

Verteidigt Syrien gegen US/NATO-Angriff! Schmeißt die Imperialisten raus!

In Syrien hat die Assad-Regierung ihren Halt konsolidiert. Nach einer zweimonatigen Offensive um den damaszenischen Vorort Ost-Ghuta von den saudiarabisch-gestützten Dschihadisten der Dschaisch al-Islam zurückzuerobern, verkündete das Regime am 14. April den Sieg. Es gab weit verbreiteten Jubel in der syrischen Hauptstadt. Während die imperialistische Presse die wahllose Bombardierung von dicht bevölkerten Gebieten durch das Regime denunziert, werden die unaufhörlichen Raketenangriffe der islamistischen Rebellen auf die Zivilbevölkerung von Damaskus kaum erwähnt. Fünf Tage später begannen Regierungstruppen eine Offensive, um das pa-

lästinensische Flüchtlingslager Jarmuk zurückzuerobern, das seit 2015 unter der Kontrolle des Islamischen Staates ist. Der IS wurde vollkommen vertrieben und am 21. Mai wurde das Lager für komplett unter Regierungskontrolle erklärt. Das Regime macht jetzt Fortschritte in Daraa, die letzte Rebellenklave im Südwesten Syriens, an der Grenze zu Jordanien und den israelisch besetzten Golanhöhen. Im Tausch gegen israelische Zustimmung zu Assads Offensive, vermittelte Russland einen Deal, der iranisch-unterstützte Kräfte von Einsätzen in Daraa ausschließt. Dieser Pakt könnte jedoch jederzeit in sich zusammenfallen, da Israel bereits von den USA bereitgestellte Patriot-Raketen auf syrische Regierungsdrohnen in der Region abgefeuert hat.

Nach der antikurdischen „Operation Olivenzweig“ von Januar bis Ende März, hat die Türkei inzwischen ihre Position im nordwestlichen Syrien konsolidiert. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der gerade mit einem „Volksentscheid“ seine bonapartistische Herrschaft konsolidierte, entsandte 25.000 Kämpfer der „Freien Syrischen Armee“ (FSA), unterstützt von türkischen Panzern und schwerer Artillerie, um der



New York, 13. April 2018: Die Internationalist Group/U.S. protestierte sofort vor dem Trump Tower gegen den US-Raketenangriff auf Syrien: „Verteidigt Syrien, nieder mit dem US-Imperialismus!“

kurdischen YPG (Volksverteidigungseinheiten) den Distrikt Afrin zu entreißen. Die FSA ist eine fiktive Kreation für westlichen Medienkonsum, der ein Mischmasch türkisch-unterstützter arabischer und turkmenischer islamistischer Banden abdeckt. Seine Hauptkomponente, die Failak al-Scham (Syrische Legion), behauptete dafür zu kämpfen, „sechzehn arabische Städte und Dörfer“ von der YPG zurückzuerobern. (Während die Stadt Afrin mehrheitlich kurdisch war, war die ländliche Umgebung größtenteils arabisch.) Diese Behauptung war lediglich ein Vorwand, um ein Pogrom gegen Kurden in der gesamten Region zu entfesseln. Amnesty International berichtet, dass unzählige Zivilisten im türkischen Bombardement getötet wurden, während FSA-Kämpfer Dörfer plünderten und kurdische Zivilisten hinrichteten. „Hier geht es um Rache“, wurde ein ehemaliger Rebellenkämpfer von der *Washington Post* (7. März) zitiert.

Erdoğan drohte, seinen Afrin-Feldzug nach Manbidsch auszuweiten, wo die USA Militär, „berater“ im Einsatz haben, die YPG-kontrollierte syrischen Streitkräfte befehligen. In Reaktion warnte der lokale US-Kommandeur Generalleutnant Paul Funk: „Wenn ihr uns trefft, reagieren wir aggressiv.“ Der türkische Machthaber polterte zurück, dass Funk „eindeutig noch keine osmanische Ohrfeige bekommen hat“. Anfang März drohte der Macho Erdoğan mit einer totalen Invasion der kurdisch kontrollierten Gebiete: „Heute sind wir in Afrin, morgen werden wir in Manbidsch sein, am Tag darauf östlich des Euphrats, um alle Terroristen bis zur irakischen Grenze auszumerzen.“ Es sah danach aus, dass Washington vor der Wahl stand, entweder seine zuverlässigsten Fußsoldaten gegen den Islamischen Staat (die kurdische YPG) zu unterstützen, (oder seinen NATO-Verbündeten Türkei. Aber wie wir im Jahr 2014 zu Beginn der US-Intervention in Syrien warnten:

„Die US- und europäischen Imperialisten werden niemals kurdische Unabhängigkeit akzeptieren, oder auch nur echte Autonomie in Nordsyrien... Das würde die osmanischen Ambitionen des Islamisten Erdoğan und den türkischen Nationalismus der [türkischen] Armee bedrohen. Und die NATO-Türkei ist ein Dreh- und Angelpunkt für die westliche imperialistische Vorherrschaft im Nahen Osten.“

– „For Workers Action to Defeat Barack Obama's Iraq/Syria War“, *The Internationalist* Nr. 38, Oktober/November 2014

So ließen die US-Imperialisten die YPG bei einem Treffen in Washington zwischen dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu und US-Außenminister Mike Pompeo am 4. Juni über die Klinge springen. Gemäß der Vereinbarung sollte die YPG am 4. Juli aus Manbidsch abziehen, und amerikanische und türkische Truppen gemeinsame Sicherheitspatrouillen aufnehmen. Unter der Hand hat die YPG jedoch auch mit der syrischen Regierung kooperiert. Den angekündigten Abzug aus dem Gebiet westlich des Euphrat lässt Assad in Sorge zurück bezüglich eines NATO-besetzten Gebiets in Nord- und Ost-Syrien ohne die YPG als Gegengewicht. Kurz nach Ankündigung des US/Türkei-Deals, schwor eine regierungstreue Miliz, der neugegründete Volkswiderstand in Manbidsch, sich zu widersetzen: „Die Bevölkerung von Manbidsch, die aus arabischen, kurdischen und turkmenischen Stämmen besteht, wird die Anwesenheit ausländischer Invasoren nicht zulassen, seien sie tür-

kisch, amerikanisch oder französisch.“ In dem vielseitigen sektiererischen Bürgerkrieg hat ein Großteil der westlichen Linken sich um eine nicht-existente „syrische Revolution“ geschart. Die amerikanische International Socialist Organization (ISO, lose verbunden mit Marx21 in Deutschland) geht seit Jahren mit der Lüge einer „moderaten“ syrischen Rebellen-Opposition hausieren, und verschleiert so die Tatsache, dass fast alle Milizen, die seit 2011 gegen das Assad-Regime kämpfen, verhärtete Islamisten sind, die wild entschlossen sind, die Scharia einzuführen und begierig Geld und Waffen von den US/NATO-Imperialisten annehmen, um dieses Ziels zu erreichen. Die sehr wenigen bewaffneten Gruppen, die keine Dschihadisten waren, waren lediglich kriminelle Banden. Die sogenannten „Rebellen“ haben keine Berührungspunkte damit, Gräueltaten gegen jede ethnische oder religiöse Gruppe zu begehen, die sie als „ungläubig“ oder „vom Glauben abgefallen“ betrachten. Aber die sozialdemokratische ISO hat eine lange Geschichte der Unterstützung von imperialistisch-gestützter islamischer Reaktion. Diese geht zurück auf den Kampf der Mudschaheddin gegen die sowjetische Armee in Afghanistan – alles im Namen des Anti-Kommunismus.

Die ISO und diverse andere „Außenamtsozialisten“ haben immer wieder beklagt, dass die USA nicht genug tun, um den islamistischen Banden in Syrien zu helfen – während sie gleichzeitig sogenannten „russischen Imperialismus“ verurteilen. (Diese politischen Erben von Tony Cliff, der behauptete, dass der sowjetische bürokratisch-degenerierte Arbeiterstaat staatskapitalistisch war, verurteilten zuvor „Sowjetimperialismus“.) Wir haben die Behauptung widerlegt, dass das post-sowjetische Russland, eine kapitalistische Regionalmacht, „imperialistisch“ sei, siehe „The Bugbear of Russian Imperialism“ (*The Internationalist* Nr. 40, Sommer 2015). Aber hinter ihren Schmähungen haben die sozialdemokratischen Cheerleader der fiktiven „syrischen Revolution“ dunklere Ziele. Der Richtung der demokratischen Kriegstreiberin Hillary Clinton folgend, wollen sie einen imperialistischen Angriff auf russische Truppen provozieren, der einen umfassenden regionalen oder sogar Weltkrieg auslösen könnte:

„Während sie behauptet, gegen die imperialen Ziele der USA zu sein, wiederholt die ISO die Beschwerden syrischer ‚Rebellen‘, dass die ‚versprochene Militärhilfe der amerikanischen und europäischen Regierungen nie die Sorte schwerer Waffen, wie Flugabwehrgeschütze, beinhaltet, die ihnen dabei helfen würden, das syrische Militär und jetzt russische Kampfflugzeuge zu konfrontieren.“

– „Flashpoint Syria: Russian Intervention and Imperialist Aggression“, *The Internationalist* Nr. 42 (Januar/Februar 2016).

Angesichts ihrer Unterstützung für die imperialistisch bewaffneten und finanzierten syrischen „Rebellen“, ist es keine Überraschung, dass die ISO bei der New Yorker Demonstration gegen den US-Angriff auf Syrien am 16. April abwesend war. In einem Artikel der ISOerin Ashley Smith verurteilt die Gruppe Antikriegs-Linke wegen Unterstützung von „imperialistischen Mächten wie China und Russland und von Diktaturen wie die von Assad, nur weil sie gegen die USA sind“. In einer modernen Auslegung des cliffistischen Slogans „Weder Washington noch Moskau“, schreibt Smith, dass „das alte Linke Motto ‚der Hauptfeind steht im eigenen Land‘ als Ausrede verwendet wird, um Solidarität mit denjenigen zu verweigern, die gegen Tyrannei kämpfen“. Während des antisowjetischen Kalten Kriegs landeten sie mit dieser Position des angeblichen „Dritten Lagers“ im imperialistischen Lager. Heute bezieht die ISO Seite mit anti-rus-

sischen Kriegstreibern und zielt auf den chinesischen bürokratisch-deformierten Arbeiterstaat, gerade während Trump seinen Handelskrieg gegen Peking eskaliert.

Zumindest sind diese sozialdemokratischen Anhängsel des Imperialismus konsistent. Aber die Reaktion der Spartacist League auf den US-Raketenangriff auf Syrien, war die Forderung „alle imperialistischen Truppen“ und „Regionalmächte“ raus aus Syrien – wobei nicht nur Israel und die Türkei eingeschlossen wurden, sondern auch Iran und Russland, die Hauptstützen des Assad-Regimes (*Workers Vanguard*, 20. April 2018). Offensichtlich steht für die SL, wie für die ISO, der Hauptfeind nicht im eigenen Land. Nirgendwo im Artikel findet sich der Aufruf zur Verteidigung von Syrien gegen den Imperialismus oder für die Niederlage der imperialistischen Kräfte in Syrien. (Zusätzlich zu den Rake-

ten mittlerweile gelöscht Tweet des offiziellen Accounts der israelischen Armee eingeräumt:

„Gestern sahen wir 30000 Menschen; wir kamen vorbereitet und mit der richtigen Verstärkung. Nichts wurde unkontrolliert durchgeführt; alles war gezielt und angemessen, und wir wissen, wo jede Kugel landete.“

Die Demonstrationen begannen am 30. März 2018 als sechswöchige Protest-Kampagne mit der Forderung, dass palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachkommen in Gebiete des heutigen Israels zurückkehren dürfen, aus denen sie vertrieben wurden. Die Proteste sollten am Nakba-Tag (15. Mai) enden und ereigneten sich entlang eines Abschnitts des Grenzzauns zwischen Israel und dem Gazastreifen. Wie üblich wollen die Zionisten den islamistischen Hardlinern der Hamas die Schuld zu schieben, um das Gemetzel zu rechtfertigen. Aber tatsäch-

treten von Mahmoud Abbas von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Der Umzug der US-Botschaft ermutigte die zionistischen Militaristen. „Was für ein glorreicher Tag“, verkündete Netanyahu. „Heute eröffnet die Botschaft des mächtigsten Landes der Erde, unser Freund und Verbündeter, die Vereinigten Staaten von Amerika, in Jerusalem... Wir haben keine besseren Freunde auf der Welt.“ Zusammen mit Trumps Falllassen des Iran-Atomdeals, war dieser Schritt ein Signal an Netanjahu und die extreme Rechte Israels, die Vorbereitungen für einen Angriff auf den Iran ernsthaft aufzunehmen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar, warnte Netanyahu, dass „Israel weiterhin verhindern wird, dass Iran eine ständige Militärpräsenz in Syrien etabliert“ und, dass Israel „wenn nötig, nicht nur gegen Irans Stellvertreter, die uns angreifen, agie-



Februar 2018, Front in Manbidsch, Syrien: US-Spezialeinheiten stehen islamistischen „Rebellen“ gegenüber, die vom NATO-Mitglied Türkei unterstützt werden. Alle US/NATO-Truppen raus aus Syrien!

tenangriffen befinden sich auch über 4000 US-Soldaten in Syrien.) Tatsächlich hat die SL, jetzt wo der Islamische Staat weitgehend besiegt wurde, stillschweigend ihre ehemalige Linie fallengelassen, eine militärische Seite mit diesem zu beziehen, auch während der IS die kurdischen, jesidischen, schiitischen, christlichen und drusischen Minderheiten attackierte. Heute ist die Syrien-Linie der SL und der Sozialdemokraten kaum zu unterscheiden.

Zionistischer Massenmord in Gaza, US/Saudi-Gemetzel im Jemen

In Israel war der Umzug der US-Botschaft im Mai eine große Provokation, die Netanjahu und Hardliner in und um seine Likud-Partei anspornte. Die Feier selbst war eine groteske Zurschaustellung imperialistischer Dekadenz. Jared Kushner, in der Trump-Regierung zuständig für „Frieden“ im Nahen Osten, hielt eine Rede in der er verkündete, dass „wir durch den Umzug unserer Botschaft nach Jerusalem, der Welt wieder einmal gezeigt haben, dass man den Vereinigten Staaten vertrauen kann“. Neben der feiernden zionistischen Elite, zeigten die Fernsehnachrichten im Splitscreen israelische Scharfschützen, wie sie einen palästinensischen Demonstranten nach dem anderen in Gaza ermordeten. Das war nicht die übliche wahllose zionistische Bombardierung von Wohnhäusern im Gazastreifen, und auch ganz sicher keine außer Kontrolle geratenen israelischen Truppen. Dieses Mal häufte das Militär Erdhügel entlang der Grenze auf, um Scharfschützennester für das erklärte Ziel einzurichten, einzelne unbewaffnete Demonstranten zu erschießen, die sich dem Grenzzaun nähern. Das wurde auch so in einem

lich kam der Marsch von unabhängigen Aktivisten mit einem Graswurzelkonzept für einen friedlichen und dauerhaften Protest entlang des Gaza-Zauns, den die Hamas (die dominante politische Kraft im Gaza-Streifen) später aufgriff aber nicht direkt führte (*New York Times*, 15. April 2018). Dennoch haben die israelischen Scharfschützen 7324 unbewaffnete Individuen verwundet oder erschossen. Ein monströses Verbrechen, das nicht einmal als Kriegsverbrechen betrachtet werden kann, da es keine Kämpfe gab – und nicht ein einziges israelisches Opfer. Diese Metzerei war nichts weiter als massenhafter Meuchelmord.

Viele haben das Töten in Gaza akkurat mit den Nazi-Morden an Juden im Warschauer Ghetto verglichen. Der Unterschied ist, dass die Nazis dazu übergangen Millionen von Juden (und viele andere) im völkermörderischen Holocaust zu ermorden. Aber es gibt mehr als nur ein paar tollwütige zionistische Politiker in Israel, die von einer „Endlösung“ des „palästinensischen Problems“ träumen (und einige rufen offen dazu auf). Sie werden von Trumps Schwiegersohn Kushner unterstützt, der ein langjähriger Freund der Familie von Benjamin Netanjahu ist, und seine rechtsextremen zionistischen Ansichten teilt. (Netanjahu übernachtete einmal in Jareds Schlafzimmer als der israelische Ministerpräsident die Familie Kushner besuchte.) Kushner war Co-Direktor der Stiftung seiner Familie von 2006 bis 2015, als diese eine illegale Siedlung im palästinensischen Westjordanland baute. Heute ist er verantwortlich für die Vermittlung eines „Friedensabkommens“ zwischen den Zionisten, die die Palästinenser kriminell unterdrücken, und deren verräterischer Bourgeoisie, ver-

ren wird, sondern auch gegen den Iran selbst“. Jetzt will er dieses Versprechen einlösen. Am 17. Juni informierte er den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den US-Außenminister Mike Pompeo, dass „wir gegen Bestrebungen des Irans und seiner Stellvertreter, eine Militärpräsenz in Syrien zu etablieren, Maßnahmen ergreifen werden – und bereits dabei sind“. Die Eröffnungssalve eines regionalen Flächenbrands besteht möglicherweise bevor.

Währenddessen tobt im Jemen seit 2015 ein Krieg. Eine saudiarabischgeführte Koalition, unterstützt von den US/NATO-Imperialisten führt Krieg gegen iranisch-unterstützte Rebellen. Die Saudis unterstützen den abgesetzten Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi im Kampf gegen die Huthis im Nordosten. Neben den Huthis und Saudis, gibt es als weitere Rivalen im Jemen einen Ableger der sunnitisch-muslimischen Al-Qaida im Osten und die Südjemen-Bewegung, die versucht, den arabisch-nationalistischen Staat (mit linkem Anstrich) wiederherzustellen, der bis 1990 rund um den Hafen von Aden existierte. Während die USA und Saudi-Arabien behaupten, dass die Huthis einfach iranische Stellvertreter seien, sind sie ein Teil der schiitischen Zaiditen-Sekte, die sich vor Jahrhunderten vom Mainstream-Schiismus abgespalte. Diese Stammesangehörigen aus dem Hochland hatten schon in der Zeit des Osmanischen Reichs Konflikte mit der Zentralgewalt. Die USA haben unterdessen im Jemen den Tod vom Himmel regnen lassen. Barack Obama befahl persönlich die Drohnen-Angriffe, die Tausenden Jemeniten das Leben nahmen. Trotzisten stehen auf der Seite der Huthis gegen die US-Imperialisten und die saudischen Monarchisten.

Die Situation im Jemen, die in der imperialistischen Presse als nebensächlich behandelt wird, wurde von den Vereinten Nationen als die schlimmste humanitäre Situation der Welt charakterisiert. Verschiedene imperialistische Strategie-Think-Tanks warnen davor, dass der Jemen ein Entflammungspunkt für den sich abzeichnenden regionalen Krieg sein könnte. Während sich die Schlacht um den jemenitischen Hafen al-Hudaida verschärft (ein bevorstehendes Massaker an der Zivilbevölkerung zeichnet sich ab), hat die International Crisis Group erklärt, dass sie den Jemen (zusammen mit Südsyrien) auf ihrer „USA/Iran-Auslöser-Liste“ auf „kritisch“ hochgesetzt hat (*Newsweek*, 27. Juni). Sollte die Achse USA/Israel/Saudi-Arabien den Iran angreifen, so haben wir wiederholt erklärt:

„Die Liga für die Vierte Internationale verteidigt den Iran, ein halbkoloniales Land, gegen den Imperialismus und das zionistische Israel, das den Imperialisten als Erfüllungsgehilfe dient. Wir geben dem islamisch-fundamentalistischen Regime keine politische Unterstützung. Aber wir verteidigen das Recht des Iran, Atomenergie zu entwickeln, sowie Atom- oder sonstige Waffen zu erlangen, die zur Selbstverteidigung gegen jene Länder benötigt werden, die bereits Atomwaffen besitzen und gedroht haben, sie gegen den Iran einzusetzen: die Vereinigten Staaten und Israel.“

– „Zionists Gearing Up for War on Iran“, *The Internationalist* Nr. 31, Sommer 2010

Wegen des verworrenen Netzes von Bündnissen und überlappenden Konflikten überall im Nahen Osten – und angesichts der sich abzeichnenden Möglichkeit eines Krieges der diese strategische Region in Flammen setzen und ganze Bevölkerungen auslöschen könnte –, haben Antikriegs- und Friedensbewegungen, die Druck auf die Imperialisten ausüben wollen, wenig Effekt. Viele bürgerliche Liberale die sich in Bezug auf Invasion und Besetzung des Iraks als „Friedenstauben“ gerieren, werden zu „Kriegsfalken“, wenn es um Israel geht. Der Nahe Osten ist ein Pulverfass seitdem die Imperialisten die Region nach dem Ersten Weltkrieg willkürlich aufteilten. Was gebraucht wird, ist eine proletarisch-revolutionäre Strategie, die die gesamte Region mit einbezieht und sich auch auf die imperialistischen Zentren erstreckt. Um den Todesgriff von Imperialismus, Zionismus und Islamismus zu brechen, fordert die Liga für die Vierte Internationale einen binationalen arabisch/hebräischen Arbeiterstaat in Palästina, als Teil einer breiteren sozialistischen Föderation des Nahen Ostens. Wie wir 2010 schrieben:

„So entfernt diese Perspektive heute erscheinen mag, sie ist die einzige Grundlage auf der Muslime, Juden, Christen, Drusen – ganz zu schweigen von Kurden, Zarathustristen und den zahlreichen anderen nationalen und religiösen Minderheiten der Region – die sektiererischen Spaltungen überwinden können, und in Harmonie leben und vorankommen können. Dies zu erzielen ist nicht nur eine lebenswichtige Aufgabe für die hebräischsprachigen und arabischen Arbeiter in Palästina, sondern des Proletariats der ganzen Welt, in unserem Kampf, den Imperialismus durch internationale sozialistische Revolution zu zerschmettern.“

– *The Internationalist* Nr. 31

Um diese mühsame und historische Aufgabe zu vollenden, braucht die Arbeiterklasse des ganzen Nahen Ostens, und zentral das millionenstarke Proletariat in Ägypten und der Türkei, eine authentische revolutionäre marxistische Führung, die dem internationalistischen Programm der Bolschewiki von Lenin und Trotzki folgt. Die Liga für die Vierten Internationale strebt danach, den Kern dieser Führung aufzubauen. ■

Lehren des US-Hafenarbeiterstreiks gegen imperialistischen Krieg von 2008

Wie Streiks gegen Krieg und Repression organisiert werden

Der nachfolgende Artikel von Jack Heyman¹ ist übersetzt aus The Internationalist Nr. 52 und erschien zuerst bei CounterPunch (1. Mai 2018).

Der 1. Mai 2018 markiert den 10. Jahrestag des Streiks gegen die Kriege in Irak und Afghanistan, der alle Häfen der US-Westküste von der kanadischen bis zur mexikanischen Grenze dicht machte um den sofortigen Abzug der US-Truppen zu fordern. Der Streik und Protest von Mitgliedern der International Longshore and Warehouse Union (ILWU – Hafen- und Lagerarbeitergewerkschaft) waren eine beeindruckende Demonstration von Arbeitermacht und ein Aufruf an andere Gewerkschaften und Antikriegsaktivisten, der in der San Francisco Bay Area und Seattle viel Aufmerksamkeit und Unterstützung fand. Es war die erste Streikaktion von US-Arbeitern gegen einen imperialistischen Krieg der USA in 90 Jahren.

Und die Wirkung des Streiks von 2008 setzt sich bis heute fort. Am 1. Mai 2015 legte die ILWU Ortsgruppe 10 den Hafen von Oakland still und marschierte zur „Oscar Grant Plaza“ vor dem Rathaus, um „Stoppt den Polizeiterror“ zu fordern. Letztes Jahr beschloss der Longshore Caucus (Hafenkonferenz) mit Delegierten aus allen 29 Westküstenhäfen, die Arbeit an jedem 1. Mai einzustellen, dem internationalen Tag der Arbeiter (der in den USA kein Feiertag ist). In diesem Jahr protestieren die Hafenarbeiter vor allem gegen die Morde an Stephon Clark in Sacramento und Sahleem Tindle, der von der BART-Polizei in West Oakland erschossen wurde. Doch obwohl sie vom höchsten Gremium der Hafenarbeiter-Abteilung der Gewerkschaft beauftragt wurden, eine einheitliche küstenweite Aktion durchzuführen, mobilisierten die Funktionäre der internationalen ILWU-Zentrale (es gibt Ortsgruppen in den USA und Kanada) nicht die Mitgliedschaft.

Im Jahr 2008 verkündete das Grand Lake Theatre in Oakland auf seinem Vordach: „Wir begrüßen den 1.-Mai-Streik der Hafenarbeiter, um gegen die kriminelle Besetzung des Iraks zu protestieren.“ Wenige Gewerkschaften abgesehen von ILWU-Hafenarbeitern haben an diesem Tag tatsächlich etwas unternommen, abgesehen von „Schweigeminuten“ der Postangestellten. Die Fakultätsgewerkschaft an der größten öffentlichen Universität, der City University of New York (CUNY), rief zu Veranstaltungen in Solidarität mit den Hafenarbeitern auf. Gewerkschaften aus der ganzen Welt sandten Solidaritätsbotschaften, ebenso wie die Lokalverbände des Gewerkschaftsbund AFL-CIO in Vermont und South Carolina. Während die Blaskapelle „Die Internationale“ spielte, marschierten energische Demonstranten vom Gewerkschaftshaus am Fisherman's Wharf in San Francisco entlang der Embarcadero-Straße, dem Schauplatz historischer Arbeitskämpfe der Hafenarbeiter. Ihnen schlossen sich sowohl andere Transportarbeiter wie die Binnenschiffahrtsgewerkschaft an, als auch Lehrkräfte aus Oakland und

¹ Jack Heyman, pensionierter Hafenarbeiter und klassenkämpferischer Gewerkschafter, organisiert seit Jahrzehnten Arbeiteraktionen: Vom Boykott eines südafrikanischen Schiffs aus Protest gegen die Apartheid 1984, über den Streik für die Freiheit des schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal 1999, bis zum westküstenweiten Streik gegen die Kriege in Irak und Afghanistan am 1. Mai 2008, der von seiner Resolution initiiert wurde. Jack sitzt dem Transport Workers Solidarity Committee vor.

Universitätsstudierende, und sogar die gewerkschaftlich organisierten Tänzerinnen des Stripclubs „Lusty Lady“, sowie viele andere.

Im Hafen von Oakland, wo alle Kräne als Zeichen des Arbeitskampfes hochgeklappt wurden, respektierten Eisenbahner die Streikposten auf dem riesigen Containerbahnhof und weigerten sich, die Züge zu beladen. Die größte Aktion war zweifellos die Arbeitsniederlegung der irakischen Hafenarbei-

ter US-Protest gegen diesen kolonialistischen Krieg. Später weigerten sich die Arbeiter auf den Docks von Marseille, Mitglieder der KP-geführten Gewerkschaftsföderation CGT, Kriegsgüter auf Schiffe Richtung Vietnam zu laden, als kommunistische Truppen bei Dien Bien Phu die französischen Truppen einkreisen und besiegten. Ähnliches wiederholte sich im französischen Kolonialkrieg gegen die Unabhängigkeit Algeriens.

Während der US-imperialistische

werkschafter aus politischen Gründen nicht verladen) und informierte andere Häfen über ihre Streikaktion. *Seattle Union Record*, Zeitung des IWW-beeinflussten Labor Council, berichtete, dass die Hafenarbeiter eher die Pazifikküste von Seattle bis San Diego lahmlegen werden, ehe sie Gewehre und Munition für Sibirien oder andere Teile Russlands verladen würden. Letztendlich verluden Streikbrecher der American Legion die Fracht, aber als das



San Francisco, 1. Mai 2008: Hafengewerkschaft ILWU demonstriert während des Streiks gegen Krieg

tergewerkschaft, die der Kundgebung eine Solidaritätsbotschaft sandte:

„Eure mutige Entscheidung, am 1. Mai aus Protest gegen den Krieg und die Besetzung des Iraks zu streiken, bringt unseren Kampf gegen die Besetzung voran, um uns und dem Rest der Welt eine bessere Zukunft zu verschaffen... Wir im Irak schaut auf zu euch und unterstützen euch, bis der Sieg über die Barbarei der US-Regierung erreicht ist.“

Clarence Thomas, ein ehemaliger Black Panther und Mitglied der ILWU Local 10 in San Francisco, war während des Krieges in den Irak gegangen, um die Solidarität der ILWU mit den irakischen Hafenarbeitern gegen den imperialistischen Krieg der USA zu verkünden. Aber die von den USA ausgelöste Feuersbrunst verheert weiterhin den Nahen Osten von Syrien, über Iran und Jemen, nach Gaza und immer noch Irak und Afghanistan.

Eine kurze Geschichte von Streiks gegen imperialistische Kriege und Reaktion

Der Hafenarbeiterstreik gegen Krieg und Besetzung von Irak und Afghanistan an der US-Westküste 2008 war nicht einzigartig. Es gibt eine Geschichte von Arbeiterstreiks gegen imperialistische Kriege. 1921, unter dem Einfluss der russischen Oktoberrevolution, weigerten sich französische Hafenarbeiter, Waffen zu verladen, die zur Unterdrückung einer Rebellion von Unabhängigkeitskämpfern in der Rif-Region der französischen Kolonie Marokko bestimmt waren.

Nach dem 2. Weltkrieg, als Truppen der „Freien Französischen Streitkräfte“ nach Indochina zurücktransportiert wurden, um eine Wiederkolonisierung von Vietnam, Laos und Kambodscha zu versuchen, sandeten Matrosen an Bord von US-Schiffen, Mitglieder der Gewerkschaft National Maritime Union, Telegramme an US-Präsident Truman, um gegen dieses imperialistische Unterfangen zu protestieren. Das war der ers-

te Marshall-Plan in Europa implementiert wurde, brach in Amerika eine hysterische Hexenjagd aus. Kommunisten wurden inhaftiert, deportiert und aus den US-Seemannsgewerkschaften gesäubert. Der Streik der kommunistisch geführten Canadian Seamen's Union wurde gebrochen und die Gewerkschaft zerstört. In den USA wurde diese dunkle Seite der Geschichte als McCarthyismus bekannt. Aber der Ansturm, die Roten rauszusäubern, die die Gewerkschaften aufgebaut hatten, wurde nicht von rechten Republikanern wie Senator Joseph McCarthy geführt, sondern von liberalen Demokraten, auch innerhalb der Gewerkschaften. Die antikommunistische Säuberung war besonders wild im ehemaligen militanten Congress of Industrial Organizations (CIO). Der einzige Ort in den USA, wo es erfolgreichen Protest gegen diese Repression gab, war Hawaii. Als Jack Hall, der ILWU-Funktionär der für die Organisation der Inseln essentiell war, verhaftet und als Kommunist bezichtigt wurde, streikten Plantagenarbeiter, Hafenbeschäftigte, und Hotelangestellte. Hall wurde am nächsten Tag aus dem Gefängnis entlassen. Imperialistische Kriege im Ausland waren und sind untrennbar mit kapitalistischer Klassenrepression im Inland verbunden – und Streiks können beides stoppen.

Der vielleicht erste und wohl spektakulärste Streik amerikanischer Arbeiter gegen imperialistischen Krieg ereignete sich 1919. Während des Bürgerkrieges, der auf die erfolgreiche Arbeiterrevolution in Russland folgte, entdeckten Hafenarbeiter in Seattle beim Verladen eines Schiffes, dass Kisten mit angeblichen Nähmaschinen tatsächlich Gewehre für die Weiße Armee unter dem Kommando von Admiral Koltschak in Wladiwostok enthielten, die von einer US-Militärexpedition dort unterstützt wurde. Die Hafengewerkschaft erklärte sie in Solidarität mit der bolschewistischen Revolution zu „Hot Cargo“ („heiße Fracht“, also Güter, die Ge-

Schiff Wladiwostok erreichte, war der Hafen bereits in den Händen der Roten Armee, gegründet und geleitet von Leo Trotzki, die die Konterrevolutionäre und imperialistischen Streitkräfte, inklusive des US-Militärs, verjagt hatte.

Polizei-Angriff im Hafen von Oakland 2003: Vorspiel des Antikriegsstreiks von 2008

Nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center 2001 und den Kriegsvorbereitungen, war die ILWU mit knallharten Tarifverhandlungen konfrontiert. Das kalifornische Anti-Terrorism and Information Center drohte, dass jegliche Arbeitskämpfmaßnahmen auf den Docks zur Unterstützung der Tarifverhandlungen oder aus Protest gegen den drohenden Krieg als terroristischer Akte angesehen werden könnten. Wenn es um Klassenkampf zuhause oder imperialistischen Krieg nach außen geht, sind sich Republikaner und Demokraten einig. Präsident Bush warnte die ILWU, dass er Truppen senden würde, um die Häfen zu besetzen und jedwede Arbeitskämpfe zu ersticken. Als die Pacific Maritime Association der Bosse die Hafenarbeiter aussperrte, flehte die kalifornische Senatorin Diane Feinstein (Demokratische Partei) Bush im Chor mit den Republikanern an, den sklaventreiberischen Taft-Hartley Act in Kraft zu setzen. Das tat er und zwang die Hafenarbeiter, unter dem Joch der Bosse zur Arbeit zurückzukehren.

Zu Beginn des Krieges im Jahr 2003 protestierten ein paar tausend Demonstranten im Hafen von Oakland und skandierten „War is for profit, workers can stop it“ (Krieg ist für Profit, Arbeiter können ihn stoppen). Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus griff die Polizei die Demonstranten und Hafenarbeiter an und feuerte Gummi- und Holzgeschosse, sowie Schockgranaten und Tränengaskanister ab, während Motorradpolizisten in Brigadeformation

Demonstranten niedermähten, wie es zaristische Kosaken zu Pferde vor 100 Jahren getan hatten. Dutzende von Antikriegsdemonstranten und Hafenarbeitern wurden teilweise schwer verletzt. Als der ILWU-Business-Agent (gewählter Vertrauensmann) vor Ort, wurde ich von einem Trupp Polizisten angegriffen, aus dem Auto gezogen, verprügelt und verhaftet. Der Demokrat Jerry Brown, damals Bürgermeister von Oakland und heute Gouverneur von Kalifornien, befahl der Polizei, die Demonstration anzugreifen. Die UN-Menschenrechtskommission charakterisierte dies später als einen der blutigsten Angriffe auf Demonstranten, die behaupteten, dass der Krieg auf Lügen basierte, die von der Regierung aufgetischt und von der Mainstream-Presse pflichtbewusst verbreitet wurden. Die Stadt Oakland musste letztlich über 2000000 Dollar an die Opfer der Polizeibrutalität zahlen. Dieser Polizeiangriff wurde mit dem tödlichen Angriff auf streikende Seeleute verglichen, der den San-Francisco-Generalstreik von 1934 provozierte. Am 1. Mai 2008 bezeichneten Hafenarbeiter die küstenweiten Antikriegsstreiks als „Payback“.

Organisation der Antikriegskonferenz der Hafenarbeiter 2007

Die Pacific Maritime Association (PMA) appellierte an den Industrieschlichter, die Aktion im Jahr 2008 zu stoppen. Zweimal hat der Schlichter entschieden, dass die Arbeitsniederlegung ungesetzlich sei. Zweimal standen die Hafenarbeiter trotzig und entschlossen zur Durchführung des (wie viele glaubten ersten) Antikriegsstreiks in der Geschichte der USA.

Woher kam diese Nachgiebigkeit? Die Wut, die sich nach dem Polizeiangriff zusammenbraute war notwendig, aber an sich nicht ausreichend, um die Aktion zu organisieren.

Tatsächlich wurde seit 2003 fast jedes Jahr eine Resolution vorgelegt, in der eine küstenweite Hafearbeitsniederlegung gegen den Krieg gegen Irak und Afghanistan gefordert wurde. Fast jedes Jahr wurde sie von der historisch militanten Ortsgruppe 10 in der Bay Area verabschiedet, nur um dann bei der küstenweiten Hafenkonferenz begraben oder abgelehnt zu werden. Aber nach 2006 änderte sich etwas, was wir, die sich für Arbeiteraktionen gegen den Krieg einsetzten, nicht sofort realisierten. Viele Hafenarbeiter, von Anfang an beständig gegen den Krieg eingestellt, sahen es als „Bushs Krieg“, wie es die Antikriegsbewegung verkündete. Sie dachten, dass wenn die Demokraten an die Macht kämen, der Krieg enden würde. Nachdem Bush im Jahr 2004 wiedergewählt wurde, gewannen die Demokraten bei den Midterm-Wahlen 2006 die Kontrolle über beide Parlamentskammern. Aber am Krieg änderte sich nichts. In Wirklichkeit intensivierte er sich, als im Zuge der sogenannten „Surge“ (Truppenaufstockung) zehntausende Irakis getötet wurden. Deshalb gab es 2007 eine grundlegende Veränderung in der Stimmung unter der Gewerkschaftsbasis.

Viele Hafenarbeiter kamen zu der Einsicht, dass, wenn die Demokraten dem Krieg kein Ende bereiten, es an ihnen ist, etwas zu tun. Beim Coast Caucus im Juni 2007 sahen wir die Möglichkeit, dass die Resolution für Streik gegen den Krieg endlich verabschiedet werden könnte. Die Forderung nach Streiks gegen den Krieg wurde den Hafenarbeitern zuerst schon früher von der Internationalist Group nahegebracht. Jetzt, wo es konkret möglich schien, waren wir besorgt, dass die Local 10 in der Bay Area, die militanteste und einzige überwiegend schwarze Ortsgruppe in der ILWU, isoliert werden könnte. Also drangen wir darauf, dass Local 10 eine internationale Arbeiterkonferenz gegen den Krieg in unserem Gewerkschaftshaus in San Francisco einberufen soll, um den Aufruf zur Aktion zu stützen.

Redner auf der Konferenz waren u. a. der britische Labour-Abgeordnete Jeremy Corbyn, der damalige Herausgeber von Counterpunch Alexander Cock-

Seattle/USA: Vorzeige-Abgeordnete von Socialist Alternative (CWI) stimmt für neue Polizeichefin

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Revolution Nr. 15 (September 2018), Zeitung der Revolutionary Internationalist Youth, Jugendgruppe der Internationalist Group/U.S.

Eine „Sozialistin“, die der Polizeipräsidentin ihre Stimme gibt? Ja, das ist kürzlich in Seattle (Washington) passiert. Die Stadtverordnete Kshama Sawant von Socialist Alternative (SAlt; in Deutschland SAV) „überraschte“ Beobachter indem sie am 13. August für die Bestätigung der neuen Polizeichefin der Stadt stimmte. Während die uniformierten Wächter des Kapitalismus tagtäglich Schwarze und Latinos ermorden, zeigt dies, wie tief pseudo-sozialistische Gruppen bereit sind zu gehen, bei ihrem Eintauchen in die bürgerliche Politik.

Als eine der opportunistischen Organisationen, die am leidenschaftlichsten den „Bernie-Sanders-Sozialismus“ promoteten, steht SAlt vor großen Problemen wegen des Wachstums der Democratic Socialists of America. Das Hypen der „politischen Revolution“ zur Erneuerung der Demokratischen Partei des Senators aus Vermont sollte SAlt helfen, richtig durchzustarten – aber es waren die DSA, die profitierten, während SAlt auf der Strecke blieb. Dies hat zunehmend für



Polizeichefin Kathleen O'Toole, CWI-Star Kshama Sawant

Aufruhr gesorgt, wobei Teile der Organisation zu DSA übergelaufen sind.

Im Gegensatz dazu haben andere SAlt-Mitglieder, die die „Bernie-Wende“ abstoßend fanden, versucht, die Wurzeln des Opportunismus von SAlt zu verstehen. Dies veranlasste ehemalige Führer der Ortsgruppe New Hampshire, die Politik der Internationalist Group zu untersuchen und im Juni mit der IG zu fusionieren. (Siehe „Class Struggle Education League Fuses with Internationalist Group“ und „An Open Letter to Socialist Alternative Oppositionists, Past and Present“, *The*



Seattle City Council

Internationalist Nr. 52, Mai/Juni 2018.)

Kshama Sawant ist der politische Superstar von SAlt, und bereitete „Bernie Sanders ein sozialistisches Willkommen“, als er Wahlkampf in Seattle machte (für eine Neuauflage des „New Deal“ des ehemaligen Präsidenten Franklin D. Roosevelt am Jahrestag der Sozialversicherung). Ihre Bündnisse mit lokalen Demokraten haben einigen SAlt-Mitgliedern Unbehagen bereitet, aber die Gruppe ist entschlossen, sich immer tiefer ins Gebiet der Demokratischen Partei zu begeben. Als Ausdruck des sozialdemokratischen Bestrebens, den kapi-

talistischen Staat zu verwalten, gibt SAlt vor, dass Polizisten „Arbeiter in Uniform“ seien. Bereits 2014 lobte Sawant den Einstellungsprozess der vorigen Polizeichefin Kathleen O'Toole und sagte, es sei „positiv, dass eine Frau an der Spitze einer bisher und auch weiterhin männlich dominierten Bastion stehen wird“, und bezeichnete das Eintreten der neuen Chefin für einen „abgestuften Ansatz für Polizeieinsätze bei Protesten“ als eine „willkommene Veränderung“ (sawant.seattle.gov, 23. Juni 2014).

Jetzt hat Sawant den nächsten Schritt gemacht. Als O'Toole im letzten Jahr zurücktrat, wurde sie auf Interimbasis von Carmen Best ersetzt, einer Veteranin des Seattle Police Department mit 26 Dienstjahren, die dann bei der Stadtratssitzung am 13. August für den Oberbullenjob bestätigt wurde. „Zum Erstaunen des Publikums stimmte Ratsmitglied Kshama Sawant mit ‚Ja für Best‘, berichtete KOMOnews.com. Sawant rechtfertigte ihre Unterstützung für Best als Chefin der kapitalistischen Polizeirepression mit der Behauptung, dass ihre Unterstützung „ein Solidaritätsvotum für meine schwarzen und braunen Gemeindemitglieder“ gewesen sei, da Best Afroamerikanerin ist (*Seatt-*

burn, der Generalsekretär der britischen Gewerkschaft Rail, Maritime and Transport Union Bob Crow, Robert Mashego von der südafrikanischen Transport and Allied Workers Union, Takumi Shimizu von Doro-Chiba (japanische Bahngewerkschaft), sowie Hafengewerkschaftsführer. Mit Workshops wie „Klassenkampf und Krieg“, oder „Organisation von Soldaten gegen den Krieg“ wurden die Teilnehmer in den Lehren des Klassenkampfes gestählt. Während der Konferenz kündigten resolute Mitglieder von Code Pink an, sie würden den Hafen blockieren. Die Hafentarbeiter Leo Robinson und Howard Keylor, Organisatoren des Anti-Apartheid-Boikotts eines südafrikanischen Schiffs 1984 erklärten, dass eine wirksame Aktion am besten zu organisieren ist, indem die Beschäftigten selbst Resolutionen in ihre Gewerkschaftssitzungen einbringen, die zu Streiks gegen den Krieg in der Produktion aufrufen, wo die Arbeiter wirkliche Macht haben. Substitutionalismus, so argumentierten sie, funktioniert nicht. Die Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen, mit der Unterstützung der Code-Pink-Schwestern.

Ein paar Monate später wurde bei einer Local-10-Mitgliederversammlung eine Resolution verabschiedet, sich an den Longshore Caucus zu wenden, bei dem sich gewählte Delegierte aus allen 29 Häfen der Westküste treffen, um die dringendsten Probleme des Tages zu diskutieren. Bob McEllrath, der Präsident der internationalen Zentrale, und andere Gewerkschaftsfunktionäre wussten im Voraus, welche Resolutionen von den Ortsgruppen abgestimmt wurden. Sie wollten nicht, dass die Resolution von Local 10 durchkommt, aus Angst, dass die Stilllegung aller Häfen der Westküste aus Protest gegen den Krieg bei den Tarifverhandlungen stören würde. McEllraths Unterstützer in Local 10 versuchten, die Erfolgchancen beim Longshore Caucus zu mindern, indem sie die übliche Zahl von Delegierten reduzierten, um den Antragsteller der Resolution auszuschließen. Zwar konnten sie den Boten fernhalten, nicht aber die Botschaft – denn zu diesem Zeitpunkt hatte sie bereits tiefe Resonanz unter den Basismitgliedern gehabt.

Als Delegierte von Local 10 die Resolution beim Caucus präsentierten, sprachen der ehemalige Präsident David Arian aus der Ortsgruppe 13 in Los Angeles und andere Funktionäre dagegen und warnten, dass eine küstenweite Arbeitskämpfungsfaktion Tarifverhand-

lungen gefährden würde. Aber dann traten Vietnamveteranen ans Mikrofon und plötzlich änderte sich die Dynamik der ganzen Debatte. Ein Veteran aus Seattle und ein weiterer aus San Francisco stimmten der Antikriegs-Resolution leidenschaftlich zu, und wiesen darauf hin, dass Arbeiter wegen dem Versprechen, den Krieg zu beenden, Wahlkampf für die Demokraten gemacht hatten. Aber sie seien verraten worden, da der Krieg weiterging und Arbeiterkinder weiter im Krieg für Öl der reichen Männer als Kanonenfutter missbraucht wurden. Sie argumentierten, dass Arbeiter, indem sie die Küste 24 Stunden lang lahmlegten und den Weltmarkt stoppten, der Arbeiterklasse die Macht vor Augen führen könnten, die sie im Produktionsprozess hat, um das imperialistische Schlachten zu stoppen.

Es war ansteckend. Ein Delegierter nach dem anderen unterstützte den Antrag. Als McEllrath sah, wie sich das Blatt gegen ihn wendete, bat er die Delegierten, die Aktion auf eine Schicht statt einem Tag zu beschränken. Die Resolution, die gesamte Westküste zum Stillstand zu bringen, bekam eine überwältigende Mehrheit. Trotzdem gab es bürokratischen Widerstand. Der Präsident der größten Ortsgruppe an der Küste, Local 13, machte in den Tagen vorm 1. Mai bekannt, dass es nicht vorhatte, den Hafen von Los Angeles/Long Beach stillzulegen. Die Führung der internationalen Zentrale sah, dass dies Schwäche zeigen würde und die Tarifverhandlungen untergraben würde. Alle Häfen der Westküste wurden effektiv dichtgemacht. Reeder, Terminalbetreiber und Verladefirmen mussten sich der Macht der Gewerkschaft beugen.

Die Bürokratie der Zentrale versuchte bis zum Schluss weiter, die Aktion zu sabotieren. Als letzten verzweifelten Versuch versuchte Big Bob McEllrath den antiimperialistischen Streik, der den Abzug des US-Militärs forderte, in eine patriotische Parade zu verwandeln, die zur Unterstützung der Truppen aufruft, d.h. des Pentagongklüngel. Das stand im direkten Gegensatz zum eigentlichen Caucus-Beschluss. In Seattle gab es ein Meer amerikanischer Fahnen. Nicht so in San Francisco. Die Demonstranten, der Kern der Aktion, hielten an der Resolution für Truppen-Abzug fest. Wir waren darauf vorbereitet, den Demonstranten zu erklären, dass die irakischen Hafentarbeiter in Solidarität streikten, und dass sie, wenn sie amerikanische Flaggen sehen würden, den-

ken könnten, dass es sich gegen sie richtete. Aber im ganzen Marsch waren keine „Stars and Stripes“ zu sehen. Stattdessen trugen Demonstranten rot beschriebene 1.-Mai-Banner mit „No Peace, No Work“ zum Klang der Internationale, Hymne der internationalen Arbeiterklasse, und die Solidaritätsbotschaft der irakische Hafentarbeiter wurde vor einer begeisterten Kundgebung verlesen.

Klassenkampf und Kampf gegen imperialistischen Krieg verbinden

Zeitgleich mit dem Streik gegen den Krieg 2008 brodelte eine Wirtschaftskrise in den USA. Wegen der platzenden Immobilienblase (und ganz allgemein wegen der weiter fallenden Profitrate), intensivierten die Kapitalisten einen Generalangriff auf die Arbeiter – ihre Löhne, Sozialleistungen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze. Die Rettungsaktion für Bankster und Autohersteller die angeblich „zu groß zum Scheitern“ waren, vergesellschaftete die Verluste der Kapitalisten, während arbeitende Menschen ihre Jobs und Häuser verloren. Sie enthüllte die Korruption der beiden kapitalistischen politischen Parteien, Demokraten und Republikaner. Die Rettungsaktionen führte zu einer Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, vom Proletariat zur Bourgeoisie. Es war ein transparenter Diebstahl von Vermögen durch die oberen Ränge der Kapitalistenklasse mithilfe von Betrug und Gewalt. Über die Hälfte des Vermögens der Afro-Amerikaner wurde durch den Verlust von Eigenheimen und Arbeitsplätzen geraubt, während ein schwarzer Präsident im Weißen Haus saß. Neoliberaler Kapitalismus bedeutet Rettungsaktionen für die Kapitalisten und brutaler Kahlschlag für die Arbeiterklasse und Unterdrückten.

Dennoch gab es praktisch keine Gegenwehr der Arbeiterbewegung, weil die Gewerkschaftsbürokratie – und in Europa die Sozialdemokratie – angesichts dieses neoliberalen kapitalistischen Angriffs kollabiert ist. Schlimmer noch, sie sind die Cheerleader und Vollstrecker dieser neuen Gesellschaftsordnung geworden. Hier eine Litanei des Verrats: Die Bürokraten der Luftfahrtgewerkschaft IAM erzwangen eine Neuwahl, nachdem ein Ausverkaufstarifvertrag abgelehnt wurde, damit die Mitglieder diesmal „richtig“ wählen. In ihrer Klassenkollaboration mit den Autokonzernen, um die Löhne niedrig zu halten, führten die UAW-Bürokraten ein Lohnstufensystem ein bei ihrem er-

bärmlichen und gescheiterten Versuch, Autoarbeiter in den Südstaaten zu organisieren. ILWU-Präsident McEllrath stellte sicher, dass nach einem erbitterten Kampf um ein neues Getreideterminale von EGT in Longview (Washington) der Tarifvertrag ohne Abstimmung der Basis ratifiziert wurde, und ohne Streikbruch effektiv zu stoppen. Er gab die gewerkschaftliche Kontrolle über Einstellungen und die Beschwerdestelle preis.

Jetzt sehen wir ein helles Licht am Horizont der Arbeit – Lehrerstreiks in West Virginia, Kentucky und Oklahoma. Öffentliche Bedienstete, die gegen Sparmaßnahmen kämpfen, könnten ansteckend wirken und andere Sektoren der Arbeiterklasse inspirieren. Aber die Gewerkschaftsbürokratiewirkung vor als Bremse dieser Kämpfe und als ein Hindernis für den Sieg der Beschäftigten. In Frankreich haben die Eisenbahner im Kampf gegen die Sparmaßnahmen von Banker-Präsident Macron die Führung übernommen. Über die letzten 15 Jahre haben Hafentarbeiter unter Leitung des International Dockworkers Council Proteste gegen neoliberale kapitalistische Hafenprivatisierungen vor dem Europäischen Parlament in Strasbourg organisiert. Aber in entscheidenden Schlachten wie denen in Griechenland, haben die Gewerkschaften es versäumt, ihre Kraft zu nutzen, um die Docks zu besetzen und diese Angriffe zu vereiteln. Und das Ergebnis ist eine Niederlage nach der anderen.

Solange bis eine kämpferische Führung geschmiedet werden kann, die das Programm und den Willen hat, bis zum Ende für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und aller Unterdrückten zu kämpfen, solange kann die Verheißung des Hafestreiks an der Westküste vom 1. Mai 2008 nicht realisiert werden. Dafür müssen die Arbeiter-Irreführer rausgeschmissen werden, die versuchten, dieses leuchtende Beispiel einer militanten klassenbewussten Arbeiteraktion erst zu verhindern, dann zu unterhöheln und dann abzulenken.

Heute erleben wir eine intensiviertere interimperialistische Rivalität in Europa und offenkundige imperialistische Provokationen, wie im Nahen Osten mit Trumps kürzlichem Angriff auf Syrien, seinen blutrünstigen Drohungen gegen Nordkorea, seinen Versuchen, Venezuela zu erwürgen, und neokoloniale Militärinterventionen in Afrika. In jedem einzelnen Fall wurde das imperialistische Marodieren des Republikaners Trump unterstützt und sogar angespornt

le City Council Insight, 13. August).

Nein, Sawants Abstimmung war ein Treueschwur für den rassistischen kapitalistischen Staat. Seit in den 1960ern im ganzen Land Ghettos und Barrios gegen rassistischen Polizei-Terror aufstanden, hat die herrschende Klasse einige schwarze Gesichter in hohen Positionen erlaubt, in der Hoffnung, dass dies die schwarze Bevölkerung spalten könnte, die weiterhin der Polizeigewalt ausgesetzt ist. Diese rassistische Repression gibt es auch heute, unabhängig davon, ob die vollstreckende Institution von einer Person geleitet wird, die schwarz, weiblich, oder beides ist. Man muss nur nach Baltimore schauen, wo es eine schwarze Bürgermeisterin und einen schwarzen Polizeichef gab und die Polizei fast zur Hälfte aus Schwarzen bestand, als der Polizeimord an Freddie Gray die Stadt und das Land erschütterte. Wie Mitglieder der CUNY Internationalist Clubs (Hochschulgruppen an Standorten der City University of New York) und Revolutionary Internationalist Youth bei Protesten gegen die rassistischen Polizeimorde an Freddie Gray, Eric Garner, Sandra Bland, Philando Castile und vielen anderen skandierten: Nur Revolution kann Gerechtigkeit bringen! Zum Aufbau der Partei, die diese Revolution führen wird, gehört die unerbittliche Entlarvung von Opportunisten, die das Wort „Sozialismus“ mit ihrer Verbeugung vor der Bourgeoisie durch den Dreck ziehen. ■

von den Demokraten. Tatsache ist, dass diese Machenschaften im sterbenden kapitalistischen System verwurzelt sind.

Der Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus muss ganz klar Ausgangspunkt für die Arbeiterklasse und die Linke sein. Aber in den USA gibt es keine politische Massenpartei, die die Arbeiter in diesem Kampf repräsentiert. Der „Sozialist“ Bernie Sanders dient nur dazu, möglichen Dissens zurück in die Demokratische Partei zu kanalisieren. In Britannien gibt es die reformistische Labour Party und in Brasilien die reformistische Partido dos Trabalhadores, die beide die Angriffe der Bosse auf die Arbeiterklasse durchgeführt haben, wenn auch vielleicht nicht so erfolgreich, wie es sich reichere Kräfte gewünscht hätten. Die Krise der Führung der Arbeiterklasse ist sonnenklar. Es ist notwendig, die Bürokraten rauszuwerfen, mit den Demokraten zu brechen, und eine klassenkämpferische Arbeiterpartei aufzubauen. Diese muss mobilisieren für gewerkschaftliche Kämpfe, sowie für Kämpfe für Immigrantenrechte, für Frauenrechte, gegen rassistischen Polizeiterror und gegen faschistische Angriffe.

Bei einer Antikriegskundgebung am 15. April in Oakland, „Nein zu US-Kriegen im In- und Ausland“, gab es kaum einen Verweis auf die Arbeiterklasse. Es gab keinen Sprecher, der eine Gewerkschaft vertrat. Und das passiert immer wieder bei US-Antikriegsveranstaltungen. An diesem 1. Mai organisiert die ILWU Local 10 im Hafen von Oakland eine Kundgebung mit den Slogans „Arbeiterrechte für alle!“ und „Stoppt Polizeirepression“. Drei Gewerkschaftsmitglieder in der Bay Area haben kürzlich Söhne und einen Neffen verloren aufgrund von Polizeigewalt: einer schwarz, einer Latino und einer weiß. Der letzte, Sahleem Tindle, wurde im Januar von der BART-Nahverkehrs-Polizei getötet. Diese Ortsgruppe, die mit überwältigender Mehrheit eine Vertragsverlängerung ablehnte, die vom Kapitalistenverband PMA und der ILWU-Zentrale gepusht wurde, legt jetzt Häfen der Bay Area lahm um gegen tödliche Polizeigewalt zu protestieren, so wie im großen Streik von 1934. Der Kampf gegen die kapitalistische Repression zu Hause ist direkt verbunden mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg im Ausland. Wie Demonstranten zu Beginn der US-Invasion des Irak skandierten: „War is for profit, workers can stop it!“ Und die Hafentarbeiter antworteten: „No Peace, No Work!“ ■

Gegen Mittag am Montag, den 7. Mai 2018, drangen Schläger in das Haus des Genossen Dr. Arturo Villalobos Ordóñez und seiner Frau Patricia Méndez Jiménez in Oaxaca, Mexiko, ein. Die beiden sind prominente oppositionelle Aktivisten in der Bewegung der Arbeiter im Gesundheitswesen gegen staatliche „Reformen“, die Mexikos öffentliches Gesundheitssystem aushöhlen. Als die Eindringlinge unserer Genossen dort nicht vorfanden, folterten und schlugen sie den heranwachsenden Sohn des Paares, Nizván, brutal und durchwühlten das Haus. Als die Schläger weggingen, fügten sie dem Teenager Schnittverletzungen zu und schlugen ihm auf den Kopf, was ihn bewusstlos werden ließ. Als seine Mutter nach Hause kam, fand sie ihren Sohn halb bei Bewusstsein vor. Nizván musste einige Tage im Krankenhaus verbringen, wo verschiedene Untersuchungen bezüglich seiner Verletzungen an Kopf (zusätzlich zu dem Schlag, war sein Kopf unter Wasser gedrückt worden) und Nacken (verursacht dadurch, dass er an einem Seil herumgeschleift wurde) durchgeführt wurden.

Arturo Villalobos ist ein in Oaxaca gut bekannter Sprecher für die Grupo Internacionalista, mexikanische Sektion der Liga für die Vierte Internationale, und ein Mitglied des Exekutivkomitees der GI. Die Angreifer wollten auch den Aufenthaltsort von zwei weiteren Familienmitgliedern erfahren, die ebenfalls Mitglieder der GI sind. Der Überfall war eindeutig ein politischer Akt von Repression gerichtet gegen die GI. Zuvor, im Februar, hatten Familienmitglieder Drohanrufe erhalten, und im März gab es einen Einbruch in ihr Haus. Dies geschah in der Folge der Verhaftung von Patricia und eines Haftbefehls gegen Arturo aufgrund erfundener Anklagen im Juli 2017 und der Androhung justizieller Maßnahmen im Jahr davor.

Es wurde formell Anzeige gegen dieses Verbrechen erstattet, und eine Untersuchung durch Menschenrechtsgruppen wurde eingeleitet. Eine Pressekonzferenz, die den brutalen Angriff verurteilte, fand im Hauptquartier der militanten Lehrgewerkschaft von Oaxaca, Sektion 22 des CNTE (Nationales Koordinierungskomitee der Erziehungsarbeiter) statt, mit der die kritischen Arbeiter im Gesundheitswesen und die Grupo Internacionalista eng zusammengearbeitet haben in Kämpfen über die letzten zwei Jahre hinweg.

Wir wissen nicht, wer diesen abscheulichen Angriff begangen hat. Kurz vor dem Überfall war unser Genosse Arturo ein wesentlicher Anführer einer zweimonatigen Arbeitsniederlegung, welche die korporatistische SNTSA (Nationale Gewerkschaft der Arbeiter des Gesundheitsministeriums) zu stoppen versuchte, eine Pseudo-Gewerkschaft, die für die Regierung als Polizei in der Arbeiterklasse agiert. Aber wie die Grupo Internacionalista in ihrer Presseerklärung zum Überfall anmerkte, wer auch immer den Angriff ausgeführt hat, alles deutet auf eine Schlussfolgerung hin: *fue el estado* (es war der Staat), wie Demonstranten 2014 über das „Verschwinden“ von 43 Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa skandierten.

Es sollte auch angemerkt werden, dass die Genossen Ziel staatlicher Repression gewesen sind seit dem Aufstand von Oaxaca von 2006, als Arturo viele von der Polizei angegriffene Demonstranten behandelte. Zehn Jahre später, im Jahr 2016, organisierte und leitete Dr. Villalobos die mutige Aktion von Oaxaca-Ärzten, die einer Polizeiblockade trotzten, um den überlebenden Opfern des Polizei-Massakers am 19. Juni 2016 in Nokixtlán, Oaxaca, medizinische Hilfe zu leisten. Das Massaker, das während des kämpferischen dreimonatigen Lehrerstreiks stattfand, hinterließ 11 Tote. Nicht lange danach begannen die Drohungen der Staatsanwaltschaft auf justizielle Maßnahmen.

Von Bedeutung ist auch, dass die Grupo Internacionalista in Oaxaca kurz vor dem Überfall von Anhängern im Frühjahr 2019

Oaxaca/Mexiko: Internationale Solidarität nach brutalem Überfall auf Sohn eines führenden Trotzisten

gern der Morena (Bewegung der Nationalen Regeneration), der bürgerlich-populistischen Partei von Andrés Manuel López Obrador (der mittlerweile die Wahl zum Präsidenten Mexikos gewonnen hat), angegriffen wurde. Während der Erste-Mai-Demonstration 2018 griffen Morena-Aktivisten das Banner der GI an, das zum Widerstand gegen alle kapitalistischen Parteien aufrief, einschließlich der regierenden PRI, PAN, PRD und Morena. Es gibt verschiedene Berichte über die Zusammenarbeit der PRI-Staatsregierung von Alejandro Murat und Morena im Vorfeld der Wahlen.

Internationale Proteste und Klassensolidarität

Die Liga für die Vierte Internationale, deren mexikanische Sektion die Grupo Internacionalista ist, organisierte sofort nach dem Überfall eine internationale Solidaritätskampagne für Dr. Arturo Villalobos und seine Familie, um diesen abscheulichen Akt der politischen Repression zu verurteilen. Dabei konzentrierten wir uns besonders darauf, Unterstützung von Gewerkschaftern zu mobilisieren.

Gleich am 10. Mai, drei Tage nach dem Angriff, fand in Oaxaca-Stadt eine Solidaritätsdemonstration statt, bei der



Oaxaca-Stadt, 10. Mai 2018: Notfalldemo nach dem Überfall auf die Familie von Dr. Arturo Villalobos Ordóñez (vorne am Mikrophon), aufgerufen von der Lehrgewerkschaft CNTE

tergewerkschaft IATSE Local 28 mit Dr. Villalobos verlesen, die am Vortrag bei einer Sondersitzung verabschiedet worden war. Sie wurde via Telefon an die zeitgleich stattfindende Demonstration in Oaxaca übertragen. Außerdem wurden später noch Solidaritätsresolutionen von weiteren Gewerkschaften in Portland verabschiedet: von der United Brotherhood of Carpenters (Zimmer-

gewerkschaft IATSE Local 28 mit Dr. Villalobos verlesen, die am Vortrag bei einer Sondersitzung verabschiedet worden war. Sie wurde via Telefon an die zeitgleich stattfindende Demonstration in Oaxaca übertragen. Außerdem wurden später noch Solidaritätsresolutionen von weiteren Gewerkschaften in Portland verabschiedet: von der United Brotherhood of Carpenters (Zimmer-

gewerkschaft IATSE Local 28 mit Dr. Villalobos verlesen, die am Vortrag bei einer Sondersitzung verabschiedet worden war. Sie wurde via Telefon an die zeitgleich stattfindende Demonstration in Oaxaca übertragen. Außerdem wurden später noch Solidaritätsresolutionen von weiteren Gewerkschaften in Portland verabschiedet: von der United Brotherhood of Carpenters (Zimmer-



New York City, 13. Mai 2018: Protestkundgebung vor dem mexikanischen Generalkonsulat

fast 100 Teilnehmer zum Zócalo (Hauptplatz) marschierten, um die Repression gegen die Familie von Arturo Villalobos anzuprangern. Die Demo wurde von der Lehrgewerkschaft (Sektion 22 des Nationalen Koordinierungskomitee der Erziehungsarbeiter, CNTE) aufgerufen und von Arbeitern des Gesundheitswesens unterstützt. Die GI trug ein Banner mit der Aufschrift: „Gegen bürgerliche Repression, für Klassenmobilisierung!“

Zwei Tage später stimmte die Oaxaca-Bundesstaatsversammlung von Sektion 22 für einen Antrag, in dem Folgendes erklärt wurde:

„Es wird verabschiedet, Dr. Arturo Villalobos Ordóñez, Mitglied der Grupo Internacionalista und Arbeiter im öffentlichen Gesundheitswesen, sowie seiner Familie, die Ziele eines staatlichen Angriffs wurden, in dem ihr Haus verwüstet und ihr heranwachsender Sohn Nizván Villalobos Méndez körperlich und seelisch gefoltert wurde, politische und rechtliche Unterstützung zu bieten. Wir fordern, dass der Staatsterrorismus beendet wird und diejenigen bestraft werden, die ihn durchgeführt haben.“

Parallel zur Demo in Oaxaca fand in den USA ein Protest vor dem mexikanischen Konsulat in Portland (Oregon) statt. Unter den Teilnehmern waren u.a. Mitglieder der Gewerkschaften der Stahlbaumonteur, Maler, Bühnenarbeiter, und Autoren, sowie Mitglieder des Tagelöhnerzentrums Voz. Am Ende der Demonstration wurde ein Solidaritätsresolution der Bühnenarbei-

tergewerkschaft IATSE Local 28 mit Dr. Villalobos verlesen, die am Vortrag bei einer Sondersitzung verabschiedet worden war. Sie wurde via Telefon an die zeitgleich stattfindende Demonstration in Oaxaca übertragen. Außerdem wurden später noch Solidaritätsresolutionen von weiteren Gewerkschaften in Portland verabschiedet: von der United Brotherhood of Carpenters (Zimmer-

gewerkschaft IATSE Local 28 mit Dr. Villalobos verlesen, die am Vortrag bei einer Sondersitzung verabschiedet worden war. Sie wurde via Telefon an die zeitgleich stattfindende Demonstration in Oaxaca übertragen. Außerdem wurden später noch Solidaritätsresolutionen von weiteren Gewerkschaften in Portland verabschiedet: von der United Brotherhood of Carpenters (Zimmer-



Berlin, 15. Mai: Solidaritätsaktion beim wochenlangen VSG-Streik

In Brasilien veröffentlichte die Lehrgewerkschaft des Bundesstaates Rio de Janeiro (SEPE-RJ) einen Aufruf zu Solidarität mit Dr. Villalobos, dank der Initiative des Comitê de Luta Classista, eine Gewerkschaftstendenz, die mit unseren Genossen der Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LQB) verbunden ist. Über die Jahre haben sich die Lehrgewerkschaften in Rio und Oaxaca immer wieder gegenseitig unterstützt, was auf die Bemühungen der GI in Mexiko und der LQB in Brasilien zurückzuführen ist.

Der Appell für internationale Solidarität stieß auch in Deutschland auf Resonanz. LabourNet Deutschland veröffentlichte am 11. Mai den Solidaritätsaufruf der Internationalistischen Gruppe, deutsche Sektion der Liga für die Vierte Internationale, und die linke Tageszeitung *junge Welt* brachte einen Artikel mit dem Titel „Brutaler Überfall in Oaxaca“ in ihrer Ausgabe vom 14. Mai 2018. Weitere Veröffentlichungen gab es bei klassegegenklasse.org, Onlinepublikation der Revolutionären Internationalistischen Organisation, und von der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz.

Am selben Tag, an dem der *junge Welt*-Artikel erschien, reagierten streikende studentische Hilfskräfte (TV-Stud) an der Freien Universität Berlin auf den Solidaritätsaufruf der Internationalistischen Gruppe, indem sie sich als Zeichen der Solidarität mit Arturo Villalobos und seiner Familie mit Plaketen an ihrem Streikposten versammelten. Am nächsten Tag, als eine Delegation von TVStud-Streikenden den wochenlangen Streik von Krankenhausarbeitern der outgesourceten Vivantes Service GmbH besuchte, versammelten sich Dutzende Beschäftigte zu einer eindrucksvollen Solidaritätsaktion. Nach einem kurzen Redebeitrag der IG wurden Plakate hochgehalten: „Brutaler Angriff in Oaxaca: Für internationale Arbeitersolidarität mit Dr. Arturo Villalobos und seiner Familie!“

Eine der wichtigsten und kraftvollsten Demonstrationen der Solidarität kam jedoch von den Kollegen von Dr. Villalobos im Krankenhaus von Tlacolula, Oaxaca. Sie gaben eine Erklärung mit über 200 individuellen Unterschriften heraus, in der sie ihre „totale Unterstützung“ für die Familie erklärten und die Versuche der Regierung verurteilten, Kritiker zum Schweigen zu bringen, die ihre „Reformen“, die das öffentliche Gesundheitssystem privatisieren und zerstören, ablehnen. Dies ist doppelt wichtig, da diese Arbeiter (zusammen mit denen im öffentlichen Krankenhaus in Oaxaca-Stadt) zu den kämpferischsten Sektoren gehörten, die gegen die Versuche der Führer der korporatistischen „Gewerkschaft“ rebellierten, den zweimonatigen Streik Anfang 2018 zu beenden. In diesem spielten Dr. Villalobos und andere Aktivisten der Grupo Internacionalista führende Rollen, was sicherlich ein wesentlicher Grund für den jüngsten brutalen Angriff war. Die Erklärung der Krankenhausbeschäftigten endete mit dem Aufruf:

„Wir appellieren an alle Arbeiter des Gesundheitswesens, sich mit dem Compañero zu solidarisieren, denn ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle. Für die Einheit der Arbeiter an der Basis! Stoppt staatliche Gewalt!“

Die Unterstützung in Oaxaca und aus aller Welt hat die Familie von Arturo Villalobos und Patricia Méndez ermutigt und trotz der schwierigen Situation aufmuntert, wofür sie sehr dankbar sind. Die Welle von Solidaritätsbekundungen hat gezeigt, dass sie nicht alleine stehen. ■

Stoppt staatlich angestachelte, fremdenfeindliche Angriffe!

Mexiko: Für Arbeiteraktionen in Verteidigung der Migranten-Karawane!



Links: Teilnehmer der Karawane werden auf der Straße nach Huixtla auf LKW mitgenommen. Rechts: Fremdenfeindlicher Protest in Tijuana, 25. November

Neuer „linker“ Präsident biedert sich Trump als Grenzschützer an

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus einem Extrablatt von El Internacionalista, das bei Protesten in Solidarität mit der zentralamerikanischen Flüchtlingskarawane in Mexiko und den USA verteilt wurde.

24. November 2018 – Nach knapp 5000 Kilometern der Wanderung von San Pedro Sula (Honduras), sind die ersten Mitglieder der zentralamerikanischen Karawane in Tijuana angekommen. Momentan gibt es mehr als 5000 Migranten in der Stadt und man erwartet die baldige Ankunft von weiteren 2000. Aber damit enden die Qualen und Strapazen ihres langen Marsches nicht, zu dem gezwungenen waren, um Armut und Gewalt in ihren Herkunftsländer zu entgehen. Jetzt sind sie noch konfrontiert mit einer durch Stacheldraht verstärkte Mauer, an der 8000 Soldaten der amerikanischen Armee und Nationalgarde patrouillieren. Diese sind dazu autorisiert, „mit tödlichem Waffeneinsatz“ das Betreten von US-Territorium zu verhindern. Auf der mexikanischen Seite der Grenze drohen den Migranten Übergriffe fremdenfeindlicher Mobs, angestiftet von den Behörden von Tijuana und aufgehetzt von den Medien. Dazu kommen noch Razzien der Lokalpolizei und der Beamten der Migrationsbehörde.

Eine Woche vor der Amtseinführung des neugewählten Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (allgemein unter seinen Initialen AMLO bekannt), sind es nicht wenige (inklusive in der mexikanischen Linken), die auf diesen bürgerlich-populistischen Politiker hoffen. Sie irren sich. AMLO und seine Bewegung der nationalen Regeneration (Morena) sind überhaupt keine Freunde von Migranten! Wie ein Verteter der Grupo Internacionalista/México anmerkte: „AMLO hat immer wieder gesagt, dass er Trump nicht über die Frage der Migranten konfrontieren wird“ (siehe „The Caravan of the Dispossessed“, *The Internationalist* Nr. 53, September/Oktober 2018). Nun

gibt es konkrete Beweise: Ein Sprecher des Weißen Hauses gab heute bekannt, dass die Trump-Regierung und die neue mexikanische Regierung vereinbart haben, dass jeder, der Asyl in den USA erhalten will, in Mexiko bleiben muss, bis ein Gericht über den Asylantrag urteilt.

Die *Washington Post* zitiert die Bestätigung der neuen mexikanischen Innenministerin Olga Sánchez Cordero „wir haben dieser Politik des Verbleibs in Mexiko als kurzfristige Lösung zugestimmt“. Das später folgende „Dementi“ von Sánchez Cordero dementiert diese Informationen in keiner Weise, sondern bestreitet nur, dass es eine formelle Vereinbarung gibt und dass die Definition von Mexiko als „sicheres Drittland“ akzeptiert wurde. Dies würde bedeuten, dass kein Asylantrag in den USA mehr akzeptiert werden würde, ein Vorschlag von Trump, dem sich selbst der aus dem Amt scheidende Enrique Peña Nieto widersetzte. Die aktuelle Vereinbarung wurde Berichten zufolge bei einem Treffen von Mexikos neuem Außenminister Marcelo Ebrard und seinem US-Amtskollegen Mike Pompeo ausgearbeitet. Verabredet wurde, selbst wenn (noch) nicht formalisiert, dass Mexiko als Auffanglager für Asylsuchende dienen wird und dass die Regierung von AMLO als Trumps Grenzschutz dienen wird.

Die *New York Times* schreibt: „Aufgrund der großen Zahl von überfälligen Verfahren vor den Einwanderungsgerichten – mehr als eine Million – werden diese Antragsteller höchstwahrscheinlich jahrelang in Mexiko warten müssen.“ So wird Mexiko, ein semikoloniales Land, noch mehr als bisher zu einer Grenzmauer der Eindämmung, die Migranten aus Zentral- und Südamerika, sowie aus Afrika, den Zutritt zum Territorium des imperialistischen Kolosses im Norden versperrt. Das ist die bittere Frucht, die die opportunistischen Linken ernten, die den Sieg von AMLO begrüßt haben. Die Grupo Internacionalista/México

und die Internationalist Group/US., Sektionen der Liga für die Vierte Internationale (LVI), fordern Einlass für alle Teilnehmer der Karawane, die vor der Hölle „Made in USA“ fliehen, und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten (ob in den USA oder in Mexiko) – ein elementarer Akt internationaler Arbeitersolidarität.

In der Nacht vom 14. auf den 15. November stürzte sich ein Mob wütender Anwohner aus der Strandgemeinde Playa de Tijuana auf eine Gruppe von Migranten, die in der Nähe des Leuchtturms campierten. Mit Schreien, Drohungen und Schlägen, zeigten diese Bewohner des wohlhabenden Bezirks ihren bürgerlichen Hass auf die Karawane. Sie forderten die Kommunalpolizei und die berüchtigte Grupo Beta (Bereitschaftspolizei) der mexikanischen Ausländerpolizei auf, die zentralamerikanischen Migranten aus „ihrer“ Stadt zu schmeißen, sie in Gewahrsam zu nehmen um mit Abschiebungen zu beginnen.

Am nächsten Tag drückte der Bürgermeister von Tijuana, Juan Manuel Gastélum von der PAN (die rechte Partei der Nationalen Aktion), in einem landesweit ausgestrahlten Fernsehinterview die fremdenfeindliche Einstellung der lokalen herrschenden Klasse aus: „Wir wollenen, dass Artikel 33 der Verfassung gegen sie [die Migranten] eingesetzt wird“ –dass sie also ohne Gerichtsverfahren des Landes verwiesen werden sollen.

Der dreckige Bürgermeister beleidigte die Migranten der Karawane als „Horde“ und meinte, dass sie keinerlei Rechte haben, weil „Menschenrechte für aufrechte Menschen sind“ (*La Jornada*, 16. November). Die Bemerkungen von Gastélum stehen in einer Linie mit den Äußerungen von Marco Antonio Blásquez im Herbst 2016, dem rassistischen und fremdenfeindlichen Senator der PT (Partei der Arbeit), Verbündeter der neu gewählten Regierung von AMLO. Er verlangte damals, dass hunderte von haitianischen Migranten, die an der Grenze gestrandet waren, „aus Tijuana und Mexicali vertrieben werden müssen“. Blásquez forderte von der Bundesregierung von Enrique Peña Nieto (PRI, Partei der Institutionalisierten Revolution), „die Gebiete und

Orte zu räumen“, die von den „Migranten überrannt wurden, die völlig fremd sind und, wie man sieht, sich nicht in unsere Gemeinschaft integrieren wollen“. Zu dieser Zeit initiierte die Grupo Internacionalista tri-nationale Proteste in den USA, Brasilien und Mexiko. Wir forderten, die haitianischen Flüchtlinge reinzulassen und verurteilten alle Deportationen.

Der Höhepunkt der Feindseligkeiten, mit denen sich die zentralamerikanischen Migranten in Tijuana konfrontiert sahen, kam am 18. November, als eine immigrantenfeindliche Demonstration an der Statue von Cuauhtémoc im Zentrum von Tijuana entschied, zur „Benito-Juárez“-Unterkunft zu marschieren, um die Zentralamerikaner eigenhändig rauszuschmeißen. Diese Bedrohung muss sofort im Keim erstickt werden. Wir müssen den fremdenfeindlichen und rassistischen Abschaum hinwegfegen, der von den mexikanischen Bossen aufgewiegelt wird! Jetzt gerade drohte der Bürgermeister, er werde „das Geld der Einwohner Tijuanas“ nicht für die Migranten ausgeben und verkündete einen „humanitären Ausnahmezustand“. Gleichzeitig verkündeten die Kommunalbehörden die Festnahme von 108 Migranten wegen „administrativer Übertretungen“ (was Fälle von „Verursachung von Störungen“ beinhaltet, als sich die Migranten gegen fremdenfeindliche Übergriffe verteidigten), weswegen ihnen Abschiebung droht.

Einer von den Inhaftierten war Víctor Mejía, Korrespondent von *Izquierda Diario* (eine Online-Publikation der Trotzlistischen Fraktion, in Deutschland RIO). Mejía war am 21. November festgenommen worden, als er über die Ankunft der Migrantenbusse in der „Benito-Juárez“-Unterkunft berichtete. Nachdem er ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft war, wurde er der Einwanderungsbehörde in Mexiko-Stadt überstellt. Jetzt wird Mejía von der INM in Chiapas festgehalten und soll demnächst abgeschoben werden. Bei einer Kundgebung, die am 23. November von der *Movimiento de Trabajadores Socialistas* organisiert wurde, beteiligten sich Genossen der Grupo Internacionalista mit Plakaten um Freiheit für Víctor Mejía und alle verhafteten

Migranten zu fordern.

Es ist die Pflicht aller arbeitenden Menschen Mexikos, unsere soziale Macht für die Verteidigung unserer zentralamerikanischen Klassen-schwester und -brüder einzusetzen. Angesichts der Bedrohung tödlicher Gewalt, die von der niederkalifornischen Bourgeoisie aufgepeitscht und von faschistoiden Element angeführt wird, brauchen wir Arbeiterverteidigungsgruppen, damit Verteidiger demokratischer Rechte die Flüchtlingsunterkünfte schützen können und um durch Arbeitermassenmobilisierung die Angreifer zu zerschmettern. Lehrer, Telekommunikationsbeschäftigte, landwirtschaftliche Tagelöhner und die hunderttausenden Arbeiter in den Fabriken der riesigen Maquiladora-Freihandelszone müssen sich organisieren, um die Angriffe zurückzuschlagen, die von jenen Bossen ausgeheckt werden, die sie tagtäglich ausbeuten und sie niederhalten, wenn sie es wagen, Widerstand zu leisten.

Die Arbeiterklasse ist eine einzige internationale Klasse. Die Migranten sind, wie die Angehörigen der Karawane es ausdrücken, „keine Kriminellen, sondern internationale Arbeiter!“ Die Karawanen der Enteigneten bilden sich Tag für Tag aufs Neue, mit der Absicht, nach Mexiko und von dort weiter in die USA zu gelangen. Diese enorme menschliche Tragödie schreit förmlich danach, dass die Werktätigen in Mexiko und den USA in Verteidigung derjenigen mobilisieren, die vor dem Nichts und die direkt in jene Barrieren strömen, die von der mexikanischen Bourgeoisie und ihren imperialistischen Herren aufgestellt werden. Um diese Verteidigung der Migranten gegen rassistische Gewalt zu organisieren, bedarf es einer revolutionären internationalistischen Führung der Arbeiterklasse, die fähig ist, das Gift des bürgerlichen Nationalismus und die Übel, die mit ihm einhergehen, zu bekämpfen. Kurz gesagt: Wir brauchen eine revolutionäre Arbeiterpartei, die als Volkstriebun agiert, also die Verteidigung aller Unterdrückten organisiert, und über nationale Grenzen hinweg die Kämpfe der arbeitenden Menschen vereint, mit der Perspektive der internationalen sozialistischen Revolution. ■

Für einen Bruch mit allen bürgerlichen Parteien und Politikern! Schmiedet eine revolutionäre Arbeiterpartei!

US-Linke zwischen liberaler Utopie und Sozialchauvinismus

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus *The Internationalist* Nr. 54 (November/Dezember 2018), und erscheint hier in leicht gekürzter Form.

Momentan sitzen tausende Migranten, die mit der zentralamerikanischen Karawane kamen, an der US-Grenze im mexikanischen Tijuana fest. Die Einreise in die USA wird ihnen verwehrt, sie werden von Präsident Trump verunglimpft, der den dort stationierten Truppen (zusätzlich zu tausenden Beamten der Grenzpolizei und des Zolls) den Einsatz von tödlicher Waffengewalt befohlen hat, und sie werden über die Grenze hinweg mit chemischen Waffen beschossen. Die große Mehrheit in der Karawane stammt aus Honduras, viele von ihnen fliehen vor der Gewalt der US-gestützten honduranischen Marionettenregierung. Die honduranische Polizei wurde von den USA hochgerüstet und kooperiert mit Gangs, die aus Los Angeles abgeschoben und so quasi importiert wurden. Kürzlich ist ein siebenjähriges Mädchen aus Guatemala, Jakelin Amei Rosmery Caal, im Gewahrsam der US-Grenzpolizei gestorben. Angesichts der Verfolgung und verzweifelten Bedingungen dieser Migranten, Opfer der Verwüstungen des US-Imperialismus, sagen wir:

„Die Grupo Internacionalista/México und die Internationalist Group/US., Sektionen der Liga für die Vierte Internationale (LVI), fordern Einlass für alle Teilnehmer der Karawane, die vor der Hölle „Made in USA“ fliehen, und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten (ob in den USA oder in Mexiko) – ein elementarer Akt internationaler Arbeitersolidarität.“

– „Karawane in Mexiko: Für Arbeiteraktionen in Verteidigung der Migranten!“, Statement vom 24. November 2018, siehe Seite 10.

Außerdem steht die LVI für **Asyl für Flüchtlinge und Arbeiteraktionen in Verteidigung der Karawane**, sowie für Arbeitermobilisierung um Abschiebungen zu stoppen und dafür, **Einwanderer gegen rassistische Übergriffe und staatliche Unterdrückung zu verteidigen**. Wir haben dafür gekämpft und kämpfen weiter dafür, dies in die Tat umzusetzen: Genossen begleiteten die Karawane und berichteten über sie, seit sie Mexiko erreichte und dann auch als sie an der Grenze zwischen Mexiko und den USA ankam; wir haben uns für Arbeitersolidarität unter Transport-, Bildungs- und anderen Arbeitern beiderseits der Grenze eingesetzt.

Wir rufen auch dazu auf, **die Ge-**



Mutter flieht mit Kindern vor Tränengasgranaten, die US-Grenzpolizisten nach Mexiko schossen

fängnisse der Immigrationspolizei ICE dichtzumachen (was Sammlager für Einwanderer sind). Wir kämpfen dafür, **undokumentierte Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren**. Wir sind gegen alle Einwanderungsgesetze, die auf Grund von Rasse, Ethnie oder Nation diskriminieren oder ausschließen und bestehen auf der Feststellung, dass „es keine gerechte Einwanderungspolitik im Kapitalismus geben kann“. Zusammen mit unserer Forderung nach vollen Rechten für Immigranten unterstreichen wir, dass „dieses einfache demokratische Recht nur durch Revolutionen realisiert [wurde] – in der französischen Revolution von 1789-99, von der Pariser Kommune von 1871 und in der russischen Oktoberrevolution von 1917“ (siehe „Die Flüchtlingskrise und kapitalistische Barbarei“, *Permanente Revolution* Nr. 1, Sommer 2017).

Das Schicksal der Mitglieder der zentralamerikanischen Migrantenkarawane befindet sich jetzt im Brennpunkt der US-Politik. Trump besteht natürlich darauf, dass „sie nicht in dieses Land kommen“, und er frohlockt, dass sie sich an der Grenze befinden, um sie als Sündenböcke für seine fremdenfeindlichen Tiraden zu missbrauchen. Er beschuldigt die Demokraten,

z.B. in einem Tweet vom 11. Dezember, gegen „Grenzsicherung“ zu sein und „offene Grenzen für jedermann zu wollen“. Das ist natürlich absurd. Nicht nur fordert ihr Wahlprogramm eine „Einwanderungsreform“, die „die Grenzsicherheit verbessert“; der Gesetzentwurf der demokratischen Fraktion im Repräsentantenhaus für Aufenthaltsgenehmigungen für DACA-Empfänger, fordert einen Ausbau der Technologie für Grenzüberwachung, sowie „physische Barrieren“. Außerdem wurden 110 Millionen Dollar an jährlichen Zuschüssen für die Zusammenarbeit von ICE und lokalen Polizeibehörden gefordert, was demokratische Politiker in Städten, die als „Sanctuary Cities“ keine Kontrollen von Aufenthaltstiteln durchführen, angeblich ablehnen.

2006 stimmte eine Mehrheit der Demokraten im Senat (einschließlich Chuck Schumer, Hillary Clinton und Barack Obama) für den „Secure Fence Act“ von George W. Bush, mit dem auf einer Länge von über 1000 km entlang der 3200-km-Grenze Barrieren errichtet wurden. **Und die bestehende Mauer im Bereich Tijuana/San Diego, die die zentralamerikanischen Migranten jetzt versuchten zu überwinden, durchdringen, oder zu untergraben, wurde im Rahmen von „Ope-**

ration Gatekeeper“ errichtet, die 1994 vom Demokraten Bill Clinton befohlen wurde, genau wie Zäune in El Paso unter „Operation Hold the Line“ und in Arizona unter „Operation Safeguard“. Es waren die Demokraten, die die Militarisierung der Grenze maßgeblich eskalierten.

Und dann ist da natürlich noch die Tatsache, dass der Demokrat Barack „Deporter-in-Chief“ Obama mehr Einwanderer aus den Vereinigten Staaten ausweisen ließ, als irgendein US-Präsident zuvor. Aber es ist nicht nur die „Konzern-Demokraten“, die der Wall Street verpflichtet sind. Sozialdemokratisch angehauchte Liberale wie der Senator Bernie Sanders und die neugewählte Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez (oft kurz „AOC“ genannt) von den Democratic Socialists of America (DSA), deren Wahl von nahezu der gesamten Linken bejubelt wurde, bestehen auf der „Notwendigkeit, sicherzustellen, dass unsere Grenzen sicher sind“, wie Ocasio-Cortez bei CNN erklärte. Das, während sie „Abschaffung von ICE“ fordert, um diese mit der vorherigen Inkarnation der Immigrantepolizei zu ersetzen, dem Immigration and Naturalization Service (INS). Wie wir betont haben: Nichts weniger als sozialis-

tische Revolution ist nötig, um die kapitalistischen Einwanderungspolizeibehörden hinwegzufegen, genau wie die rassistische Politik, die sie durchsetzen (siehe „Smash the I.C.E. Gestapo with Workers Revolution!“, *The Internationalist* Nr. 53, September/Oktober 2018).

Kurz gesagt sind **alle bürgerlichen (kapitalistischen) Parteien Feinde von Einwanderern**, inklusive kleinere Parteien wie die Grünen (die den virulenten Immigrantenhasser Ralph Nader zu ihrem Präsidentschaftskandidaten ernannten).

Das „Offene-Grenzen“-Theater: utopisch, reformistisch und potentiell reaktionär

Auf das gegenwärtige System von kapitalistischen Nationalstaaten angewendet, ist das Programm der „offenen Grenzen“ eine Art liberal-reformistischer Utopismus, der darauf hinausläuft, den kapitalistischen Staat dazu auffordert, sich selbst abzuschaffen. Als Fallbeispiel kann der Artikel „The Case for Open Borders“ (*Freedom Socialist*, Oktober 2018) von der Freedom Socialist Party (FSP) dienen. Eine „demokratisch-sozialistische“ Regierung, die auf „öffentlichem Eigentum der Banken und der Verstaatlichung der Energiewirtschaft“ basiert, würde „offene Grenzen“ einführen – während der gesamte Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Staates (Polizei, Militär, Gerichte, Gefängnisse) noch existiert? Unsinn. Dies ist eine reformistische Traumwelt, die mit der Illusion einhergeht, den Kapitalismus zu „demokratisieren“ – was ihn beschönigt. Revolutionäre Marxisten wie Lenin und Trotzki bestanden darauf, dass die Zerstörung des kapitalistischen Staates und die Gründung eines Arbeiterstaates die notwendige Voraussetzung für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft sind, die zu einer „Welt ohne Grenzen“ und einer „Welt ohne Not“ im Kommunismus führen kann.

Zu den Reformisten, die den Slogan von „Offenen Grenzen“ übernommen haben, gehört auch die New Yorker Ortsgruppe der DSA. Am 29. Juni, in einem Anfall von Begeisterung nach dem Sieg von Ocasio-Cortez bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei, twitterte sie: „Profit abschaffen – Gefängnisse abschaffen – Barkauton abschaffen – Grenzen abschaffen – #ICEabschaffen.“ In gleicher Weise veröffentlichte *Left Voice*, eine Webseite, die international mit der Trotzkiistischen Fraktion (in Deutschland RIO)



Internationalist Group/US. bei Solidaritätsdemonstrationen mit der Migrantenkarawane an der mexikanischen Grenze (links) und New York City (rechts), 25. November 2018

verbundene ist, am nächsten Tag einen Artikel mit dem Titel „ICE abschaffen und die Grenze auch: Eine sozialistische Perspektive.“ In dem Versuch, eine Position etwas links von DSA-Star AOC für sich abzustecken (die getwittert hatte, dass „ICE durch eine aktualisierte INS-ähnliche Struktur ersetzt werden muss“), forderte *Left Voice* „Weder ICE, noch eine nette Version von ICE!“ Um ihre Position mit etwas intellektuellem Gewicht und sozialistischer Kontinuität zu versehen, veröffentlichte *Left Voice* 2017 einen Artikel mit dem Titel „Weshalb Sozialisten immer für offene Grenzen gekämpft haben“ (27. Juni 2017).

Dieser Artikel ist auffällig unehrlich und für jeden irreführend, der am marxistischen Programm bezüglich Immigration interessiert ist. Er stützt sich darauf, Opposition gegen diskriminierende und rassistische Beschränkungen und Gesetze gleichzusetzen mit der utopisch-liberalen/reformistischen Forderung nach „offenen Grenzen“ bzw. „Aufhebung der Grenzen“. Der Autor Wladek Flakin zitiert die Resolution zu Immigration und Emigration des Kongresses der Sozialistischen Internationale von 1907 in Stuttgart. Er behauptet, dieser habe sich „kategorisch“ für offene Grenzen ausgesprochen. Man muss lediglich die Passagen aus der Resolution lesen, die er selbst zitiert, um festzustellen, dass dies nicht der Fall ist. Der Kongress forderte:

„Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitgehendste Erleichterung der Naturalisation [Einbürgerung].“

Die Resolution verkündete außerdem: „Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhilfe der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmemaßregeln zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen.“

Wie jeder Leser erkennen kann, handelt es sich dabei um Aufrufe zur Beseitigung diskriminierender Einwanderungsbeschränkungen für „bestimmte Nationalitäten oder Rassen“, die sie ausschließen könnten, oder sie daran hindern, dieselben Rechte wie die übrige Bevölkerung zu genießen. Dies ist etwas anderes, als die illusorische Forderung, alle Grenzen oder Grenzkontrollen unverzüglich zu beseitigen. Tatsächlich fordert die Entschließung des Stuttgarter Kongresses von 1907 genau das, was die Internationalist Group und die Liga für die Vierte Internationale befürworten. Man muss kaum erwähnen, dass Flakin nicht die sehr explizite Aussage Lenins zitiert, in der er gegenüber Linken, die „unglaubliche Konfusion“ in diese Fragen gebracht hatten, darauf bestand, dass ein Arbeiterstaat Grenzen braucht, die gegen imperialistische Angriffe verteidigt werden können:

„Was bedeutet die ‚Methode‘ der sozialistischen Revolution unter der Losung ‚Fort mit den Grenzen‘? Wir sind für die Notwendigkeit des Staates, der Staat aber setzt Grenzen voraus. Der Staat kann natürlich eine bürgerliche Regierung haben, während wir Räte brauchen. Aber auch für sie steht die Frage der Grenzen. Was heißt ‚Fort mit den Grenzen‘? Hier beginnt die Anarchie... Die Losung ‚Fort mit den Grenzen‘ wird dann richtig sein, wenn die sozialistische Revolution eine Realität ist und nicht eine Methode...“

– W.I. Lenin, „Rede über die nationale Frage“ (April 1917)

Und tatsächlich, nach dem Triumph der Bolschewiki fielen 14 imperialistische Armeen in die junge Sowjetrepublik

ein, im Bunde mit den konterrevolutionären Weißen, die alle von Trotzki Roter Armee besiegt wurden.

Wie oben betont: Wenn wir dazu aufrufen, die Macht der Arbeiter zu mobilisieren, Einwanderer zu verteidigen und Abschiebungen zu stoppen; wenn wir Trumps Drohungen gegen die Karawane und den Ausschluss von Flüchtlingen mit der Forderung „Lasst sie rein!“ beantworten – dann meinen wir es ernst und kämpfen dafür, diese Forderungen in die Tat umzusetzen. Das Gegenteil ist der Fall bei linken Gruppen, die „offene Grenze“ fordern – leere Worte mit Alibicharakter. Zumal, wenn ernst gemeint, könnte die Forderung nach „offenen Grenzen“ im Rahmen des Kapitalismus sogar reaktionäre Konsequenzen haben. Wie die damals noch authentisch trotzkistische Spartacist League 1987 anmerkte: „Eine wahrhaft ‚offene Grenze‘ im Kapitalismus würde es reichen US-Amerikanern ermöglichen, den Norden Mexikos aufzukaufen, ähnlich wie vor einem Jahrhundert in Texas“ („Labour:



San Ysidro, 25. November: US-Militär schließt Grenzübergang

Smash Racist Immigration Law“, *Workers Vanguard* Nr. 427, 1. Mai 1987).

Das ist keineswegs abwegig: Vor einigen Jahren ließ ein US-Immobilienmogul Werbetafeln entlang des Highways Tijuana-Ensenada aufstellen, um zu behaupten, dass er dort Hotels bauen würde, wenn nur Mexiko Ausländern den Besitz von Immobilien in Grenznähe erlauben würde, und Privateigentum an Stränden gestattet wäre. Sein Name: Donald Trump. Öffnet die mexikanische Grenze und das mexikanische Niederkalifornien würde de facto vom US-Bundesstaat Kalifornien annektiert werden. Oder beseitigt Grenzkontrollen in den Inselstaaten Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Lucia, St. Vincent und den Grenadinen – und reiche Amerikaner würden sich die gesamten östlichen Antillen in der Karibik als Ferienanlagen schnappen.

Wenn wir gegen jede diskriminierende Einwanderungspolitik sind, verbinden wir dies mit dem Kampf gegen die Herrschaft der Kapitals. Wie wir in unserem Artikel über die Forderung nach „Abschaffung von ICE“ geschrieben haben: „Ein kapitalistisches Land kann, außer unter seltenen Umständen, auch keine diskriminierungsfreie Immigrationspolitik haben.“ Was sind also diese seltenen Umstände? Im späten 19. Jahrhundert hatten die USA relativ geringe Einwanderungskontrollen. Warum? Weil die kapitalistische herrschende Klasse aufgrund der raschen Expansion der Industrie nach dem Bürgerkrieg eine Armee von Industriearbeitern brauchte und weil sie **die riesigen Gebiete des Westens der USA besiedeln musste, die den indigenen Völkern und Mexiko gestohlen worden waren**. Und dann gibt es die Grenzen Israels, die allen Juden der Welt offenstehen (es sei denn, sie protestieren gegen die israelische Politik gegenüber Arabern), **um die palästinensische Bevölkerung von ihrem Grund und Boden zu vertreiben**. Wo es im Kapitalismus also relativ offene

Grenzen gibt, ist dies oft das Ergebnis, oder die Vorbereitung, von Verbrechen gegen die Unterdrückten.

Wenn man linke Befürworter „offener Grenzen“ fragt, wie die Grenzen abgeschafft werden könnten, während Nationalstaaten bestehen bleiben, so werden sie auf die Europäische Union und ihr Schengen-Abkommen über die Freizügigkeit verweisen. Was bedeutet die EU in der Praxis? Deutsche Finanziers und Industrielle haben in Griechenland ganze Industrien zerstört, was zu massiver Arbeitslosigkeit und Armut geführt hat. Gleichzeitig peitschen rechtsextreme Demagogen fremdenfeindliche Hysterie auf und schieben die Schuld für die Zerstörung, die die globale kapitalistische Wirtschaftskrise verursacht hat, auf Immigration von außerhalb der EU. Für jeden revolutionären Marxisten besteht die Lösung weder darin, Grenzkontrollen wieder einzuführen, wodurch Einwanderer weiter ins Fadenkreuz gerieten, und wirtschaftliches Chaos verursachen würde, da das

weder dürfen die Migranten rein, oder nicht. Wir sagen: „Lasst sie rein!“ („The Caravan of the Dispossessed“, *The Internationalist* Nr. 53, September/Okttober 2018). Was soll mit der Karawane tausender hoffnungsloser Migranten aus Zentralamerika passieren, die an der Grenze festsitzen und Gegenstand entsetzlicher Drohungen und brutaler Unterdrückung durch die imperialistische US-Regierung sind, die von der servilen Regierung des semi-kolonialen Mexiko unterstützt wird?

Hier haben wir eine vorgeblich kommunistische Gruppe, die einst trotzkistische Spartacist League, die „Nur proletarische Revolution kann den Imperialismus hinwegfegen“ und „Nieder mit der Repression gegen die Migrantenkarawane“ sagt, aber es ablehnt, zu fordern, sie in die USA reinzulassen (siehe „Down with Trump’s Racist War on Migrants“, *Workers Vanguard*, 30. Oktober). Donald Trump schürt fremdenfeindliche Bigotterie und tweetet, dass „sie nicht in dieses Land rein kommen werden“, und die Antwort der SL lautet: Gebt ihnen Staatsbürgerrechte... in Mexiko! Es ist nicht das erste Mal, dass die heutige SL eine chauvinistische Linie gegenüber Flüchtlingen fährt. Anfang 2017, als tausende Demonstranten zu den Flughäfen eilten, um sich gegen Trumps Präsidialverordnung gegen syrische Flüchtlinge zu stellen, und „Lasst sie rein!“ skandierten, verlangte die SL auffälligerweise nicht Einlass für diese Flüchtlinge vor der Verwüstung, die durch den US- und NATO-Imperialismus verursacht wurde.

Die donnernde Stille aus der SL über das Schicksal der Migranten aus der Karawane ist weder Zufall, noch ein unschuldiges Versehen. Sie stammt aus einem internen Disput in der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) der SL im Jahr 2015. Der SL-Vorsitzende Jim Robertson stellte sich gegen einen Artikel, der für volle Rechte für „Flüchtlinge, die Asyl suchen“ argumentierte, und nannte dies „eine reaktionär-utopische ‚offene-Grenzen‘-Linie, die eine Art von humanitärem Liberalismus widerspiegelt“. Wir erfuhren davon im folgenden Jahr bei einem linken Festival in Frankreich, als ein IKL-Vertreter uns als „gutmenschenliberale“ verurteilte, weil wir in der EU Asyl für syrische und andere Flüchtlinge vor Krieg und Verfolgung gefordert hatten (siehe „Spartakisten auf Abwegen“, *Permanente Revolution* Nr. 1, Sommer 2017). Wir wiesen darauf hin, dass die „kein-Recht-auf-Asyl“-Linie der SL/IKL „eine Kapitulation vor immigrantenfeindlichem Chauvinismus“ war, und dass sie im Widerspruch stand zur historischen trotzkistischen Position und der eigenen Vergangenheit der SL, die früher Asyl für Flüchtlinge aus Zentralamerika, Haiti, etc. forderte.

So kam es, dass die Spartakisten sich seit einigen Jahren geweigert haben, Asyl für irgendwelche Flüchtlinge zu fordern. Sie sprechen in internen Dokumenten davon, dass „diejenigen, die vor ‚den Verwerfungen des Krieges‘ fliehen, keine Flüchtlinge in irgendeinem politisch belangreichen Sinne sind, sondern eher ‚Displaced Persons‘“, und dass sie „lediglich ein besseres, sichereres Leben suchen“. Bezüglich der zentralamerikanischen Karawane räumt *Workers Vanguard* nun aber ein, dass „Honduraner vor Verwüstung Made in USA fliehen“ und dass „jene in der Migrantenkarawane versuchen, vor Not und verbreiteter Gewalt zu flüchten, die Zentralamerika plagt, aufgrund der US-imperialistischen Unterjochung und der korrupten und repressiven Herrschaft der lokalen Bourgeoisien“. Sie erkennen an, dass der „wirtschaftliche Ruin“ aus dem zentralamerikanischen Freihandelsabkommen resultierte, dass „kriminelle Banden wuchern“ unter aufeinanderfolgenden, von den USA „gestützten“ Regierungen. Aber nach all dem, **fordert die SL immer noch nicht, sie reinzulassen, was bedeutet sie draußen zu**

halten.

Als wir 2017 darüber gegen die Spartakisten polemisierten (siehe „Spartacist League vs. Refugees“, *The Internationalist* Nr. 47, März/April 2017) antworteten sie mit einer aufwieglerischen Schmähschrift „Große Lügner verleumdete IKL über Immigration“ (*Spartakist*, Sommer 2017) und beschuldigten uns, sie zu „verleumdete“, zum Zweck der „Anstiftung und Rechtfertigung von Gewalt gegen uns“. Die Internationalistische Gruppe lehnt Gewalt in der Linken ab und hat niemals Gewalt gegen die SL/IKL angestiftet oder gerechtfertigt – im Gegenteil, haben wir ihre Mitglieder gegen Gewalt, Zensur und Drohungen verteidigt. Was den Vorwurf der „lügnerrischen“ Behauptung angeht, dass die SL/IKL „Forderungen nach Asyl für syrische Flüchtlinge ablehnen“ würde, so bestätigt ihr eigener Artikel, dass sie nicht wie wir fordern, „syrische Flüchtlinge reinzulassen“, da auch „Millionen andere auf der Flucht [sind] vor den US-Kriegen und der Besetzung Afghanistans und des Irak und vor der imperialistischen Verwüstung Libyens, um nur einige Beispiele zu nennen“. Da also der US-Imperialismus Millionen zur Flucht gezwungen hat, weigern sich diese Pseudo-Trotzkisten, die verzweifelten Flüchtlinge vor der Haustür oder im Meer reinzulassen!

Und jetzt, selbst nachdem sie sagten, dass die Honduraner und andere zentralamerikanische Migranten in der Karawane verzweifelt vor der „Verwüstung Made in USA fliehen“, nachdem sie sagten, sie hätten „versuchen, vor Not und verbreiteter Gewalt zu flüchten, die Zentralamerika plagt aufgrund der US-imperialistischen Unterjochung und der korrupten und repressiven Herrschaft der lokalen Bourgeoisien“ (die *nichts* ohne Erlaubnis von Washington tun); nachdem sie zugaben, dass „die US-imperialistische Plünderung“ einen „wirtschaftlichen Ruin“ hervorgebracht hat, der „die Bauernschaft in erbärmliches Elend runterdrückt und Millionen zur Migration zwingt“ – nach all dem *lehnt es die SL nach wie vor ab, zu fordern den Migranten Asyl zu gewähren oder sie reinzulassen*. Der zynischen SL/IKL von heute bedeutet proletarische Solidarität nichts – und ihre Versuche, die dringendsten Pflichten dieser Solidarität gegen ihre „eigenen“ imperialistischen Herrscher zu umgehen, zu leugnen und zu vernebeln, sind eine Beleidigung für den Internationalismus von Lenin und Trotzki und ein Zurückweichen des revolutionären Programms, das die Spartacist-Tendenz drei Jahrzehnte lang aufrecht erhielt.

Mit ihrer Weigerung, Asyl für Flüchtlinge aus Syrien und jetzt aus Zentralamerika zu fordern, vollführt die SL/IKL in der Tat den selben Tuschenspielertrick wie *Left Voice*. Unehrlicherweise wird die Opposition gegen diskriminierende Einwanderungsgesetze und die Forderung nach Asyl für Flüchtlinge mit liberalem/reformistischem Gerede von „offenen Grenzen“ gleichgesetzt. („Auch wenn die IG es leugnet, ihre Position ist nur eine Version von der Forderung nach ‚offenen Grenzen‘, die von vielen reformistischen Linken in Europa und in den USA erhoben wird“, behauptet die IKL.) Aber während die zentristische FT-CI ein „Offene-Grenzen“-Feigenblatt als Abdeckung für ihre Nachtrapolitik gegenüber den Democratic Socialists of America nutzt, deren Kandidaten gesicherte Grenzen fordern, greift die zentristische IKL auf dieselbe Strohmann-Argumentation zurück, um sich an fremdenfeindliche reaktionäre ranzumachen.

Die Linie „Kein Asyl für Flüchtlinge“ der IKL ist Teil einer breiteren Kapitulation vor dem Imperialismus, die ihre zunehmend unberechenbare, nach rechts driftende Politik dominiert. Dies spiegelte sich in der wilden Begeisterung der IKL über den „Brexit“ wider, die englisch-chauvinistische

Permanente Revolution

sche Kampagne für den Austritt Britanniens aus der Europäischen Union. Das Referendum wurde in einer Orgie von immigrantenfeindlichem Rassismus darüber ausgefochten, wie man am besten eingewanderte Arbeiter loswerden kann (siehe „ICL: The Main Enemy Is in Brussels“, *The Internationalist* Nr. 44, Sommer 2016). Die gleiche Linie steckte hinter der Gleichsetzung der IKL von Opposition gegen das „Dublin-III“-Verfahren der EU (zur Abschiebung von Flüchtlingen im Schnellverfahren zurück ins erste EU-Land, das sie betreten haben) und dem Slogan von „offenen Grenzen“. Das einzige Mal, dass die IKL in den letzten Jahren die Aufnahme von Migranten forderte, war tatsächlich in einem Artikel in *Workers Vanguard* (4. November 2016) über haitianische Migranten in Tijuana, in dem es hieß: „Lasst sie rein!“ Aber nicht Zentralamerikaner, die heute genauso in der Schwebe festhängen.

Warum nicht? Ein Grund ist eindeutig die Tatsache, dass Ende Oktober 2016 die Internationalist Group/U.S., die Grupo Internacionalista/México und die Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, Sektionen der Liga für die Vierte Internationale, zu einem tri-nationalen Protest gegen die Weigerung der Obama-Regierung, tausende von haitianischen Migranten in die USA einzulassen, selbst im Gefolge von Hurrikan Matthew (der in Haiti mindestens 1000 Todesopfer forderte und zehntausende Häuser zerstörte). Obwohl sie ausdrücklich zur Teilnahme eingeladen wurde, tauchte die SL/U.S. nicht auf. Der WV-Artikel diente zur Vertuschung dieses Abstenionismus. Aber welche Gründe gaben sie an für ihren ungewöhnlichen Aufruf, Haitianer hereinzulassen? Da gab es zum einen „das rassistische Herausgreifen haitianischer Migranten durch die Obama-Regierung ... um im Vorfeld der US-Wahlen an eine Anti-Einwanderer-Stimmung zu appellieren“. Unterscheidet sich das irgendwie von der heutigen Situation der Migrantenkarawane? Dieselbe Art von rassistischem Herausgreifen richtete sich im Vorfeld der Midterm-Wahlen 2018 gegen Honduraner.

Dann zum anderen die Tatsache, dass zur gleichen Zeit des Einreiseverbots für Haitianer der Temporary Protected Status (TPS, ein vorübergehendes Bleiberecht) für Haitianer widerrufen wurde, obwohl die Bedingungen in Haiti genauso verzweifelt waren wie zuvor. Auch hier gibt es eine direkte Parallele: TPS für 89000 Honduraner wurde im Mai 2018 widerrufen, kurz nachdem die letzte Karawane Tijuana erreicht hatte. Zusätzlich die Geschichte der „imperialistischen Ausplünderung“ Haitis durch die USA. Das gleiche gilt für Honduras. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die Haitianer nach dem Erdbeben im Januar 2010 „durch eine Abfolge von Naturkatastrophen...“, die ihre verarmte Heimat verwüstet haben, entwurzelt wurden“. Für die IKL ist es also gerechtfertigt, Migranten Einlass zu gewähren, die vor den Folgen von Naturkatastrophen fliehen, nicht aber denen, die den katastrophalen Bedingungen, die der Imperialismus geschaffen hat, entgegen wollen – ist das die Logik?

Da steckt mehr dahinter. Der WV-Artikel vom 4. November 2016 merkt an:

„Um diese blutige Besatzungsmacht zu unterstützen, entsandte Präsident Obama kurz nach dem Erdbeben von 2010 20000 Kampftruppen unter dem Deckmantel einer ‚Hilfsaktion‘. US-Beamte befahlen außerdem eine Seeblockade von Haiti, um die Flucht der verzweifelten Bevölkerung in die USA zu verhindern.“

Sehr richtig. Was der WV-Bericht jedoch wegließ, war, dass die *SL/IKL schändlicherweise die US-Invasion und Besetzung von 2010 unterstützte*, während sie lautstark diejenigen zu recht wies, die dagegen waren, vor allem die IG. Und *die SL/IKL schwieg über Frühjahrs 2019*



Zentralamerikanische Migranten an der US-Grenze, 25. November. Wir sagen: Lasst sie rein!

die Seeblockade, die die Flucht von Haitianern in die USA verhinderte.

Wir verurteilten die groteske SL/IKL-Unterstützung der imperialistischen Besetzung unter dem Deckmantel von Katastrophenhilfe als urtypischen Fall von dem, was Lenin *Sozialimperialismus* nannte, ein *Verrat* an den werktätigen Massen der ganzen Welt. Nach drei Monaten von verleumderischem, hetzerischem Getöse gegen uns, nach ihrem Wiederkäuen der Lügen imperialistischer Medien und des Pentagons über den angeblich humanitären US-Einsatz in Haiti – machten sie plötzlich eine 180-Grad-Wende. Sie *räumten ein, dass die IG doch recht hatte, und dass die IKL in der Tat einen sozialimperialistischen Verrat begangen hatte*. Dann aber, nach dem, was sich als eine hohle Beichte und Akt der Reue erwies, gingen sie gleich wieder dazu über, jene zu denunzieren, die fest das internationalistische Programm des Trotzismus hochhielten. Der Klassenkampf ist aber nicht die katholischen Kirche: egal, wie viele „Ave Lenins“ du aufsagst, die „eigene“ Bourgeoisie zu unterstützen, während sie die imperialistische Dominanz mit vorgehaltener Waffe durchsetzt, ist ein tödlicher Schlag gegen jedweden Anspruch auf „revolutionäre Kontinuität“.

Dies ist jedoch immer noch nicht das Ende der schmutzigen Geschichte hinter der Weigerung der SL/IKL, Asyl für Menschen zu fordern, die vor Kriegen, Terror und Entbehrungen fliehen, die vom Imperialismus verbreitet werden. Der *Workers-Vanguard* -Artikel vom 2. November 2018 über die zentralamerikanische Karawane stellt fest, dass «die Bedingungen für honduranische Arbeiter, sowie städtische und ländliche Arme noch schlimmer geworden sind, seit 2009 der damalige Präsident Manuel Zelaya mit einem Putsch gestürzt wurde, der von Teilen der nationalen Bourgeoisie geplant wurde und von einem General geleitet wurde, der an der berühmten School of the Americas des US-Imperialismus ausgebildet wurde“. Aber genau wie der 2016er WV-Artikel nicht erwähnte, dass sie die US-Invasion Haitis unterstützt hatten, so ließ der von 2018 weg, dass *die SL sich nach dem Honduras-Putsch von 2009 mehr als ein Jahr lang weigerte, diesen zu verurteilen*. Intern wurde argumentiert, dass das Obama-Regime nicht dahinter gesteckt hätte – was aber eindeutig der Fall war, wie schon damals klar war.

Die Obama-Administration steckte bis zum Hals in der Vorbereitung des Putsches, der Zelaya absetzte, wie wir in „Honduras: The First Coup of the Obama Administration“ und anderen Artikeln in *The Internationalist* Nr. 29 (Sommer 2009), sowie in „For Revolutionary Workers Struggle Against Coups in Central America“ (*The Inter-*

nationalist Nr. 30, November/Dezember 2009) deutlich machten. Die Verschwörer reisten nach Washington um sich grünes Licht von Hillary Clintons Außenministerium zu holen, das ihnen empfahl, den honduranischen Obersten Gerichtshof mit an Bord zu holen, um der Sache einen Anstrich von „Legalität“ zu geben, was sie auch taten. In einer Polemik über die sozialimperialistische Linie von SL/IKL zu Haiti hatten wir angemerkt, dass „es wirklich merkwürdig ist, dass WV es nicht für nötig gehalten hat, auch nur ein Wort, geschweige denn einen Artikel, gegen den US-gestützten Putsch in Honduras abzudrucken“ („SL Twists and Turns on Haiti“ [9. April 2010] in *The Internationalist* Nr. 31, Sommer 2010).

Dieses kompliziertere Schweigen war kein Zufall, wie die internen Dokumente der IKL beweisen. Ein Jahr nach dem Putsch und als Antwort auf die IG hat das führende Gremium der IKL, das Internationale Sekretariat, am 10. Juli 2010 einstimmig beschlossen: „Das IS und die SL/U.S.-Führung haben zu Unrecht den Putsch in Honduras vom 29. Juni 2009 entweder ignoriert oder waren ihm gegenüber gleichgültig – wobei Genossen argumentierten als ob wir „keine Seite“ hätten, weil der Putsch einen Grabenkampf zwischen zwei bürgerlichen Lagern darstelle.“ Ein zweiter, einstimmig angenommener Antrag fügte hinzu:

„Ihre [USA] Stiefelabdrücke waren überall in der Verschwörung gegen Zelaya. Vor allem im Lichte dieser Diskussion scheint es sehr klar zu sein, dass die Reaktion der Partei auf den Fall Honduras eine Anpassung an den amerikanischen Imperialismus widerspiegelte und einen Vorläufer für den Verrat durch die Unterstützung der US-Truppen in Haiti darstellte.“

Diese geradlinige Erklärung entfachte jedoch Wut bei der obersten Führung der IKL, einschließlich bei ihrer inzwischen auch offiziellen Führerin Coelho, die zuvor geschrieben hatte: „Ich stimme nicht mit der Stoßrichtung der Argumente überein, dass die Obama-Regierung direkt hinter dem Honduras-Putsch steckte.“ So wurden nach zwei Monaten von wütenden Schuldzuweisungen, *der Antrag, der anerkannte, dass es über Honduras eine „Anpassung an den amerikanischen Imperialismus“ gegeben hatte und dies ein „Vorläufer für den Verrat“ in Haiti war, wieder zurückgenommen*.

Dann, nach zwei weiteren Monaten und mehr als 120 Seiten interner Dokumente hin und her, verfügte eine internationale Konferenz der IKL, es sei „falsch“ zu sagen, dass ihre Führung den Putsch von 2009 ignorierte oder gleichgültig über ihn war, obwohl sie „über ein Jahr lang keinen Artikel über den Putsch gegen Zelaya schrieb“. Da-

rüber hinaus wurde argumentiert, dass die USA nur „dazu beigetragen haben, der Absetzung Zelayas die Bühne zu bereiten, und dass das Weiße Haus Obamas hinterher die Putschregierung stützte“. So sprach die IKL die Obama-Regierung davon frei, grünes Licht für den Putsch gegeben zu haben, akzeptiert vorgeschobene Lügen des US-Botschafters als bare Münze, und amnestiert sich selbst davon, dies nicht denunziert zu haben. Es ist kein Zufall, dass die IKL-Linie, dass die USA nicht für den Putsch an sich verantwortlich waren (was sie nach wie vor behaupten, wenn man den Artikel über die Karawane in WV sorgfältig liest), auch die Position der liberalen Demokraten ist, die Obama amnestieren wollen.

The Internationalist antwortete auf das verschämte Eingeständnis der IKL bezüglich ihres sozialimperialistischen Verrats über die US-Invasion von Haiti 2010, dass „eure Erklärungen darüber, warum und wie es zu eurem grundlegenden Verrat gekommen war, einer Überprüfung nicht standhalten. Ihr gesteht das Verbrechen, gebt jedoch keine ernsthafte Erklärung für die Gründe dafür an. Und das garantiert quasi, dass es wieder geschehen wird. Dies ist nicht das erste Mal, das die SL/IKL sich dem Druck der ‚eigenen‘ herrschenden Klasse beugt, noch das erste Mal, dass ihr die IG/LVI für unseren revolutionären Widerstand gegen den US-Imperialismus verleumdete.“¹ Und es passierte seither auch weiter. Dass die SL/IKL 2010 die Obama-Administration bezüglich des honduranischen Putsches von 2009 freisprach (und sich selbst dafür amnestierte, dies nicht angeprangert zu haben), ist eine Fortsetzung der Kapitulation vor dem „Menschenrechts“-Imperialismus der USA über Haiti.

Die Voraussetzungen für ihren Haiti-Verrat wurden lange zuvor geschaffen, als die SL in Reaktion auf die US-Invasion Afghanistans nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ihre langjährige Forderung nach der Niederlage des „eigenen“ Imperialismus fallen ließ und die IG für die Aufrechterhaltung dieser grundlegenden leninistischen Position beschuldigte, „das abgekartete Spiel des Anti-Amerikanismus zu spielen.“² Was Chauvinismus anbelangt, so ist das Paradebeispiel die Weigerung der SL, das Recht der Sioux-Indianer von Standing Rock in North Dakota, zu verteidigen, das Verlegen einer Ölpipeline durch ihr Stammesgebiet zu verbieten, die potenziell ihre Wasserversorgung verschmutzen könnte ein – mit der win-

¹ Siehe „Open Letter from the Internationalist Group to the Spartacist League and ICL“ (8. Mai 2010) in *The Internationalist* Nr. 31, Sommer 2010.

² Siehe „ICL Refuses to Call for Defeat of U.S. Imperialism, ‘Anti-American’ Baits the IG“, *The Internationalist* Nr. 12, Herbst 2001.

digen Begründung, dass dieses Land schon durch den zweiten Raubvertrag von Fort Laramie von 1868 indianischer Kontrolle entzogen worden war.³

Und dann gibt es da noch die neueste Version von verlogener Selbstkritik der IKL: Ihr Konferenzdokument „Der Kampf gegen die chauvinistische Hydra“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 31, Herbst 2017) verkündet, dass sie 40 Jahre lang eine „chauvinistische“ Position über die nationale Frage gehabt hatte, während sie sich zynischer Weise weiterhin selbst zur revolutionären Avantgarde erklärte. (Wenig überraschend gibt es kein Wort über Haiti.) In diesem bombastischen und offen revisionistischen Dokument heißt die IKL bürgerlichen Nationalismus willkommen und weist Lenins proletarischen Internationalismus zurück, während sie fälschlicherweise behauptet, für den Leninismus zu kämpfen, mit einer Argumentation, die mit der von anderen Opportunisten quasi identisch ist. Um die neue Umarmung des bürgerlichen Nationalismus zu rechtfertigen, gab das Dokument unter den „krassen Beispielen von Chauvinismus in der IKL“ ein Paradebeispiel, bei dem es um die „Anwendung der Selbstbestimmung auf unterdrückte weiße Menschen in ökonomisch fortgeschrittenen Ländern Nordamerikas und Europas“ ging. Aufgepasst, sie reden hier nicht vom demokratischen *Recht* der Selbstbestimmung.

Im Gegenteil: In diesem Dokument fordert die IKL-Führung, „unter der Leitung von Genossin Coelho“, die Unterstützung für die Festlegung von Französisch „als einzige Amtssprache“ für „Regierung, öffentlichen Dienst und Großunternehmen“, um sie Einwanderern aufzudrücken, und für ähnliche Gesetze in Katalonien, um Einwanderern und der weitgehend spanischsprachigen Arbeiterklasse Katalanisch aufzuerlegen. Zynisch wird behauptet, dies sei „eine Erweiterung von Lenins Kampf für die Gleichberechtigung der Sprachen“ – obwohl dieser führende Bolschewik ausdrücklich und nachdrücklich gegen die Verfügung *jedweder* Amtssprache war.⁴ Was nicht-weiße Menschen nicht-imperialistischer Nationen anbelangt, so geht die IKL ihr pro-imperialistischen Fallenlassen der Forderung nach Unabhängigkeit für Puerto Rico einen Schritt weiter und argumentiert, dass sie direkte Annexion (Umwandlung in einen Bundesstaat) der US-Kolonie unterstützen würde! Es steht im Einklang mit diesem Muster der Kapitulation vor dem US-Imperialismus, dass die SL/IKL nicht fordert, die verzweifelten Zentralamerikaner in die USA zu lassen, die vor der „Verwüstung Made in USA“ fliehen und vom rassistischen Fremdenhasser Trump dämonisiert werden.

Das Hin und Her der IKL über Haiti und Honduras offenbaren eine Organisation, die längst ihre marxistische Ausrichtung verloren hat und sich wie ein Kreislauf dreht, aber immer wieder auf einer (offen oder faktisch) pro-imperialistischen und national-chauvinistischen Position zum Stehen kommt. Den liberalen Illusionen von „offenen Grenzen“ im Kapitalismus, die von sozialdemokratischen Reformisten verbreitet werden, und der chauvinistischen „kein-Asyl-für-Flüchtlinge“-Politik der Ex-Trotzkisten zum Trotz, kann ein echter Kampf für die Migrantenrechte nur auf einem Programm der internationalen sozialistischen Revolution beruhen. Das ist, wofür die Bolschewiki Lenin und Trotzki vor einem Jahrhundert kämpften, als der neu gegründete sowjetischen Arbeiterstaat volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter verkündete, und wofür die Liga für die Vierte Internationale heute weiterhin kämpft. ■

³ Siehe „Spartacist League: Land Surveyor Socialists“, *The Internationalist* Nr. 46, Januar/Februar 2017.

⁴ z.B. in „Liberale und Demokraten zur Sprachenfrage“, W.I. Lenin (September 1913).

Die rassistische Randalie in Chemnitz...

fortgesetzt von Seite 2

alle Einwanderer, egal wie sie hierhergekommen sind, und Asyl für diejenigen, die vor der vom Imperialismus verursachten Zerstörung fliehen. Wir betonen, dass die kapitalistische Unterdrückung von Immigranten nur durch die internationale sozialistische Revolution beendet werden kann.

Volksfront oder Arbeitermobilisierung?

Trotz der Stimmenzuwächse für die AfD in vielen Teilen Deutschlands, haben ihre Gegner sie auf den Straßen unbestreitbar immer wieder zahlenmäßig überflügelt. Aber bei den Gegenmobilisierungen handelt es sich für gewöhnlich um klassenübergreifende Koalitionen, d. h. „Volksfronten“, in denen die Linke und Arbeiterbewegung ihren vermeintlichen bürgerlichen „Verbündeten“ untergeordnet werden. Teilweise wird sogar versucht, die CDU mit einzubeziehen. Veranstaltungen wie die „Unitebar“-Demo oder das Konzert in Chemnitz richteten sich hauptsächlich gegen die AfD und/oder gegen Seehofer und, wenn überhaupt, nur implizit gegen Merkel und die Große Koalition. Darüber hinaus bieten derartige Feste für „Frieden und Liebe“ keine Antwort auf die Frage, wie faschistische Angriffe auf Einwanderer tatsächlich verhindert werden können, insbesondere in Gegenden, in denen faschistische Gewalt eine tagtägliche, demoralisierende Bedrohung darstellt.

Marx21, ein „Netzwerk“ in der Linkspartei (verbunden mit der Tendenz des verstorbenen Anti-Trotzkisten Tony Cliff), das keinerlei linke Opposition darstellt, sondern der reformistischen Partei stattdessen ein dünnes „marxistisches“ Furnier bietet, will uns in der Dezemberausgabe ihres Magazins erklären, dass wir „breite Bündnisse“ gegen Rechts bräuchten, an denen sogar Pfarrer teilnehmen können. Die „Pfarrer“ etc. dienen hier lediglich als Platzhalter für die „demokratischen Kräfte und Parteien“, einschließlich der Grünen und sogar von Teilen der CDU, sowie die SPD-Spitzen, die Marx21 für sein Klassenkollaborationsprogramm gerne einspannen würde. In einem anderen Artikel, „Wie der Rechtsruck in den 90ern gestoppt wurde“, tischen die Cliffisten uns allen Ernstes das Märchen auf, dass „die Rechten durch eine breite Massenbewegung“ von „Lichterketten und Demonstrationen“ gestoppt worden seien.

In dem Artikel wird gegen den Sozialchauvinistischen Oskar Lafontaine argumentiert, der (wahrheitsgemäß) darauf hinwies, dass die rassistische Gewalt abebbte, nachdem 1993 das Asylrecht weitgehend abgeschafft wurde, unter maßgeblicher Beihilfe der SPD, deren Führer er damals war. Der Zustrom von Flüchtlingen verringerte sich, weil der deutsche Imperialismus sich hinter einer Barriere von „sicheren Drittstaaten“ verschanzte (ein Konstrukt, das Lafontaine höchstpersönlich erfand und in Form der rassistischen „Dublin-III“-Abschiebeverordnung mittlerweile auf die gesamte EU ausgedehnt wurde).

Natürlich brüstet sich der heutige Linksparteipolitiker Lafontaine mit diesen Fakten, weil er die Pogromisten jetzt wieder besänftigen will. Aber seine Parteifreunde von Marx21 wollen die Geschichte lieber umschreiben, weil sie weiterhin harmlose Volksfronten aufbauen wollen, statt die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Faschisten zu stoppen.

Angesichts dieser Spaltung in der Linkspartei, wo der „antirassistische“ Flügel nichts anzubieten hat außer dem trügerischen Appell an den bürgerli-

chen Staat, die Faschisten doch bitte zu verbieten, beschwert sich Wolfram Klein vom Bundesvorstand der Sozialistischen Alternative (SAV, eine weitere Strömung innerhalb der LINKEN) auf www.socialistworld.net (1. Oktober): „Leider ist die Linkspartei ihren Aufgaben aktuell nicht gewachsen.“ Welch delikate Art, den jahrzehntelangen Verrat dieser Partei zu verschleiern, die in verschiedenen Landesregierungen dabei hilft, kapitalistische Sparmaßnahmen und rassistische Abschiebungen durchzuführen! Die internationale Organisation des SAV, Peter Taaffes Committee for a Workers International (CWI), erklärte im Dezember:

„Jedoch ist die soziale Basis für faschistische Massenkräfte, die das Ziel verfolgen, die Organisationen und demokratischen Rechte der Arbeiter*innenklasse vollständig zu zerschlagen, in der modernen Ära nicht vorhanden. Dies bedeutet natürlich nicht, dass, wenn rechtsextreme Parteien an die Macht kommen, in einigen Ländern nicht versucht wird, extrem repressive Maßnahmen zu ergreifen. Wie wir gesehen haben können faschistische Kräfte und Gruppen in ge-

wissem Maße existieren und wachsen, jedoch als Hilfskraft der Herrschenden.“ („Europa: Politische und soziale Polarisierung, Massenbewusstsein und die „Neue Linke“, Internationales Sekretariat des CWI, 14. Dezember 2018)

Wie kann das CWI die Möglichkeit von „faschistischen Massenkräften“ für eine zeitlich unbegrenzte historische Periode so kategorisch ausschließen? Jedenfalls nicht, weil sie die Möglichkeit, dass verarmte Kleinbürger oder lumpenisierte Arbeiter, den Faschisten als Stimmvieh oder Schocktruppen dienen könnten, bestreiten können. Nein, es liegt daran, dass diese Klassenkollaborateure, die sich nach der Verwaltung des bürgerlichen Staates sehnen (wie sie es in Liverpool in den 80er-Jahren taten) und die glauben, dass die Bullen „Arbeiter in Uniform“ seien, nicht glauben wollen, dass die Bourgeoisie die Faschisten jemals wieder an die Macht lassen würde. Dies ist nur ein reformistisches Schlaflied, das auf dem Glauben an die Stabilität der kapitalistischen Ordnung basiert. Das CWI-Manifest greift ironischerweise auf das gleiche Argument zurück, mit dem sich die Sozialdemokraten und Stalinisten bei der Machtergreifung Hitlers 1933 beruhigten, wenn es behauptet:

„Die wachsende Unterstützung rechtsextremer Parteien wird jedoch zu eigenen Widersprüchen führen und diese zunehmend offen legen [entlarven]. Spaltungen öffnen und werden sich in diesen öffnen. Wenn sie

auf lokaler oder nationaler Ebene an der Macht sind, wird ihre tatsächliche Wirtschafts- und Sozialpolitik getestet und offensichtlich.“

Einen ähnlichen Widerspruch, aber in noch konzentrierter und sogar schizophrener Form, zeigt die zentristische Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), Teil der Internationalen Kommunistischen Liga, deren Name ein Überbleibsel aus der Zeit ist, als sie für revolutionären Trotzki stand. Es ist schon eine Leistung, mit der Schlagzeile über die Notwendigkeit von „Mobilisierungen von Arbeitern/Minderheiten, um Nazis zu stoppen“ (Spartakist, Herbst 2018) aufzuwarten, um dann auf derselben Titelseite zu erklären: „Momentan sind Kämpfe der Arbeiter gegen die Kapitalisten in Deutschland auf einem historischen Tief. Deshalb hat die Bourgeoisie gerade keinen Bedarf, ihre faschistischen Kettenhunde gegen die organisierte Arbeiterschaft loszulassen.“ Obwohl Spartakist im nächsten Atemzug rät, dass diese „Kettenhunde“ doch „in ihre Rattenlöcher“ (?) zurückgejagt werden müssen, „solange sie noch relativ klein sind“, kann der Leser eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass es ja so dringend nicht sein kann. Zumal sie seit zwei Jahrzehnten nichts unternommen haben, um dies zu konkretisieren.

Insgesamt verlässt sich die deutsche Bourgeoisie nach wie vor stark auf die Gewerkschaftsbürokratie sowie die polizeiliche Repression, um militante Klassenkämpfe zu unterdrü-

cken. Es gibt jedoch einen wachsenden Niedriglohnsektor, dem jegliche Gewerkschaftsvertretung fehlt und von Faschisten und Bullen ins Visier genommen wird. Hat die SpAD möglicherweise den brutalen Angriff auf einen Gewerkschafter verschlafen, der in Hanau-Steinheim von zwei mutmaßlichen AfD-Unterstützer im Juli verübt wurde? Oder die Tatsache, dass Amazon vor nicht allzu langer Zeit eine Gruppe von Faschisten in Gestalt einer privaten Sicherheitsfirma engagiert hatte, um einen Teil seiner Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund in Deutschland unter Kontrolle zu halten.

Trotzki erklärte im *Übergangsprogramm* von 1938:

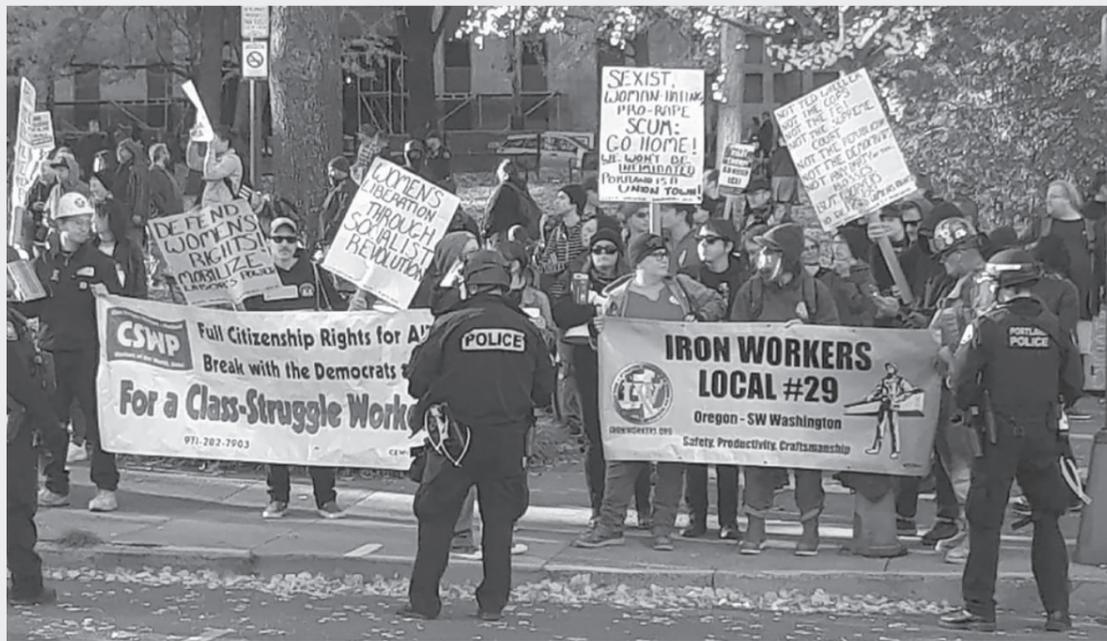
„Die Bourgeoisie gibt sich nirgendwo mit der offiziellen Polizei und Armee zufrieden. In den Vereinigten Staaten unterhält sie selbst in ‚ruhigen‘ Zeiten paramilitärische gelbe Streikbrecher-Truppen und private bewaffnete Banden in den Fabriken. Hinzu kommen noch die Banden der amerikanischen Nazis.“

„Selbst in ‚ruhigen‘ Zeiten! Trotzki hat die Faschisten nie mechanisch als etwas definiert, das von den Kapitalisten auf Befehl heraufbeschworen werden könnte, und zwar nur in Krisen. In der Realität glaubt die demoralisierte SpAD, dass das Eingeständnis, dass es eine faschistische Bedrohung gibt, gleichbedeutend damit ist, eine „antifaschistische“ Volksfront zu unterstützen. Warum? Weil die SpAD und ihre Internationale einen revolutionären Kampf gegen die Faschisten für unmöglich halten, und in Todesangst vor ihrem eigenen Opportunismus leben.“

Nazi-Aufmärsche sind keine Frage von „freier Meinungsäußerung“; es handelt sich um Provokationen zur Förderung von Lynchmobs, Terrorzellen und staatlicher Repression. Sie versuchen, gefährdete Bevölkerungsgruppen zu terrorisieren und die Angriffe des kapitalistischen Staates auf diejenigen zu provozieren, die ihrer rassistischen, antikommunistischen Gewalt entgegenstehen. Sie müssen aufgehalten werden, denn ihr Ziele sind die Auslöschung der Arbeiterbewegung und rassistischer Völkermord. Wir brauchen Massenmobilisierungen der multiethnischen Arbeiterklasse und aller Unterdrückten, um die Faschisten im Keim zu ersticken, bevor sie ihr Massenmordprogramm in die Tat umsetzen können. Das schließt auch ihren parlamentarischen Arm mit ein, die faschistoide AfD.

Der Kampf muss heute darin bestehen, die Macht der Arbeiterbewegung in beispielhafter Weise in Bewegung zu setzen, Gewerkschaftskontingente zu mobilisieren, um Sammelabschiebungen von Flüchtlingen nach Afghanistan etc. zu blockieren oder faschistische Märsche tatsächlich zu stoppen. Dazu müssen letztlich Selbstverteidigungsgruppen basierend auf der organisierten Arbeiterbewegung aufgebaut werden. Dies ist das Klassenkampf-Programm, für das die Internationalistische Gruppe und unsere Schwesterorganisationen in der Liga für die Vierte Internationale in Theorie und Praxis einstehen (siehe z. B. „Portland/USA: Arbeitermobilisierung nach Nazi-Doppelmord zeigt den Weg vorwärts“, *Permanente Revolution* Nr. 2, Sommer 2018). Und wie Trotzki betonte, brüdet der verfallende Kapitalismus in seinem Endstadium die faschistischen Provokateure und Mörder aus, die er zur Vernichtung der Arbeiterbewegung verwenden würde – selbst wenn die Bourgeoisie gleichzeitig auf „Volksfronten“ setzt, um das Proletariat von revolutionären Aktionen abzuhalten. Ein nachhaltiger Sieg über die Faschisten kann jedoch nur erzielt werden durch internationale sozialistische Revolution. Um dies zu erreichen, bedarf es der Führung einer revolutionären Arbeiterpartei, die auf dem Programm des authentischen Trotzkiismus basiert, der den Massen die Wahrheit sagt und erklärt, dass dies der einzige Weg vorwärts ist.■

„Frauenhassende sexistische Trolle, kriecht zurück in eure Löcher!“ Portland, USA: Protest gegen faschistische „HimToo“-Provokation



Portland, 17. November: Gewerkschafter protestieren gegen Faschisten und Frauenfeinde

Am 17. November führte Class Struggle Workers – Portland ein Gewerkschaftskontingent mit Mitgliedern der Iron Workers Ortsgruppe 29, IATSE (Bühnenarbeiter) Ortsgruppe 28 und IUPAT (Maler und Trockenmaurer) Ortsgruppe 10 um gegen eine widerliche sexistische #HimToo-Veranstaltung vorzugehen. Die frauenfeindliche Provokation wurde von der ortsansässigen Faschistin und „Proud Girl“ Haley Adams und Quincy Lee Franklin von den „Hell Shaking Street Preachers“ (eine Gruppe rechtsradikaler Christen) inszeniert. Vorgeblich setzte sich dieses Frauenhasser-Event für das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren für Männer ein, die wegen sexueller Gewalt und Missbrauch angeklagt sind – tatsächlich handelte es sich um offene Hetze gegen Frauen, insbesondere gegen diejenige, die es wagen, den Mund aufzumachen.

Während sich der faschistische Abschaum – nur wenige Dutzend stark – in einem sicheren Bereich verschanzte, den Stadt-, Staats- und Bundespolizei für sie geschaffen hatten, weigerte sich das CSWP-Kontingent, sich

in den abgezaunten Protestbereich zurückzuziehen, der einen halben Block entfernt auf dem Chapman Square eingerichtet worden war. Stattdessen positionierten sich die Gewerkschaftsaktivisten auf der anderen Straßenseite gegenüber von den Faschisten. Aber auch diese Distanz reichte der Polizei nicht, die das gewerkschaftliche Kontingent immer wieder zurückdrängte. Obwohl der Bürgermeister von Portland Ted Wheeler vor kurzem die Abstimmung über seinen Vorschlag über die Ausweitung von Protestbeschränkungen in der Innenstadt verloren hatte, hinderte das die Polizei trotzdem nicht daran, seinen Willen umzusetzen und Demonstrationen einzuschränken – vor allem die von der antifaschistischen Sorte.

Sprechchöre aus den Megaphonen der CSWP erklangen trotz Polizeirepression: „Faschisten bedrohen Frauenrechte – Frauenbefreiung ist unser Kampf!“ und „Frauenfeindliche sexistische Trolle, kriecht zurück in eure Löcher!“. Auf Plakaten wurde „Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!“ gefordert. Auf

einem weiteren stand: „Nicht Ted Wheeler, nicht die Polizei, nicht das FBI, nicht die Demokraten, nicht die Republikaner, keine Partei der Bosse, sondern Arbeitermacht, um Frauenrechte zu verteidigen!“

Der abscheuliche frauenhassende Abschaum wurde von gut 250 Gegendemonstranten in den Schatten gestellt. Tatsächlich waren es so wenige Faschisten, dass die Polizisten, die zu ihrem Schutz da waren, deutlich in der Überzahl waren. Wie es in Portland zur Routine geworden ist, schuf die Polizei schließlich eine Situation, die es ihr erlaubte, die antifaschistischen Demonstranten mit Tränengas zu beschießen. Die Faschisten verkrochen sich, während ihre geplante Provokation verpuffte.

Ein CSWP-Plakat traf es ganz genau: „Sexistischer, frauenhassender, Pro-Vergewaltigungs-Abschaum, Haut ab! Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, Portland ist eine Gewerkschaftsstadt!“ Die Gewerkschaftsbewegung muss mobilisieren, um Frauenrechte zu verteidigen und die Faschisten aufzuhalten!■

The Internationalist

Von der Pariser Kommune bis zum Roten Oktober

Der Klassenkampf kennt keine Grenzen: Immigrantenrechte und Revolution

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Revolution Nr. 15 (September 2018), Zeitung der Revolutionary Internationalist Youth, Jugendgruppe der Internationalist Group/U.S.

Seit Donald Trump im Januar 2017 sein Amt antrat, verfolgte seine Regierung eine ausländerfeindliche Offensive, indem er die von seinem Vorgänger Barack „Chef-Deportierer“ Obama geschaffene Anti-Einwanderungs-Maschinerie der Repression nutzte. Bei Demos gegen die barbarische Praxis der Trennung von Immigrantenfamilien an der Grenze haben Mitglieder der CUNY Internationalist Clubs (Hochschulgruppen an Standorten der City University of New York) und der Revolutionary Internationalist Youth die Losungen „La lucha obrera no tiene fronteras“ (Der Kampf der Arbeiter hat keine Grenzen) und „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten“ gehabt. Sie betonten, dass die Arbeiter und Unterdrückten die Macht in einer sozialistischen Revolution übernehmen müssen, damit dieses demokratische Recht erreicht werden kann. Im vergangenen Unijahr hielten die CUNY Internationalist Clubs zwei Foren am Hunter College ab, die historische und aktuelle Aspekte darlegten, wie Revolutionäre kämpfen, um die Rechte von Einwanderern zu verteidigen. Aktivistinnen hatten zusammen an Forschungsprojekten gearbeitet, die sie anhand einer Reihe von Themen präsentierten. Z. B. über historische Errungenschaften von Einwanderern in Arbeiterrevolutionen, insbesondere in der Pariser Kommune von 1871 und der Russischen Revolution von 1917, und zu konkreten Maßnahmen, die unternommen werden müssen, um heute Einwanderer zu verteidigen. Nachfolgend veröffentlichten wir Teile der sehr informativen Präsentationen.

Historisch gesehen haben revolutionäre Marxisten für den Internationalismus gekämpft und verstanden, dass die arbeitenden Massen aller Länder einen gemeinsamen Feind haben - die kapitalistische Klasse. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben bekanntlich, dass die Arbeiterklasse „kein Vaterland“ hat und unterstrichen den internationalen Charakter des Proletariats und der Produktion im Kapitalismus. Die kapitalistische Aneignung von Profit ist privat und national, so dass Gewinne, die von US-Unternehmen gemacht werden, ihren kapitalistischen Eigentümern in den USA zukommen. Aber die kapitalistische Produktion ist sozial (mit einer großen Anzahl von Arbeitern) und zunehmend international. Zum Beispiel werden Produkte in vielen Industrien in einem Land aus Teilen zusammengebaut, die in anderen hergestellt werden. Als die erste wirklich internationale Klasse in der Geschichte der Menschheit hat das Proletariat oder die Arbeiterklasse die Macht, die Menschheit auf einer globalen Basis zu vereinen. Und als die Arbeiterklasse in der Vergangenheit die Macht übernahm, erweiterte sie die demokratischen Rechte aller Arbeiter, unabhängig von ihrer nationalen Herkunft.

Dies manifestierte sich in der ersten Arbeiterrevolution der Geschichte, die 1871 stattfand und zur Schaffung der kurzlebigen Pariser Kommune führte. Diese erste Machtübernahme des Proletariats war das Ergebnis eines Machtvakuums in Paris, das von der Bourgeoisie inmitten des Deutsch-Französischen Krieges zugelassen worden war. Leider fehlte den Arbeitern eine klare

revolutionäre Führung, eine Arbeiterpartei, um die Revolution voranzutreiben. Die Kommune blieb isoliert und wurde besiegt. Nach der erfolgreichen bolschewistischen Revolution von 1917 schrieb Leo Trotzki: „Wir können die ganze Geschichte der Kommune durchblättern, wir finden stets dieselbe Lehre: eine starke Führung der Partei ist notwendig.“ („Die Lehren der Pariser Kommune“, 1921).

Viele der führenden Mitglieder der Kommune waren Einwanderer. Viele waren auch Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation (der Ersten Internationale) wie Leo Frankel, ein ungarischer jüdischer Sozialist, der sich für die Organisation von ungarischen und deutschen Arbeitern eingesetzt hatte. Er wurde zum Leiter der Kommission für Arbeit und Handel der Kommune gewählt und hatte als Mitglied der Nationalgarde mutig auf den Barrikaden gekämpft. Die Einwanderer waren sehr aktiv bei der Organisation und Mobilisierung der Pariser Arbeiterklasse, insbesondere die Frauen, die nicht nur als Krankenschwestern und in den Kantinen arbeiteten, sondern auch gegen die Versailler Truppen kämpften.¹

Unter ihnen waren Frauen wie Elisabeth Dimitrieff, eine in Russland geborene Sozialistin und Mitbegründerin der russischen Sektion der Internationale. Sie wurde von Karl Marx nach Paris geschickt, um über Ereignisse zu berichten, und mit einigen anderen Frauen veröffentlichte sie den „Appell an die Bürgerinnen von Paris“ und versammelte sie, um für die Kommune zu kämpfen. Dimitrieff wurde Generalsekretärin der Union des Femmes (Frauenunion), einer Organisation von Frauen aus der Arbeiterklasse, die für die Organisation von Frauen zur Verteidigung der Kommune verantwortlich war. Eine andere der Revolutionärinnen, deren Kampf uns inspiriert, war Anne Jaclard, ebenfalls eine russische Einwanderin und Mitglied der Internationale. Sie half bei der Organisation der Lebensmittelversorgung von Paris und war im Ausschuss für die Bildung von Mädchen.

Die Pariser Kommune fand, wie oben erwähnt, im Zusammenhang mit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 statt, der von Napoleon III. von Frankreich gegen den Norddeutschen Bund unter Führung des Königreichs Preußen geführt wurde. Eine der historischen Aufgaben dessen, was Marxisten „bürgerlich-demokratische Revolutionen“ nennen, war die Errichtung einer nationalen Wirtschaft, die die Errichtung eines einheitlichen Nationalstaates bedeutete. Vor 1871 gab es keinen Nationalstaat namens Deutschland. (Aus Angst vor den Massen hatte die Bourgeoisie den demokratischen Revolutionen von 1848 das Messer in den Rücken gestoßen.) Stattdessen gab

¹ Die heroische Rolle der Frauen in der Kommune hat die Herzen der bürgerlichen Reaktionen in Angst versetzt und ist Gegenstand mehrerer Bücher, darunter *Unruly Women of Paris: Images of the Commune*, von Gay Gullickson (Cornell, 1996), und *Women in the Paris Commune*, von Caroline Eichner (Indiana University, 2004)

es eine Sammlurium deutschsprachiger Königreiche und Fürstentümer, von denen Preußen am mächtigsten war. Unter dem preußischen Kanzler Otto von Bismarck versuchte die im Entstehen begriffene deutsche Bourgeoisie, die deutschsprachigen Kleinstaaten von oben, durch Krieg, in einen einzigen Nationalstaat zu vereinigen, um mit Frankreich und Großbritannien konkurrieren zu können.

Unter Napoleon III. versuchte Frank-

ziers zu wählen, und verkündete die Trennung von Kirche und Staat. Volksbildung wurde säkularisiert und Lehrer erhielten Gehaltserhöhungen bei gleicher Bezahlung für Männer und Frauen. Die Arbeiter wurden ermutigt, Vereinigungen zu gründen, um Fabriken und Werkstätten, die von ihren Eigentümern verlassen wurden, zu übernehmen und zu betreiben.

Dies war eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Kommune machte keinen Unterschied zwischen den Bürgern aufgrund der Nationalität - nur aufgrund der Klasse. Sie repräsentierte die Ausgebeuteten und Unterdrückten, nicht ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Sie rief die Arbeiter von Paris auf, unabhängig von ihrem Herkunftsland, für die Kommune zu leben und zu kämpfen. Engels zog eine entscheidende revolutionäre Lehre aus ihrer Erfahrung und schrieb später:

„Die Kommune musste gleich von vornherein anerkennen, dass die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; dass diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eignen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehn, ...die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen... müsse...“

Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“ - Einleitung (1891) zu: *Der Bürgerkrieg in Frankreich* von Karl Marx, 1871

Aber ohne eine revolutionäre Führung, die die Revolution bis zur Enteignung der Bourgeoisie durch einen revolutionären Arbeiterstaat führte, und isoliert in Paris zu einer Zeit, als der Kapitalismus in Europa noch im Aufschwung begriffen war, wurde die Kommune besiegt. Ihr heroisches Beispiel inspirierte diejenigen, die die siegreiche russische Revolution angeführt haben.

Von den Pariser Lehren zu den Lehren des Oktober

Als sich der Erste Weltkrieg vier Jahrzehnte später näherte, war das Proletariat noch internationaler geworden. Der russische Marxist W.I. Lenin entwickelte eine systematische Erklärung dafür, dass der Kapitalismus seine höchste Stufe erreicht hatte: den Imperialismus, der durch den Export von Finanzkapital und die Unterwerfung ausländischer Märkte durch Waffengewalt gekennzeichnet ist. Der immer gewalttätige und unterdrückerische Kapitalismus war einmal eine Kraft für die wirtschaftliche, technologische und kulturelle Entwicklung gewesen. Nun war er zu einem reaktionären Hindernis für den Fortschritt des Menschen geworden, indem er ganze Kontinente in der Unterwerfung hielt und gleichzeitig die Welt zwischen den imperialistischen Mächten aufteilte und

neuaufteilte. Lenin nannte diese Epoche des imperialistischen Verfalls eine „Ära der Kriege und Revolutionen“.

Bei der Entwicklung seiner Imperialismustheorie argumentierte er:

„Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt... zieht sie [die immigrierenden Arbeiter] gewaltsam in seinen Kreislauf hinein... stellt sie der mächtigen, vereinigten, internationalen Klasse der Industriellen von Angesicht zu Angesicht gegenüber.“

Es besteht kein Zweifel, dass nur äußerstes Elend die Menschen veranlasst, die Heimat zu verlassen, und dass die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten.“

- „Kapitalismus und Arbeiterimmigration“, 29. Oktober 1913, in LW Bd. 19, S. 447)

Er verstand, dass die Verteidigung und Unterstützung von Einwanderern entscheidend ist, um Einheit zu schaffen und Bindungen zwischen Arbeitern verschiedener Länder zu schmieden. Als der Erste Weltkrieg 1914 ausbrach, wurden die Arbeiterklassen verschiedener Länder gegeneinandergestellt, um als Kanonenfutter für die Imperialisten verwendet zu werden. Während die Sozialdemokraten im Parlament in vielen europäischen Ländern für Kriegskredite gestimmt haben, setzten Lenins Bolschewiki und ihre Anhänger das Programm des Internationalismus - Marx' „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ - in die Praxis um.

An den wenigen Orten, an denen Revolutionäre die parlamentarische Tribüne benutzen konnten, bedeutete dies, gegen die Kredite für den imperialistischen Krieg zu stimmen, wie es Karl Liebknecht, der in der sozialistischen Weltbewegung als revolutionärer Antimilitarist berühmt geworden war, in Deutschland tat. Darauf beharrte, dass „der Hauptfeind im eigenen Land steht“, wurde Liebknecht wegen seines Aufrufs „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ zuerst eingezogen und dann eingesperrt. Lenins Bolschewiki forderten Arbeiter in allen imperialistischen Ländern auf, „revolutionären Defätismus“ gegen „ihre eigenen“ imperialistischen herrschenden Klassen zu praktizieren. Sie agitierten dafür, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln und forderten die arbeitenden Massen Europas auf, Krieg gegen ihre Ausbeuter zu führen, nicht gegen einander.

Die jahrhundertalte zaristische Monarchie fiel im März 1917 (Februar nach altem russischen Kalender) und beendete eine heruntergekommene Institution, die Russland an die Rückständigkeit gekettet hatte. Sie wurde durch eine Provisorische Regierung ersetzt, die versuchte, die bürgerliche Herrschaft zu festigen. Diese war eine Koalition der Klassenkollaboration, die von menschenwristischen Sozialdemokraten, populistischen „Sozialrevolutionären“ und einer Handvoll Liberalen gebildet wurde, deren Rolle darin bestand, die Heiligkeit des Privateigentums zu verkörpern.

Aber die Schwäche der russischen Bourgeoisie und ihre Verbindungen zu den Grundbesitzern und imperialistischen Investoren, die mit den durch den Krieg verursachten Zerstörungen verbunden waren, machten Russland zum „schwächsten Glied“ in der Kette des Weltkapitalismus. Die Lehren der Pariser Kommune übernehmend forderten Lenin und Trotzki „Alle Macht den Sowjets“. Das waren die Arbeiterräte, die



„Die Toten der Pariser Kommune sind unter dem roten Sowjetbanner wiederauferstanden.“ Poster (1920) von Wladimir Koslinski, Teil der Avantgarde-Kunstbewegung, die in den frühen Jahren der Sowjetunion aufblühte

reich, die deutsche Vereinigung zu verhindern. Als er von den Preußen gefangen genommen wurde, gründete die französische Bourgeoisie die Regierung der nationalen Verteidigung. Von Dezember 1870 bis Januar 1871 wurde Paris von den Preußen belagert, die zu diesem Zeitpunkt einen Eroberungskrieg führten. Die Belagerung verursachte unter den arbeitenden Massen von Paris verbreitete Hungersnot und Wut über den Umgang der Regierung mit dem Krieg. Da ein großer Teil der französischen Armee entweder besiegt oder gefangen genommen wurde, war die Organisation, die Paris verteidigte, die Nationalgarde, die von der Armee unabhängig war und hauptsächlich aus Männern der Arbeiterklasse bestand, die ihre eigenen Waffen zur Verfügung stellten.

Am 18. März 1871, als sich die reguläre Armee aus Paris zurückzog, das sie Bismarck übergeben hätte, übernahm ein neu gebildetes Zentralkomitee von Delegierten der Nationalgarde die Macht und ordnete Wahlen an. Die Pariser Kommune wurde am 28. März 1871 formell erklärt, wobei Mitglieder des Gemeinderates jederzeit abberufen werden konnten und nicht mehr als einen Arbeiterlohn erhielten.

Dies war ein Beispiel für die Arbeiterdemokratie. Der Gemeinderat gewährte allen Pariser Bürgern das volle Bürgerrecht, unabhängig von ihrer nationalen Herkunft. Er schaffte das stehende Heer ab, erlaubte Mitgliedern der Nationalgarde, ihre eigenen Offi-

nach dem Sturz des Zarismus entstanden und zu mächtigen Institutionen der Arbeiterdemokratie wurden, nachdem die Bolschewiki zu deren Führung gewählt wurden. Unter der Leitung von Lenin und Trotzki übernahm am 7. November 1917 (25. Oktober nach dem alten Kalender) die Arbeiterklasse Russlands, unterstützt von den kriegsmüden, landhungrigen Bauern, die Macht in einer welterschütternden sozialistischen Revolution. Damit wurde der erste Arbeiterstaat der Welt geschaffen.

Unter der Führung der Bolschewiki verankerte die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik² volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten fest in ihrer Verfassung:

„Artikel 20. Ausgehend von der Solidarität der Werktätigen aller Nationen, gewährt die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik den Ausländern, die auf dem Territorium der Russischen Republik wohnen und einer Beschäftigung nachgehen, die zur Arbeiterklasse oder zu der keine fremde Arbeit ausnutzenden Bauernschaft gehören, alle politischen Rechte der russischen Bürger und ermächtigt die örtlichen Sowjets, solchen Auslän-

² Die RSFSR von 1917 war Vorgänger und Bestandteil der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), die im Jahr 1922 gegründet wurde.

dern ohne jegliche erschwerende Formalitäten die Rechte der russischen Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Artikel 21. Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik gewährt allen Ausländern, die wegen politischer oder religiöser Vergehen verfolgt werden, das Asylrecht.

Artikel 22. Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik erkennt den Bürgern, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Rasse und Nationalität, die gleichen Rechte zu und erklärt, daß eine aus Rasse oder Nationalität abgeleitete Festlegung oder Zulassung irgendwelcher Privilegien oder Vorrechte sowie jegliche Unterdrückung nationaler Minderheiten oder Beschränkung ihrer Gleichberechtigung im Widerspruch zu den Grundgesetzen der Republik stehen.“ – Verfassungen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (1918)

Die Bolschewiki machten sich auch daran, ihren internationalen Aufruf zur Beendigung des imperialistischen Weltkriegs durch Arbeiterrevolution in die Tat umzusetzen. Sie veröffentlichten die Geheimverträge zwischen Russland, Großbritannien und Frankreich, und enthüllten die verbrecherischen Pläne der Imperialisten, den Nahen Osten zu zerstückeln, sowie unterdrückte und

kolonisierte Völker neu untereinander aufzuteilen, während sie so taten, als handle es sich um einen Krieg für „Demokratie“. Die Bolschewiki riefen die Arbeiterklassen der kriegführenden Länder dazu auf, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln, um alle nationalen Bourgeoisien zu stürzen, und gründete 1919 die Kommunistische Internationale (Komintern) auf dem Programm der Weltrevolution.

Es gab zwar Aufstände von Arbeitern und Unterdrückten in vielen Ländern, aber der Aufbau echter revolutionärer Parteien nach dem bolschewistischen Modell hatte gerade erst begonnen. In Deutschland wurden Liebknecht, Rosa Luxemburg und andere Revolutionäre auf Geheiß der Sozialdemokraten ermordet, die nach Kriegsende die Macht vom Kaiser übernahmen. Gleichzeitig wurde Sowjetrussland von Streitkräften aus 14 Ländern überfallen und belagert, die den zaristischen/bürgerlichen Kräften bei ihrem Versuch halfen, die junge Arbeiterrepublik zu erwürgen. Die russischen Arbeiter und Bauern, zum Schutz der Revolution in Trotzki's Roter Armee organisiert, gewannen schließlich den Bürgerkrieg (1918-20), jedoch zu einem schrecklichen Preis an verlorenen Leben und extremer Verwüstung.

Viele der erfahrensten und politisch

bewusstesten Mitglieder der Arbeiterklasse waren bei der Verteidigung der Revolution gestorben. Russlands wirtschaftliche Rückständigkeit und Armut, die sich durch vier Jahre Weltkrieg dramatisch verschlechtert hatte, wurden durch die Verwüstungen, die durch Bürgerkrieg, imperialistische Invasion und Einkreisung verursacht wurden, noch verschärft. Diese Isolation und akute Not bildete die Grundlage für die Konsolidierung einer von Josef Stalin geleiteten konservativen bürokratischen Kaste. Diese nationalistische Bürokratie riss die politische Macht an sich in der, wie Trotzki es nannte, „politischen Konterrevolution“ von 1923/24. In der Absicht ihre Privilegien, in dem nun bürokratisch-degenerierten Arbeiterstaat, aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, gingen die Stalinisten daran, die Linke Opposition, die von Trotzki und seinen Gleichgesinnten gegründet wurde, zu zerschlagen (und später zu ermorden).

Stalin proklamierte das nationalistische, anti-revolutionäre Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“, das die Illusion einer „friedlichen Koexistenz“ mit den Imperialisten anstrebte – ein Verrat am Programm der Weltrevolution – und löste die Komintern schließlich gänzlich auf. Für eine Verteidigung der UdSSR

und der Errungenschaften der Oktoberrevolution wäre die Wiederherstellung der Sowjetdemokratie und Lenins internationalistischen Programms von Lenin durch die proletarisch-politische Revolution gegen die Bürokratie essentiell nötig gewesen.

Wie Trotzki jedoch gewarnt hatte, ebnete der Stalinismus der kapitalistischen Konterrevolution den Weg. Die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 entfesselte eine Flut von nationalistischem Blutvergießen und Angriffen auf Arbeiter, Frauen und unterdrückte Völker in einem Land nach dem anderen. Die verletzlichsten Teile der Arbeiterklasse – wie Einwanderer – finden sich mehr und mehr im Fadenkreuz des Kapitalismus wieder.

Das internationalistische Programm, dessen rotes Banner auf den Pariser Barrikaden von 1871 erhoben wurde und das 1917 das Proletariat in Russland an die Macht brachte, ist das Programm, für das wir heute kämpfen. Angesichts der zunehmenden Angriffe auf Immigranten in den Vereinigten Staaten und in Europa, müssen die Lehren aus der Pariser Kommune und der Oktoberrevolution gezogen werden, denn nur sozialistische Revolution bietet eine Hoffnung zur Befreiung von Einwanderern und allen Unterdrückten. Das ist unsere historische Aufgabe. ■

Brasilien: Für Klassenkampf gegen Wahlbetrug...

fortgesetzt von Seite 20



Bolsonaro visiert sein Ziel an, hier auf der Internationalen Messe für Verteidigung und Sicherheit, Rio de Janeiro, April 2017. Während des Wahlkampfes drohte der ehemalige Hauptmann mit „wir werden die PTler erschießen“. Ein „Witz“, entschied das Wahlgericht...

terdrückten zu machtvollen Klassenkampfaktionen zu mobilisieren.

Der Wahlausgang war nicht überraschend. Am 28. Oktober fand die zweite und entscheidende Runde der Präsidentschaftswahlen statt, die Bolsonaro mit 55,1% der Stimmen gewann. Nachfolgend übersetzen wir das Statement der LQB zur zweiten Runde, abgedruckt in *Vanguarda Operária* Nr. 14, Oktober/November 2018.

* * * * *

Zur zweiten Runde der Wahlen besteht die dringende Aufgabe, vor der klassenbewusste Arbeiter und Revolutionäre stehen, weiterhin darin, machtvolle Arbeiteraktionen gegen den Wahlbetrug, die militaristische Gefahr und die Angriffe der gesamten Bourgeoisie auf die Ausgebeuteten und Unterdrückten in Bewegung zu setzen. Aufrufe zur Bildung einer „demokratischen Front“ und zur Stimmabgabe für Fernando Haddad von der Arbeiterpartei (PT – Partido dos Trabalhadores), den Kandidaten der bürgerlichen Volksfront, dienen nur dazu, die notwendige proletarische, revolutionäre Antwort auf die Gefahr zu untergraben, die von Jair Bolsonaro und seinen Unterstützern ausgeht, die eine militaristische Lösung

für die brasilianische Krise durchsetzen wollen.

Kaum endete der erste Wahlgang, der die starke Zustimmung für den rechtsextremen Kongressabgeordneten zeigte, der für die Präsidentschaft kandidierte, überkam eine allgemeine Panik die Reihen der Linken in all ihren Varianten. Der ehemalige Fallschirmjäger-Hauptmann, ein Verteidiger der Folter und der Militärdiktatur, der seine Homophobie, seinen Machismus und seine Vorurteile gegen indigene Völker und Schwarze nicht vor der Wählerschaft verbarg, erhielt 46% der Stimmen. Der PT-Kandidat Haddad erhielt nur 29%. In Ablehnung beider bürgerlichen Kandidaturen rufen wir dazu auf, im zweiten Wahlgang einen leeren Stimmzettel abzugeben.

Bolsonaros Wahlkreisleiter tragen grün/gelbe Hemden in den Farben der brasilianischen Flagge und der Fußballnationalmannschaft als Uniform und erinnern mit diesen an die Schwarzhemden des italienischen Faschisten Benito Mussolini und die Braunhemden von Hitlers Nazis. Der fremdenfeindliche und rassistische Nationalismus des Kandidaten der „bancada da bala“ („Patronen-Fraktion“ von Mi-

litär- und Polizeiangehörigen im brasilianischen Kongress) und seines als Vizepräsident kandidierenden Kollegen General Hamilton Mourão hat bereits zu tödlicher Gewalt geführt. Am Tag der Abstimmung im ersten Wahlgang wurde Mestre Moa de Katendê (Romualdo Rosário da Costa) in der Stadt Salvador, Bahia, ermordet. Mestre Moa, der Gründer der Karnevalsgruppe Afoxé Badauê, einer der größten Capoeira-Meister Brasiliens, wurde von einem Anhänger des militaristischen Kandidaten mit 12 Messerstichen getötet, weil er Bolsonaro kritisiert und Haddad verteidigt hatte.

Und die Angriffe gehen weiter. Die Agência Pública (vom 10. Oktober) zählte in den ersten zehn Tagen des Monats Oktober mindestens 50 Fälle von tätlichen Angriffen durch Bolsonaro-Anhänger. Und die Gefahr beschränkt sich auch nicht auf die persönliche Sicherheit. Eine groß angelegte militärische Intervention im Lande ist im Gange. Am Vorabend der ersten Runde der Abstimmung kamen gezählte 94 gepanzerte Kampffahrzeuge im Hafen von Paranaguá an, die vom Pentagon der USA gespendet (!) wurden (infodefesa.com, 5. Oktober). Was ist ihr Zweck?, Venezuela anzugreifen?, die Verteidigung der „Republik Curitiba“ (Sitz des Untersuchungsgerichts zu „Lava Jato“)? Auf jeden Fall können wir sicher sein, dass sie zur internen Repression eingesetzt werden. Eine frühere Lieferung im Jahr 2015 beinhaltete 50 gepanzerte Mannschaftswagen vom Typ M113, von denen mehrere bei einem Angriff des Militärs auf den Complexo do Salgueiro des Bezirks São Gonçalo im Bundesstaat Rio de Janeiro eingesetzt wurden.

Die Realität ist, dass wir Zeugen einer internationalen Militarisierungswelle sind. Um diesem Angriff zu begegnen und ihn zunichte zu machen, ist es notwendig, eine überlegene Kraft zu mobilisieren: die der internationalen Arbeiterklasse. Die Arbeiter sind die eigentlichen Ziele dieses kapitalistischen Angriffs, wie es auch bei der Amtsenthebung von Präsident Dilma Rousseff der Fall war. Der grundlegende Fokus der politischen Ereignisse der letzten Jahre besteht darin, mit Gewalt die marktwirtschaftlichen „Reformen“ durchzusetzen, die die Bovespa (Börse von São Paulo) und die imperialistischen Banker fordern. Zu behaupten, dass man dem standhalten kann, indem man sich Teilen der „Centrao“ (dem rechtsgerichteten Block, der das Land anderthalb Jahrzehnte lang nach 1988 beherrschte) anpasst und

für einen immer noch gemäßigeren PT-Kandidaten stimmt, ist eine gefährliche Illusion.

Haddad führt ein „Volksfront“-Bündnis an, wie es zuvor mit Luiz Inácio Lula da Silva und Dilma Rousseff der Fall war: eine Koalition der Klassenszusammenarbeit, welche Arbeiter, die Linke, Schwarze, Indigene, Frauen, Schwule, Lesben und Transgender, sowie alle Unterdrückten an einen Teil der herrschenden Klasse kettet. Ziel dieser doppelköpfigen Front (Frente Brasil Popular und Frente do Povo Sem Medo [Front des Volks ohne Angst]) ist es, eine Radikalisierung der Opposition gegen den kapitalistischen Angriff zu verhindern und die berechtigte Angst, die durch den Vormarsch der militarisierten Rechtsextremen verursacht wurde, in Wahlkanäle umzuleiten, die sich bereits in der ersten Runde als Sackgasse erwiesen haben.

Ein Sieg von Haddad an der Wahlurne? Sicherlich summieren sich die Zahlen der leeren Stimmzettel und Enthaltungen zu Millionen. Aber nachdem sie sich all die Mühe gemacht haben, den PT-Präsidenten aus dem Palácio do Planalto (Präsidentenpalast) zu verdrängen und dafür zu sorgen, dass der historische Führer der PT 2018 nicht kandidiert, denkt ihr, dass die Herren dieses Landes es zulassen würden, erneut einen PT-Kandidaten die Präsidentschaft gewinnen zu lassen? Der einzige Weg, die Bedrohung durch einen bonapartistischen „starken Staat“, der sich auf den Repressionsapparat

(Militär, Polizei und Justiz) stützt, zu bekämpfen und zu besiegen, liegt in hartem Klassenkampf.

Schlüsselsektoren der Bourgeoisie sind darauf aus, die Arbeiterpartei zu zerschlagen, gerade weil sie eine reformistische Arbeiterpartei ist, egal wie rechtsgerichtet, verräterisch und klassenkollaborativ. Jedoch will die Führung dieser Partei ihren Klasseninhalt ebenso aufgeben. Haddad ist der Kandidat der bürgerlichen Volksfront, wie er jeden Tag bestätigt. In seiner Fernsehpräsentation (vom 12. Oktober) sagte er, seine Kampagne „ist nicht die einer Partei, sie ist die eines jeden, der das Land verändern will“.

Und dieses „jeder“ umfasst eine ganze Reihe von bürgerlichen Kreisen und Politikern, die gestern noch als „Putschisten“ angeprangert wurden. Bereits vor der ersten Runde beschwor Haddad die (mainstreamkonservativen) PSDB um Unterstützung für seine Kandidatur in der zweiten Runde auf Basis einer „republikanischen Agenda“. Nach der Abstimmung am 7. Oktober ließ er den Vorschlag für eine verfassungsgebende Versammlung fallen. Er spricht nicht mehr davon, die arbeiterfeindlichen „Reformen“ des (nie gewählten) „Präsidenten“ Temer zu widerrufen. Im Falle einer Wahl würde er die Rechte der Arbeiter angreifen, ebenso wie Lula und Dilma es taten.

Heute ruft die in Panik verfallene brasilianische Linke fast unisono dazu auf, für Haddad zu stimmen. Neben PCdoB und PCB rufen die PSOL in



Die Militarisierung ist in vollem Gange: 94 vom US-Kriegsministerium gestiftete gepanzerte Kampffahrzeuge kamen Anfang Oktober im Hafen von Paranaguá an. Im April erhielt die brasilianische Armee weitere 52 Panzer, die von den USA gespendet wurden. Für welchen Zweck?

Brasilien: Die Gefahr des Bonapartismus

ihrer Gesamtheit (Unidade Socialista, Resistência, INurgência, MES, CST, LSR, EM, etc.), mehrere trotzkoiden Gruppen und sogar die „coxinha-Linken“ der PSTU (die gemeinsame Sache mit der Rechten in der Schlacht um die Amtsenthebung gemacht hatten) dazu auf, in der zweiten Runde für die PT zu stimmen.

Besonders hervorzuheben ist die Movimento Revolucionário de Trabalhadores (MRT – Revolutionäre Bewegung der Arbeiter, in Deutschland RIO), die zuvor darauf beharrte, dass sie niemals für die PT gestimmt hat, die aber jetzt „kritisch für Haddad“ stimmte („Erklärung der MRT“, 10. Oktober). Noch aufschlussreicher ist die von diesen Zentristen vorgetragene Rechtfertigung: Sie sagen, dass „wir mit der Abstimmung für den PT-Kandidaten den Hass und den Willen, gegen Bolsonaro zu kämpfen, begleiten“. Das ist reines Nachtraben. Sie behaupten sogar, dass sie „keine politische Unterstützung für die Politik der PT“ geben, während sie gleichzeitig die PT selbst und die von ihr geführte Volksfront politisch unterstützen. Dies zeigt, dass im Ernstfall das ganze Gerede von Klassenunabhängigkeit, das diese Pseudotrotzkisten von sich geben, in Rauch aufgeht.

Das ist kein Einzelfall. Als die Messerattacke auf Bolsonaro stattfand, erklärte der Hauptkandidat der MRT nach wenigen Minuten: „Wir lehnen den Angriff auf den Kandidaten Bolsonaro ab“, weil wir trotz politischer Differenzen „gegen atentados [Attentate oder versuchte Attentate] als Methode des politischen Kampfes sind“. Obwohl sie in den folgenden Tagen einen langen Artikel veröffentlichten, in dem sie Trotzki über den Terrorismus zitierten, schloss sich die MRT mit dieser Ablehnung dem Rest der linken Kandidaten an und versprachen dem bürgerlichen Staat so ihren Gehorsam.

Revolutionäre Trotzkisten sind gegen Gewalt innerhalb der Linken, und wir unterstützen die Methode der Atentados nicht, unter anderem deshalb, weil sie keine Antwort ist auf die brutale Unterdrückung, die vom gesamten Ausbeutungssystem ausgeübt wird, und außerdem ist sie oft kontraproduktiv, wie in diesem Fall; aber wir geben diesem Verbrecher (Bolsonaro) keine Solidarität, noch preisen wir die bürgerliche „Demokratie“, die Millionen zur Armut verurteilt, durchgesetzt mit den Waffen im Anschlag von Polizei und Militär.

Auch wenn die MRT, wie andere opportunistische Gruppen, davon spricht, „Selbstverteidigungskomitees“ zu organisieren, um „sich mit dem Vormarsch des Autoritarismus und der extremen Rechten zu befassen“, weist dies doch nicht auf deren Klassencharakter hin: Sie könnten der Kern von Komitees der Volksfront sein, die verschiedene politische Kräfte einschließlich bürgerlicher Kräfte zusammenführen. Revolutionäre Trotzkisten fordern dagegen die Bildung von Selbstverteidigungsgruppen der Arbeiter, die auf Massenorganisationen von Werktätigen, vor allem den Gewerkschaften, basieren.

Die Geschichte lehrt, dass man bonapartistische oder gar faschistische Kräfte nicht besiegen kann, indem man Allianzen mit vermeintlich „demokratischen“ Teilen der Bourgeoisie schließt. Die Erfahrungen aus dem spanischen Bürgerkrieg der 1930er-Jahre bis zur Unidad Popular von Salvador Allende in Chile Anfang der 1970er-Jahre liefern mehr als genug Beweise dafür, dass die Volksfront auf die eine oder andere Weise zu einer Niederlage führt. Die dringende Aufgabe bei der Verteidigung der Unterdrückten besteht darin, mit der Bourgeoisie zu brechen, Organe der Arbeitermacht zu formieren und den Kern einer revolutionären – leninistischen und trotzkistischen – Arbeiterpartei aufzubauen.

– Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, 14. Oktober 2018 ■

Frühjahr 2019



Die Polizei dringt in die Favela Maré ein, die nördlich von Rio de Janeiro liegt, 27. März 2014

Nachfolgend übersetzen wir das dritte Kapitel der ausführlichen Analyse über die Situation Brasiliens zum Zeitpunkt der Wahlen im Herbst 2018 von der Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, erschienen in Vanguarda Operária Nr. 14 (Oktober/November 2018).

Mittlerweile erleben wir ein spürbares Wachstum des Einflusses und der Kontrolle bewaffneter Institutionen auf allen Ebenen der Gesellschaft. Sie hat bereits die öffentliche Bildung erreicht, wo wir einen dramatischen Anstieg der Zahl der vom Militär betriebenen Schulen beobachten können. Keine Militärakademien, sondern „normale“ öffentliche Schulen, die von Militärpolizisten mit militärischer Disziplin verwaltet werden. In diesen Schulen sind die Eltern verpflichtet, 75 Dollar für Uniformen zu zahlen, die Schüler sind in Kolonnen organisiert und die Schüllerräte wurden abgeschafft. Im Bundesstaat Goiás ist die Zahl der Schulen unter Militärpolizeiverwaltung in den letzten fünf Jahren von acht auf 46 gestiegen; es gibt 122 in der gesamten Republik, so ein Bericht in der Zeitschrift *Época* (23. Juli). Die Begründung der Landesregierung hierfür lautet, dass es sich um eine „Maßnahme zur Bekämpfung der hohen Gewalttaten in den Periferias [Außenbezirke der Städte, d.h. Slums] handelt“. Ein Sprecher der Union der Beschäftigten im Bildungswesen von Goiás kommentierte dies so: „Ein uniformierter Polizist in einer Schule mit einer Waffe an seiner Taille ist Nötigung.“ Aber der Gewerkschaft ist es verboten, auch nur die Schulen, die von der Militärpolizei betrieben werden, zu betreten.

Die Militarisierung der Straßen ist in Rio de Janeiro bereits in vollem Gange. Im Februar verfügte der nicht gewählte Präsident Michel Temer eine militärische Intervention im Bundesstaat Rio und behauptete, dass „extreme Maßnahmen erforderlich seien, um die Dinge in Ordnung zu bringen“. Die Rechtfertigung dafür waren „Störungen“, die während des Karnevals auftraten. Aber die bemerkenswertesten Vorfälle waren die polizeilichen Rasterfahndungen und der politische Inhalt der Sambas, die der Regierung Temer sehr kritisch gegenüberstanden. Angeblich zur Bekämpfung von „Gewalt“ gedacht, hat die militärische Übernahme tatsächlich zu einer Eskalation der Morde durch die Polizei geführt. So hat das Legislative Beobachtungszentrum für das Eingreifen der Bundesregierung in die öffentliche Sicherheit von Rio de Janeiro festgestellt, dass die Zahl der Todesfälle aufgrund von Polizeieinsätzen von 80 pro Monat im Jahr 2017 auf 895 Todesopfer in den ersten acht Monaten dieses Jahres

oder durchschnittlich 112 pro Monat gestiegen ist. Von diesen Todesfällen ereigneten sich 105 in Massakern bei Zusammenstößen mit der Polizei, insbesondere in Favelas wie Lins und Rocinha, so das Datenlabor Fogo Cruzado [Kreuzfeuer] (G1, 20. August). Wie immer war die überwältigende Mehrheit der Opfer schwarz und arm.

Kurz gesagt, um Gewalt zu bekämpfen, wäre der erste Schritt die Vertreibung der Militärpolizei und der Soldaten aus den Favelas und Moros (Hügelgebieten) von Rio und aus den Außenbezirken aller Metropolregionen des Landes. Wo sind also die Massendemonstrationen, die „Militärpolizei raus aus den Favelas, Armee und Marine raus aus Rio“ fordern? Es gibt keine. Stattdessen konzentriert die Linke ihre Aktivitäten auf diese gefälschten Wahlen, die von der Justiz manipuliert und vom Militär beaufsichtigt werden. Insbesondere gab es ein Crescendo von Forderungen nach einer „nützlichen Abstimmung“, d.h. einem Votum der Angst, zugunsten der PT-Wahlliste von Fernando Haddad als Präsident und Manuela D'Ávila von der PCdoB¹ als Vizepräsidentin, um einen Bolsonaro-Sieg zu verhindern. In einem möglichen zweiten Wahlgang können wir sicher sein, dass praktisch die gesamte Linke für die PT-Wahlliste stimmen wird, was die Kontinuität der Volksfront wäre, die das Land von 2003 bis 2016 regierte. Aber die Militarisierung begann nicht mit Bolsonaro, oder mit Temer oder dem angeblichen „Putsch“ der Amtsenthebung. Das bundesstaatliche Interventionsdekret in Rio ist neu, das erste unter der Verfassung von 1988, aber ihm gingen zahlreiche militärische Interventionen in Staaten voraus, die von Lula und Dilma ab 2006 angeordnet wurden.

Vergessen wir nicht die brutale Besetzung von Rio de Janeiro während der Weltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016, als das Militär – entsandt von Dilma – die Favelas von Rio terrorisierte. Oder dass die Unterdrückung der explosiven Proteste von 2013 auch die Arbeit der PT-Regierung war, in Absprache mit der PSDB-Staatsregierung in São Paulo. Tatsächlich ist die Zahl der Todesfälle durch die Polizei in Rio von 416 2013 auf über 1 000 im Jahr 2017 ständig gestiegen (UOL, 9. März und 18. Dezember 2017). Die Eskalation in diesem Jahr ist nur das jüngste Kapitel in diesem Blutbad. Wir erinnern uns auch daran, dass die Força Nacional de Segurança (FNS), die mobilisiert wurde, um die Proteste der Ölarbeiter gegen die Versteigerung

¹ Die gründlich sozialdemokratisierte Kommunistische Partei Brasiliens, die seit Jahren als linker Satellit der PT fungiert.

von Pre-Salt-Ölfeldern zu zerschlagen, von Lula im Jahr 2004 gegründet wurde. Die Realität ist, dass es für den Kampf gegen diese Schlächtereien notwendig ist, die Selbstverteidigung der Arbeiter und Bauern zu organisieren, wie wir zum Zeitpunkt des Massakers in der Baixada Fluminense vor der Stadt Rio de Janeiro im April 2005 gefordert haben.² Während der massiven Straßendemonstrationen in den Jahren 2013, 2014 und 2016 kämpften die Liga Quarta-Internacionalista und das Comitê de Luta Classista (Klassenkampfkomitee, Gewerkschaftstendenz der LQB) dafür, die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, und gewann die Lehrgewerkschaft von Rio de Janeiro (SEPE-RJ) dafür, folgenden Antrag anzunehmen:

- Mobilisiert die Arbeiterklasse und ihre Macht, insbesondere die Gewerkschaften, zur Verteidigung gegen Polizeiangriffe!
 - Bildet auf den Gewerkschaften basierende Arbeiterverteidigungsausschüsse, um Proteste und die Favelas zu schützen!
 - Reißt die Mauern aus Stahl um Maré herum nieder!
 - Verjagt die proimperialistischen Besatzungstruppen aus Haiti, den Favelas und den sozialen Bewegungen!
 - Brasilien: Nein zur Weltmeisterschaft der Repression!“
- *The Internationalist* Nr. 37, Mai/Juni 2014

Faschismus: Was er ist und wie man ihn bekämpft

Eine solche Klassenmobilisierung erfordert einen politischen Kampf nicht nur gegen die faschistische und militaristische Rechte, sondern auch gegen die Volksfront-Linke, die seit 13 Jahren die Angelegenheiten der Bourgeoisie führt. Während die LQB seit den 90er-Jahren zu einem „Votulo“ (leere Stimmabgabe) und einem politischen Kampf gegen die Volksfront aufrief, erlag die überwältigende Mehrheit der Linken dem Druck dieser klassenkollaborierenden Front und forderte, in der zweiten, entscheidenden Wahlrunde für die PT zu stimmen, während ein großer Teil der Linken die Polizei bei den „Streiks“ von Militärpolizei und Militärfeuerwehr unterstützte. Marcelo Freixo von der PSOL (Partei des Sozialismus und der Freiheit), der nun die Wahlliste seiner Partei für die Bundesabgeordnetenkammer führt, forderte sogar

² Siehe „Massaker in der Baixada Fluminense: Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse!“ (auf Portugiesisch), *Vanguarda Operária Bulletin*, April 2005. Siehe auch „Lulas Brasilien: Land der Massaker“ und „Wie die opportunistische Linke die kapitalistische Polizei umarmte“, in *The Internationalist* Nr. 22, September/Oktober 2005.

mehr UPPs (Polizei Pazifikations-Einheiten) in den Favelas.

Während sich das Wahlkampffrennen zuspitzt, hören wir Aufrufe zur Abstimmung „gegen die Faschisten und den Putsch“. Viele identifizieren Bolsonaro mit dem Faschismus: Haddad vergleicht den Ex-Hauptmann Bolsonaro mit dem Ex-Gefreiten Hitler. Sie verwenden die stalinistische/liberale Definition des Faschismus als eine beliebige, ausgesprochen repressive Regierung oder Bewegung. So sind Linke wie *Diário Causa Operária* (3. Oktober) der Meinung, dass der PSDB-Kandidat für den Gouverneursposten von São Paulo, João Doria, „noch faschistischer als Bolsonaro“ wäre, weil er sagt, dass er die Polizei anweisen würde, zu schießen um zu töten. Diesem Kriterium zufolge wird der Putschführer General Pinochet in Chile als faschistisch bezeichnet, während das Pinochet-Regime in Wirklichkeit eine Militärdiktatur war (natürlich unterstützt von den echten Faschisten wie Patria y Libertad). Der Faschismus ist keine Idee, sondern eine Bewegung wütender Massen, insbesondere ruiniertes Kleinbürger, die vom Großkapital benutzt wird, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Wie der bolschewistische Revolutionär Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der Oktoberrevolution und der Begründer der Roten Armee, es definierte:

„Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die ‚normalen‘ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat.“

– Trotzki, *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats* (1932)

Es geht nicht nur um Definitionen. Hinter dem Gerede von einer vermeintlichen faschistischen Gefahr, die durch Bolsonaro repräsentiert werde, steht ein Programm, ebenfalls stalinistischen/liberalen Ursprungs: eine „antifaschistische“ oder „demokratische“ Front mit Teilen der Bourgeoisie zu bilden. In einigen Fällen geschieht dies in Form eines Aufrufs zur Abstimmung für Haddad von der PT, d.h. für die Volksfront, bereits im ersten Wahlgang. In anderen Fällen ist es der Ruf nach einer viel „breiteren“ Front. In einem dieser Appelle heißt es: „#EleNÃO [er nicht] sollte eine Mega-Front sein.“ Der Kandidat dieser Front wäre Haddad, sagen sie. „Der Kandidat gehört zur gemäßigten Linken, die Front wäre noch gemäßigter“ („Ohne eine breite demokratische Front wird es schwieriger sein, Bolsonaro und den Putsch in der zweiten Runde zu besiegen“, *The Intercept Brazil*, 2. Oktober). Sie wollen einen Riegel verschieben, um eine Radikalisierung der Linken zu verhindern. Damit würden sie der wirklichen bonapartistischen Gefahr eines militärisch-polizeilich-justiziellen Regimes helfen, das versucht, den Kampf der Arbeiter und Unterdrückten zu unterdrücken. Wie wir bereits gesagt haben, ist die Volksfront kein Hindernis für die Militaristen, und sie werden nicht an den Wahlen bezwungen werden.

Wie Trotzki im *Übergangsprogramm* (1938) schrieb: „Die ‚Volksfronten‘ auf der einen, der Faschismus auf der anderen Seite, dies sind die letzten politischen Reserven des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution.“ Der Zweck dieses Programms der Vierten Internationale war es, den Arbeitern im Verlauf ihrer Kämpfe zu helfen, eine „Brücke zu finden zwi-

schen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Diese Brücke muss in einem System von Übergangsforderungen bestehen, die ausgehen von den augenblicklichen Voraussetzungen und dem heutigen Bewusstsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unabänderlich zu ein und demselben Schluss führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.“ Dies erfordert einen harten Kampf, um die prokapitalistische Bürokratie aller Gewerkschaftsföderationen hinauszuerwerfen: Rechte wie Força Sindical, die semi-korporatistische UGT, die PT-geführte CUT, aber auch die Intersindical und Conlutas. In diesem Sinne fordern die LQB und das CLC heute, bei diesen gefälschten Wah-

len einen leeren Stimmzettel abzugeben und auf die Straße zu gehen, um machtvolle Arbeiteraktionen gegen Wahlbetrug und die bonapartistische Gefahr zu organisieren:

- Für einen nationalen Bildungstreik mit der Forderung: Militär von der Schule!
- Besetzt die Raffinerien, um Arbeiterkontrolle über Petrobras durchzusetzen!
- Für die Mobilisierung der Arbeiter für die Forderung: Militärpolizei raus aus den Favelas, Soldaten raus aus Rio!
- Bereitet einen Generalstreik vor, um die Arbeitsmarkt, „reform“ rückgängig zu machen und die Renten, „reform“ zu verhindern!

Das Gespenst eines vollständig bonapartistischen Regimes hat sich noch nicht materialisiert. Vielleicht könnte es „durch sukzessive Annäherungen“ zustande kommen, wie General Mourão in seiner Rede vor der Freimaurerloge Grande Oriente do Brasil vorgeschlagen hat. Wer vorzeitig „Putsch“ schreit, läuft Gefahr, es nicht zu erkennen, wenn die Gefahr wirklich da ist. Aber die Möglichkeit besteht im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftskrise, die zehn Jahre gedauert hat, mit endloser Massenarbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung in Zeit- und Teilzeitarbeitsplätzen, Rückgang der Löhne der Arbeiter, Bankrott großer Teile der Kleinbourgeoisie, Explosion von Schulden etc. In Abwesenheit einer revolutionären Führung

schaft diese Krise die soziale Grundlage für rassistische und faschistische Bewegungen, Rechtspopulismus, Immigranteneindringlichkeit und den Ruf nach einem „starken Staat“ der Militärpolizei, um mit eiserner Faust jene Sektoren, die gegen die katastrophale Herrschaft des Kapitals kämpfen, zu vernichten.

Der Vormarsch militaristischer und ultra-rechter Kräfte geht Hand in Hand mit Angriffen auf die Rechte der Arbeiter. Es ist ein internationales Phänomen, vom nahen Argentinien, wo Herrscher die imperialistischen Banker bezahlen, während sie mehr Arbeiter in die Armut stürzen und den Frauen das Recht auf Abtreibung verweigern, bis zum fernen Europa, wo imperialistische Herrscher die griechische Bevölkerung

zu bitterer Armut verurteilen und Einwanderer im Meer ertrinken lassen. Im imperialistischen Koloss der Vereinigten Staaten wachsen offen faschistische Kräfte im Schatten des Regimes von Donald Trump. Aber es gibt auch einen Kampf der Revolutionäre, die Arbeiterbewegung zu mobilisieren, um diese Plage zu vernichten, bevor es zu spät ist. Die Hauptaufgabe an all diesen Fronten des Klassenkriegs besteht darin, in der Hitze bitterer Kämpfe den Kern echter revolutionärer, leninistisch-trotzkistischer Arbeiterparteien zu bilden, die in einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale für die internationale sozialistische Revolution kämpfen. Dies ist das „Wahlprogramm“ der Trotzisten der Liga Quarta-Internacionalista.■

Front der Linken in Argentinien...

fortgesetzt von Seite 20

die „Programmatische Erklärung der Front der Linken und Arbeiter“ (August 2011), besteht aus einer langen Wunschliste typischer Forderungen von militantem gewerkschaftlichen Ökonomismus: „Mindestlohn in Höhe des Verbraucherpreisindex“ (ein Maß für die grundlegenden Ausgaben einer typischen Familie), Renten in Höhe von 82% des Mindestlohns eines Arbeiters, ein Verbot von Entlassungen, „Schluss mit dem Outsourcing“; Verstaatlichungen, staatliche Übernahmen und „Enteignungen“ bestimmter Bereiche (besetzte Fabriken, Eisenbahn, „Großgrundbesitzer-Oligarchie“); Verteidigung von Sozialprogrammen (Gesundheit, Bildung, Sozialwohnungen); Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat, Rausschmiss der Bürokratie. Hinzu kommen weitere Forderungen wie freie Abtreibung, Polizei raus aus den Arbeitervierteln, Abzug der Truppen aus Haiti usw.

Was die Wirtschaftskrise betrifft, so verlangt das Programm, dass sie vom „Imperialismus, den multinationalen Unternehmen, Bankiers und Kapitalisten bezahlt wird“, als wäre es alles eine Frage der Verteilung. Dies ist eine liberale/reformistische Utopie. Die Krise ist darauf zurückzuführen, dass Banker und Kapitalisten in großen Schwierigkeiten stecken. Selbst wenn Steuern auf Gewinne, Erbschaften und Vermögen erhöht werden sollten (was nicht passieren wird) – bis wir die Herrschaft des Kapitals stürzen, werden die Arbeiter die Kosten der Krise bezahlen. Unter den 22 durchnummerierten Elementen des FIT-Programms gibt es einige, die radikaler zu sein scheinen, wie die „Verstaatlichung von Grundbesitz, beginnend mit der Enteignung der 4000 wichtigsten Ländereien“. Letzteres, allerdings wäre nur eine klassische kapitalistische Agrarreform und „Verstaatlichung von Grundbesitz“ ist eine bür-

gerlich-demokratische Forderung seit den Tagen des bürgerlichen Ökonomen Adam Smith im 18. Jahrhundert.¹ Und wenn das Programm davon spricht, den Sieg der „Revolutionen“ im Nahen Osten zu unterstützen, bedeutet das in der Realität, pro-imperialistische reaktionäre islamistische „Rebellen“ zu unterstützen, zum Beispiel in Libyen und Syrien.

Kurz gesagt, das Programm der argentinischen Front der Linken und Arbeiter ist eine Sammlung reformistischer Rezepte, die in keiner Weise über die Grenzen des Kapitalismus hinausgeht, oder die imperialistische Herrschaft und den bürgerlichen Staat in Frage stellt. Das ist nicht einfach nur was wir sagen. Hier was die Partido Obrero selbst über die programmatische Erklärung der FIT schreibt: „Das Programm, das 2011 ‚angenommen wurde‘ (es gab keine Diskussion) ist ein Rezept für staatliche Übernahmen und zeigt in keiner Weise die Methode auf, die das Proletariat dazu führen würde, eine Regierung der arbeitenden Bevölkerung zu errichten“ („Resolution über die Linkenfront“, *En defensa del marxismo*, Nr. 47, 1. April 2016).

Aber was ist eigentlich mit dieser Maximalforderung der FIT nach einer „Regierung der Werktätigen und des Volkes [gobierno de los trabajadores y del pueblo], durchgesetzt mittels

¹ Die Forderung, Grund und Boden zu verstaatlichen, ist in einem Land mit riesigen Landgütern wie Argentinien oder Brasilien relevant, aber es ist keine sozialistische Maßnahme. Wie Lenin in *Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905-1907* (1907) erläutert: „Nationalisierung des Grund und Bodens unter kapitalistischen Verhältnissen ist Übergabe der Rente an den Staat, nichts mehr und nichts weniger.“ (Die Rente ist dabei „jener Teil des Mehrwerts, der nach Abzug des Durchschnittsprofits auf das Kapital übrigbleibt“). Die Verstaatlichung des Bodens würde den Großgrundbesitzern den zusätzlichen Mehrwert abnehmen, den sie dank ihres Monopols auf Grundbesitz genießen.

Die PTS bejubelt die Zunahme ihrer Stimmzahl, obwohl sie von 2013 bis 2017 fast 15% ihrer Wähler verlor



der Mobilisierung der Ausgebeuteten und Unterdrückten? Ist das keine revolutionäre Forderung? Keineswegs. Basierend auf diesem Programm von Reformen, wäre es stattdessen eine weitere Regierung des kapitalistischen Staates. Dies könnte das Motto von allen möglichen reformistischen Sozialdemokraten sein (wie die Labour Party in Britannien), oder sogar von manchen bürgerlichen Populisten. In der Tat ist die Formel übernommen vom größten argentinischen Populisten aller Zeiten, General Juan Domingo Perón. Der damalige Präsident hat sie oft erwähnt, so in einer Rede am 1. Mai 1949, in der er die „Regierung der Werktätigen, die ich geehrt bin zu führen“ hochleben ließ. Dieser Ausdruck ist vielen peronistischen Arbeitern in Erinnerung. Erinnern wir uns auch daran, dass die PTS aus der morenistischen Tendenz hervorgegangen ist und dass Nahuel Moreno seine Karriere als politischer Wandlungskünstler begann, der sich als oberster Sprecher des „revolutionären Arbeiter-Peronismus“ ausgab.²

Wie wir in einem anderen Artikel erklärt haben, beschränkt sich das Konzept der werktätigen Bevölkerung nicht auf die Arbeiterklasse, sondern beinhaltet auch breite kleinbürgerliche Schichten. Eine „Regierung der Werktätigen und des Volkes“ ist nicht das Äquivalent von „Arbeiterregierung“ oder „Arbeiter- und Bauernregierung“, womit Trotzisten (und die Bolschewiki von 1917) die revolutionäre Diktatur des Proletariats meinen (siehe „The Electoral Campaigns of the Brazilian Left“, www.internationalist.org). Der Zusatz „und des Volkes“ im FIT-Programm betont den „klassenübergreifenden“ – also bürgerlichen – Charakter einer solchen Regierung. Eine Regierung „durchgesetzt durch die Mobilisierung der Ausgebeuteten und Unterdrückten“? Das könnte man von jeder Regierung sagen, die im Zusammenhang mit einer Streikwelle gewählt wurde.

Aber nehmen wir ein konkretes Beispiel: die sozialdemokratische Regierung Deutschlands unter Friedrich Ebert, die am 9. November 1919 ins Amt kam. Eine Regierung der werktätigen Bevölkerung? Natürlich bestand sie aus der Sozialdemokratischen Par-

tei Deutschlands (SPD) und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD). „Durchgesetzt durch die Mobilisierung der Ausgebeuteten und Unterdrückten“? Ohne Zweifel war sie das Resultat des Arbeiteraufstands, der Kaiser Wilhelm II. stürzte. Diese Regierung genehmigte viele der Reformen, die sich im Forderungskatalog der FIT finden. Aber sie war eine Regierung des kapitalistischen Staates, deren Aufgabe es war, die Revolution zu begraben. Oder, expliziter: Die kommunistischen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden auf Befehl einer konterrevolutionären, Regierung der Werktätigen und des Volkes, durchgesetzt mittels der Mobilisierung der Ausgebeuteten und Unterdrückten ermordet!

Die FIT-Führer sind keine Neulinge und verstehen die Bedeutung ihrer Worte sehr gut. Lesen wir also, was die PTS über den Slogan der Regierung der Werktätigen sagt. In einem Artikel über „Programmatische Debatten in der Linkenfront Argentinien“ (*Izquierda Diario*, 7. Oktober 2015) schreibt sie: „Dies ist eine allgemeine Formulierung, aber es widerspiegelt die Übereinstimmung, die wir in der Front erreichen konnten.“ Jedoch sei der Slogan „Regierung der arbeitenden Bevölkerung“, „mehrdeutig“ und „ist anfällig für unterschiedliche Auslegungen“ wegen des Fehlens eines Satzes über die Notwendigkeit, „den Repressionsapparat dieses Staates, der im Dienst der Ausbeuter steht, zu ersetzen durch Arbeiterorganisationen auf dem Weg des Kampfes für ihre eigene Regierung“. Allerdings, sei die PO dagegen gewesen, dies explizit zu machen. So bleibt das Programm so wie es geschrieben wurde, ohne „klar zu machen, dass sich die Arbeiterklasse nicht einfach auf den bürgerlichen Staat verlassen kann, so wie er ist“. Es ist nicht einfach nur Mehrdeutigkeit. Im Rahmen des Reformprogramms der FIT, ist die Bedeutung der „Regierung der Werktätigen und des Volkes“ eindeutig: Es wäre eine Regierung des kapitalistischen Staates.

Die Antwort der Partido Obrero? In ihrer „Resolution über die Linkenfront“ schreibt die PO, dass die „widersprüchliche politische Zusammensetzung“ der FIT – mit der Anwesenheit „militanter, aber demokratisierender Parteien“ (d.h. Izquierda Socialista und PTS), aufgrund von deren Herkunft im

Morenismus – „uns veranlasst hat, die FIT seit ihrer Gründung als ‚opportunistisch‘ zu bezeichnen“. Die Partner selbst sprechen von einem opportunistischen Konglomerat!

Es ist nicht nur eine Frage von Streitigkeiten über Formulierungen im Programm, sondern von akuten inneren Widersprüche der Linkenfront, die hochkamen inmitten der größten Klassenkämpfe im Land. Ein bemerkenswerter Fall war der „Streik“ (Meuterei) der Provinzpolizei in Córdoba im Dezember 2013. Während eines Gehaltsstreiks verkündeten Polizisten eine Acurtelamento (Beschränkung auf die Kasernen) ihrer Kräfte, was dann zu Plünderungen führte. Am nächsten Tag gab der Gouverneur den Forderungen der Polizei nach. Daraufhin forderten mehrere Gewerkschaften von öffentlichen Angestellten gleiche Lohnerhöhungen, und die Polizei anderer Provinzen sicherte sich viel höhere Zuwächse. Wie war die Antwort der FIT? Die IS, die im Einklang mit ihrer morenistischen Tradition Polizisten als „Arbeiter“ bezeichnet, sprach von einem „Polizeistreik“ und begrüßte die „wichtigen Erhöhungen“ die erreicht wurden. Altamiras PO veröffentlichte einen Artikel der sagte, dass die Polizei-„Meutereien“ Erhöhungen erreichten „um damit fortzufahren, ihre gegenwärtigen repressiven Funktionen zu erfüllen“, dass aber die Arbeiter gleichwertige Erhöhungen verlangen sollten, nach dem Motto „jetzt kommen wir dran“. Die PTS schrieb, dass „die elementare Position war, die Polizei-Ausschreitungen nicht zu unterstützen“ und eine „klare politische Denunziation der Meuterei“ zusammen mit der Forderung nach „Lohnerhöhungen für die Arbeiter, nicht für die Repressoren“ erforderlich war (*La Verdad Obrera*, 12. Dezember 2013).

Trotz dieser sehr unterschiedlichen Positionen, die bereits vor der Bildung der Front bekannt waren, stimmte die FIT am 13. Dezember für ein Kommuniqué, in dem es heißt: „Wir waren vor der Illusion, dass die Polizeikrise die Sicherheitskräfte zu Verbündeten der Arbeiter gemacht oder ihre repressive Funktion verringert hat.“ Doch auch nach der gemeinsamen Stellungnahme gingen die Auseinandersetzungen in der FIT weiter. Die PO rief dazu auf, mit einem FIT-Kontingent an einer Demonstration des Gewerkschaftsbunds



Das Wahlticket der FIT bei den Wahlen 2011. Vier Jahre später nannte Altamiras Partido Obrero die Front „opportunistisch“ und Castillos PTS sagt, dass ihre Forderung nach einer „Regierung der Werktätigen und des Volkes“ eine Regierung des kapitalistischen Staates bedeuten könnte

² Siehe unsere Broschüre *La Verdad sobre Moreno* (in Englisch als *Moreno Truth Kit* erhältlich), veröffentlicht im Jahr 1982 und 2011 von der Liga für die Vierte Internationale neu aufgelegt.

Central de Trabajadores de la Argentina (CTA) an jenem 19. Dezember teilzunehmen. Die PTS stimmte nicht zu und sagte, dass sie nicht mit Polizisten marschieren sollte (die CTA beinhaltet eine Polizei-„gewerkschaft“). Die PO antwortete, dass eine „solche Situationen nicht mit der Phrase ‚ein Polizist ist kein Arbeiter‘ gelöst werden kann“ und dass die PTS die Erklärung gegen die Polizei-Ausschreitungen hätte unterschreiben sollen, die von Regierung und Opposition abgestimmt wurde, die beide kapitalistisch sind (*Prensa Obrera*, 3. Januar 2014).

Angesichts derart scharfer gegenseitiger Verurteilungen – wie ist es ihnen so gelungen, eine gemeinsame Erklärung zu schreiben? Wer hat die Wortspielereien schon durchschaut? Die Mitglieder dieses verrotteten Blocks versteckten ihre Meinungsverschiedenheiten, indem sie die Polizei als Institution verurteilten und gleichzeitig ihre diametral entgegengesetzten Positionen gegenüber den Polizeibeamten verdeckten. Und dann machen sie damit weiter Kandidaten auf der selben Wahlliste zu präsentieren, bis die nächste Krise kommt.

Dies ist ein stark umstrittenes Thema auf der Linken. Revolutionäre Marxisten (Trotzkisten) bestehen darauf, dass Polizisten keine Arbeiter sind, die von den Bossen ausgebeutet werden. Stattdessen sind sie „die bewaffneten Schläger des Kapitals“, weswegen sie die erklärten Feinde aller Bewegungen von Arbeitern und Unterdrückten sind. Wie Trotzki in Bezug auf Deutschland in den frühen 1930er-Jahren schrieb, wo die Sozialdemokraten viele Illusionen über die Polizei hatten: „Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter“ (*Was Nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats*, 1932). Die Polizei selbst bezeugt dies mit ihrer repressiven „Arbeit“ bei jedem Streik oder bei Protesten gegen die Gewalt dieser Wachhunde des Kapitals. Polizeiorganisationen sind keine Arbeitergewerkschaften, sondern Banden uniformierter, bewaffneter Gangster im Dienst der Bosse: Wir rufen dazu auf, sie aus der Arbeiterbewegung auszuschließen. Wir fordern dies nicht nur, die Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, heute Sektion der Liga für die Vierte Internationale, mobilisierte 1996 dafür, die örtliche Polizei von der Kommunalarbeitergewerkschaft der Stadt Volta Redonda abzutrennen, was zu einer repressiven Offensive mit mehr als neun Klagen gegen uns führte.³ Im folgenden Jahr feierte die PSTU (die brasilianische Sektion der FT-CI) und ein großer Teil der brasilianischen Linken die Aufstände der Militärpolizei.⁴

Um es deutlich zu sagen, die Trotzkistische Fraktion ist kein Modell der marxistischen Orthodoxie oder Konsistenz in Bezug auf die Polizei. 2003 gab es in Bolivien, wenige Monate vor Beginn des „Gas-Kriegs“, Ausschreitungen von Polizisten, die unzufrieden waren, dass keine Gehaltserhöhung für sie im Budget von Präsident Sánchez de Losada enthalten war, eine imperialistische Marionette. Praktisch die gesamte Linke unterstützte die Bullen, es ging so weit, „Lang lebe der Aufstand der uniformierten Arbeiter“ zu schreiben (wie ein Flugblatt von der Partido Obrero Revolucionario von Guillermo Lora verkündete). Wir haben die Antwort der bolivianischen Sektion der FT-CI kommentiert: „Andere, wie die kleine Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional (LOR-CI, Revolutionäre Arbeiterliga für die Vier-

³ Siehe „Class Struggle in Volta Redonda: Cops, Courts Out of the Unions“ in *The Internationalist* Nr. 1, Januar/Februar 1997, übersetzt aus *Vanguardia Operária* Nr. 1, Juli-September 1996. Siehe auch die Broschüre der Internationalist Group, (Februar 1997).

⁴ Siehe „Brazil: Crisis of the Capitalist State“, *The Internationalist* Nr. 3, September/Okttober 1997, übersetzt aus *Vanguardia Operária* Nr. 2, August-Okttober 1997. Siehe auch „Latin America: Opportunist Left Embraces the Cops“, *The Internationalist* Nr. 4, Januar/Februar 1998.



„Streik“ (Meuterei) der Polizei in Córdoba, Argentinien, Dezember 2013. In dieser Härteprüfung im Klassenkampf fanden sich die Partner der FIT auf entgegengesetzten Seiten der Barrikaden wieder: Ein Teil unterstützte offen die Aktion der Polizei (die Kasernen nicht zu verlassen), ein anderer rief Arbeiter dazu auf, dem Beispiel der Polizei zu folgen, während der dritte höfliche Kritik übte. Hinterher haben die Komponenten dieses verrotteten Blocks weiter gemeinsame Kandidaten aufgestellt. Wir sagen ganz klar: Polizisten sind keine Arbeiter, sondern vielmehr die bewaffneten Schläger des Kapitals, und wir arbeiten daran, Polizeiorganisationen aus der Arbeiterbewegung auszuschließen

te Internationale), erhoben zögerlicher die Forderung nach einer ‚Politik, die die Unterstützung der Meuterei an Bedingungen knüpfen würde‘, während sie gleichzeitig den 12. und 13. Februar zu ‚revolutionären Tagen‘ erklärten (*Lucha Obrera*, März 2003).⁵ Die LOR-CI beschuldigte uns dann, ihre Politik verfälscht zu haben (in *Revista de los Andes*, Herbst 2004). Aber als wir ihnen die Zitate aus ihrer eigenen Zeitung zeigten, räumten einige LOR-CI-Kader ein, dass es keine Verfälschung gab und unsere Kritik politisch korrekt war.⁶ Eine Korrektur der Beschuldigung wurde jedoch nie veröffentlicht.

Die wiederholten politischen Differenzen innerhalb der argentinischen FIT und die Häufigkeit der Angriffe zwischen PTS und PO (mit Vorwürfen wie „Kretin“, „Sabotage“, „Verleumdung“, „Idiotie“, „Lügen“, „den Medien in die Hände spielen“ und „sogar körperliche Gewalt“ u.a.) sind so ausgeprägt, dass man sich fragen muss, warum sich derart feindselige Gruppen jemals einer gemeinsamen Wahlfront anschließen würden. Die Antwort liegt im argentinischen parlamentarischen System und insbesondere in der staatlichen Finanzierung. Die Front wurde kurz nach einer politischen Reform aus dem Jahr 2009 gebildet, die angeblich darauf abzielte, das Wahlsystem zu „demokratisieren“, und eine „Untergrenze“ von 1,5% der abgegebenen Stimmen

⁵ „Bolivia Aflame: ‚Gas War‘ on the Altiplano“, *The Internationalist* Nr. 17, Oktober/November 2003.

⁶ Siehe „Bolivia Explodes in Sharp Class Battle“, *The Internationalist* Nr. 21, Sommer 2005.

bei „offenen, gleichzeitigen und obligatorischen Vorwahlen“ (PASO) einführt. Diese Vorwahlen fungieren als eine erste Runde der Abstimmung, um zu entscheiden, wer bei den allgemeinen Wahlen antreten darf (und staatliche Finanzierung erhält). Die Gründung der FIT ermöglichte es den beteiligten Parteien die 1,5%-Hürde zu überschreiten und gleichzeitig Mittel aus den „öffentlichen“ Kassen zu erhalten. Die Summen sind nicht unerheblich. Den Berichten des Permanenten Parteifonds zufolge, erhielt die FIT 2017 insgesamt 42 361 918 Argentinische Pesos für die Vorwahlen und die allgemeinen Wahlen, zum damaligen Wechselkurs über zwei Millionen Euro. Eine ordentliche Menge Kleingeld.

Wie wir schon in der Vergangenheit erklärten, lehnen revolutionäre Trotzkisten eine Finanzierung durch den kapitalistischen Staat ab, für dessen Sturz wir kämpfen, weil es der Bourgeoisie ein machtvolleres Werkzeug gibt, die Arbeiterpartei zu kontrollieren, zu lähmen oder sogar zu beseitigen. Die einzige ehrliche Rechtfertigung dafür, die die FIT und ihre Bestandteile (PTS, PO, IS) dafür vorbringen könnten, vom Staat finanziert zu werden, wäre die Aussage, dass sie nicht versuchen, den Kapitalismus zu beseitigen, sondern ihn reformieren wollen (ein unmögliches Ziel). Darüberhinaus ist die FIT nicht die einzige reformistische Option in den argentinischen Wahlen. Wer für eine linke Partei stimmen möchte, die das unreformierbare kapitalistische System reformieren will, kann sich auch für die MST (Movimiento Socia-

lista de Los Trabajadores) entscheiden, oder für Izquierda al Frente por el Socialismo (Linke voran zum Sozialismus), die aus MST und Nuevo MAS (Nuevo Movimiento al Socialismo) besteht, die beide morenistisch sind und mit einem 40-Punkte-Plan aufwarten, der mit dem



Brasilien, Juli 1996: Kommunale Arbeiter in Volta Redonda verlangen „Gerichte der Bosse, Militärpolizei und Kommunalpolizei – haltet euch von der SFPMVR fern“, der Gewerkschaft der städtischen Angestellten. Die Gewerkschaftsführer, Trotzkisten der Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, starteten die Kampagne zur Abtrennung der Polizei, was schwere Repression auslöste

reformistischen FIT-Programm quasi identisch ist. Bon appétit! Authentische revolutionäre Marxisten würden für keine dieser Pseudo-Trotzkisten stimmen, die hausieren gehen mit abgenutzten Gebrauchsgütern oder hingepfuschten Plagiaten des Originals.

Man muss klar sagen, dass die Wahlarena das Terrain des Klassenfeinds ist. Wahlen, genau wie das Justizsystem oder jede andere Institution des kapitalistischen Staates, sind nicht neutral. Sie sind ein manipuliertes Kasinospiel, das dazu dient, den Massen vorzugaukeln, das sie den Kurs der Gesellschaft bestimmen würden, während in Wirklichkeit das Kapital entscheidet. Authentische Trotzkisten sind nicht prinzipiell gegen Teilnahme an bürgerlichen Wahlen, vorausgesetzt, dass die Kandidatur auf Klassenunabhängigkeit beruht. Wir lehnen es kategorisch ab, für eine kapitalistische Partei oder Volksfront zu stimmen, ein Bündnis der Klassenkollaboration, das notwendigerweise einen bürgerlichen Klassencharakter hat. Aber wenn wir zu Wahlen antreten, muss es immer darum gehen das revolutionäre Programm zu verbreiten, wie es die Bolschewiki in der zaristischen Duma taten. Wir können auch für die eine oder andere Reform kämpfen, aber in dieser Zeit des verfallenden Kapitalismus, ist ein reformistisches Programm zum Scheitern verurteilt. Daher ist es im Allgemeinen sinnlos, für Reformisten zu stimmen. Lediglich inmitten einer hitzigen Klassenauseinandersetzung, in der es zwingend ist, die eine oder die andere

Seite zu ergreifen, könnte man eine Arbeiter-Kandidatur kritisch unterstützen, um die Klassenlinie zu ziehen. Wir rufen jedoch nicht zur Wahl der argentinischen FIT auf, weil sie die Plattform des Wahlkampfes überhaupt nicht zur Verbreitung revolutionärer Propaganda ausnutzen, sondern dafür, reformistisches Katzensgold zu verkaufen.

Angesichts des Aufstiegs der Faschisten in den frühen 1930er-Jahren, stritt Leo Trotzki mit zentristischen Gruppen in Deutschland, die das Programm in Wahlfronten zu verwässern suchten, und behaupteten (wie heute die Mitglieder der argentinischen FIT), dass dies ein Ausdruck der Einheitsfront sei. Trotzki betonte:

„Einheitsfront ist Einheit der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitermassen und nicht das Pakieren politischer Gruppen, die ohne Massenanhänger sind.

Man wird uns erklären: der Block Rosenfeld-Brandler-Urbahns ist nur ein Block für Einheitsfrontpropaganda. Aber gerade auf dem Gebiete der Propaganda ist die Einheitsfront unzulässig. Die Propaganda muss sich auf klare Prinzipien stützen, auf ein bestimmtes Programm. Getrennt marschieren, vereint schlagen. Der Block dient lediglich praktischen Massenaktionen. Spitzenabkommen ohne prinzipielle Grundlage können nichts als Verwirrung bringen.

Die Idee, einen Präsidentschaftskan-

didaten der Arbeitereinheitsfront aufzustellen, ist eine von Grund auf falsche Idee. Einen Kandidaten kann man nur auf dem Boden eines bestimmten Programms aufstellen. Die Partei hat kein Recht, während der Wahlen auf die Mobilisierung ihrer Anhänger und auf die Berechnung ihrer Kräfte zu verzichten.“

– *Was tun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats* (1932)

Die Tatsache, dass wir die FIT in Argentinien und die Kandidaten der opportunistischen Gruppen (ob Reformisten oder Zentristen) bei diesen Wahlen in Brasilien nicht unterstützen, bedeutet in keiner Weise eine passive Politik. Die wirklichen Gefahren am Horizont – von einem bonapartistischen Regime des „starken Staats“ unter Aufsicht von Justiz und Militär, oder von einer sanfteren Variante mit der Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei) im Bunde mit den bürgerlichen „Putschplanern“ von gestern – bedeuten beide harte Angriffe auf die Arbeiter und Unterdrückten. Wir müssen kämpfen, und zwar jetzt, mitten im Wahlchaos, um eine Klassenantwort – proletarisch und revolutionär – zu mobilisieren: mit Streiks, Protesten und Fabriksbesetzungen gegen den Wahlbetrug und die kapitalistischen Angriffe, die erleichtert. Die Liga für die Vierte Internationale ruft auf zur Organisation einer leninistisch-trotzkistischen Arbeiterpartei, die für eine Arbeiter- und Bauernregierung und internationale sozialistische Revolution kämpft!■

Liga für die Vierte Internationale

LVI, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A.
internationalistgroup@msn.com □ www.internationalist.org

Internationalist Group/U.S.

Internationalist Group, Box 3321, Church Street Station, New York, NY 10008, U.S.A.; internationalistgroup@msn.com
New York (212) 460-0983, Fax (212) 614-8711; New England (617) 213-5010; Portland (503) 683-1894; Los Angeles (323) 984-8590

Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

Caixa Postal 084027, CEP 27251-740, Volta Redonda, RJ, Brasilien; Caixa Postal 3982, CEP 20001-974, Rio de Janeiro, RJ, Brasilien; lqb1996@yahoo.com.br

Internationalistische Gruppe/Deutschland

LVI, Postfach 809721, 21007 Hamburg; permanenterevolution@posteo.de

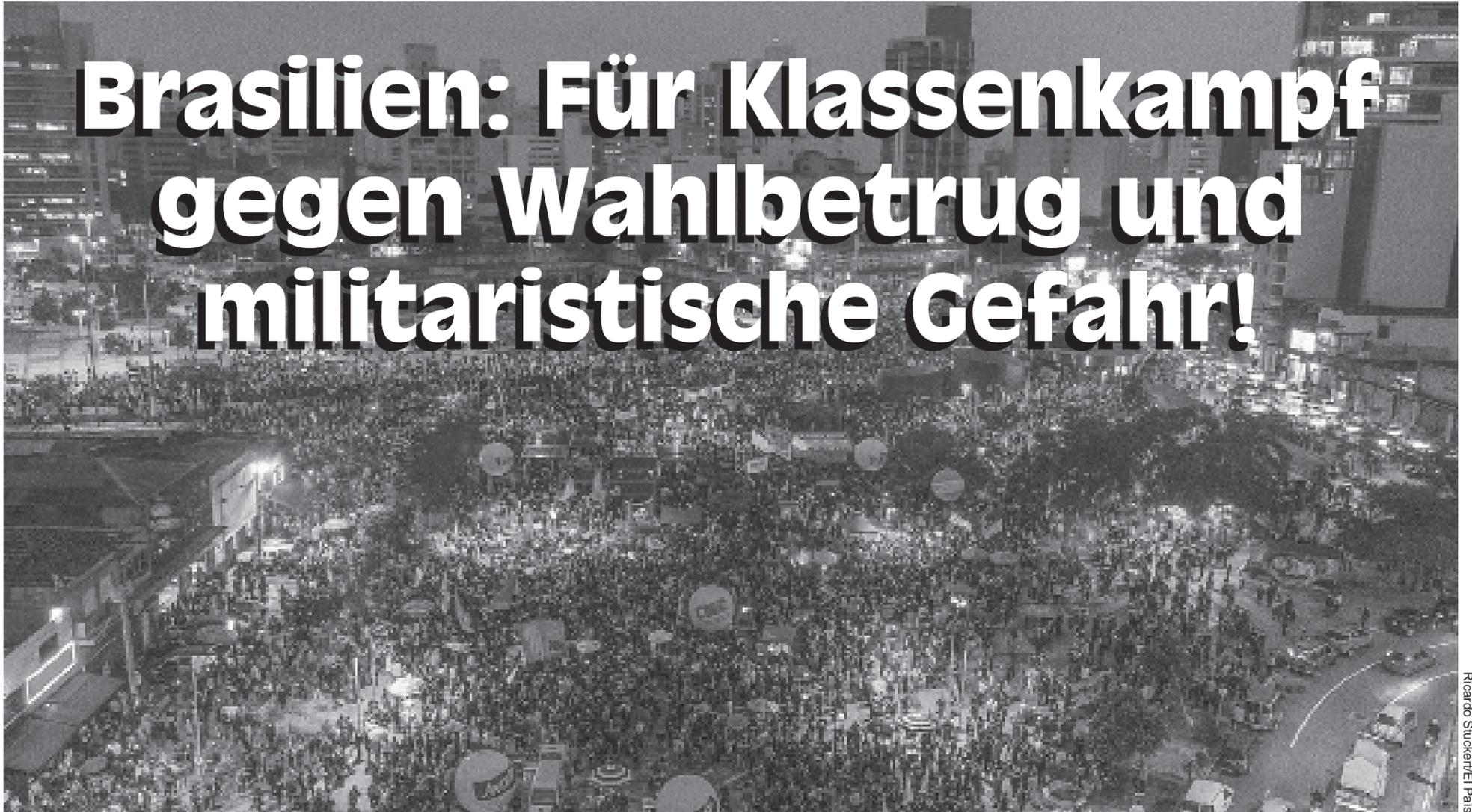
Nucleo Internazionalista d'Italia

Anna Chiaraluce, Casella Postale N. 6, 06070 Ellera Umbra (PG), Italien; it_internazionalista@yahoo.com

Grupo Internacionalista/México

Aptdo. Postal 12-201, Admón. Postal Obrero Mundial, CP 03001, Ciudad de México, Mexiko; mx; Cd. de México: 55-3154-7361; Guadalajara: 33-1752-6643; Oaxaca: 951-129-2086; grupointernacionalista@yahoo.com.

Brasilien: Für Klassenkampf gegen Wahlbetrug und militaristische Gefahr!



Ricardo Stuckert/El País

Generalstreik gegen Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungs„reformen“, São Paulo, 28. April 2017. Heute sind machtvolle Arbeiteraktionen nötig, um gegen Wahlbetrug, die bonapartistische Gefahr, und die Angriffe auf die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten zu kämpfen, die alle Flügel der Bourgeoisie durchsetzen wollen

Die brasilianischen Präsidentschaftswahlen im Herbst 2018 waren die brisantesten seit Gründung der „Neuen Republik“ 1988 nach über zwei Jahrzehnten von Militärdiktatur. Der antidemokratische Charakter der Abstimmung war schon vorher offensichtlich – spätestens mit dem Veto der Justiz gegen den Kandidaten, der allen Umfragen zufolge die Präsidentschaft gewonnen hätte: der ehemalige Präsident Luiz Inacio Lula da Silva, der historische Führer der Partido dos Trabalhadores (PT), eine bürgerliche Arbeiterpartei. Gleichzeitig gab es die ganze Zeit Forderungen nach einer Intervention der Armee, um angeblich gegen Korruption vorzugehen.

Brasilianische Trotzlisten sagten: Ungültig wählen und Klassenkampf organisieren!

Die militärische Intervention in Rio de Janeiro hatte Anfang 2018 bereits zur Ermordung der Stadträtin Marielle Franco geführt, die für ihre Kritik an den eskalierenden Massakern der Polizei bekannt war. Unsere Schwesterorganisation Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LQB) warnte davor, dass die bonapartistische Gefahr – also die Errichtung eines autoritären Regimes, dass unmittelbar auf dem Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Staates beruht – sehr real ist, aber nicht an der Wahlurne gebannt werden kann. Die LQB weist auch darauf hin, dass die Gefahr nicht einfach von den Anhängern des Militärkandidaten Jair Bolsonaro ausgeht. Die gesamte brasilianische Bourgeoisie ist entschlossen, ihre Politik des Sozialkahltschlags durchzusetzen. Auch die bürgerliche Volksfront-Allianz um die PT hätte im Falle ihres Sieges weitere arbeiterfeindliche „Reformen“ durchgesetzt (wie es die früheren PT-Volksfrontregierungen von Lula und Dilma Rousseff taten).

Angesichts dieser betrügerischen Wahlen, die von Richtern und Militär manipuliert wurden, rief die LQB dazu auf, die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten zu mobilisieren.

Angesichts dieser betrügerischen Wahlen, die von Richtern und Militär manipuliert wurden, rief die LQB dazu auf, die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten zu mobilisieren.

Angesichts dieser betrügerischen Wahlen, die von Richtern und Militär manipuliert wurden, rief die LQB dazu auf, die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten zu mobilisieren.

Angesichts dieser betrügerischen Wahlen, die von Richtern und Militär manipuliert wurden, rief die LQB dazu auf, die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten zu mobilisieren.

weiter auf Seite 16

Front der Linken in Argentinien: Ein reformistisches Wahlkartell

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Vanguarda Operária Nr. 14, Oktober/November 2018, Zeitung unserer Genossen der Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, Sektion der Liga für die Vierte Internationale.

In Diskussionen über die Wahlpolitik der Linken in Brasilien führt die Gruppe Movimento Revolucionário de Trabalhadores (MRT) als wegweisendes Beispiel die Frente de Izquierda y de los Trabajadores (FIT, Front der Linken und Arbeiter) in Argentinien an. Die MRT ist die brasilianische Sektion der Trotzlistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI; in Deutschland RIO). Diese Tendenz wird von der argentinischen Partido de los Trabajadores Socialistas (PTS – Partei der Sozialistischen Arbeiter) geführt, die eine der drei Komponenten der Front darstellt. Von der Südspitze Lateinamerikas, über die USA, bis nach Europa verweisen Anhänger der FT-CI auf die FIT als das Modell und die Verkörperung von Klassenunabhängigkeit was Wahlen angeht. Sie verkünden mit großem Tamtam ihre Fortschritte bei Wahlen:



Veria / Enfoque Rojo

Demonstration der argentinischen Front der Linken und Arbeiter

Von 500 000 Stimmen (2,3% der Gesamtsumme) bei den Präsidentschaftswahlen 2011 auf mehr als eine Millionen (4,3%) bei den Wahlen für den Nationalkongress im Jahr 2017. „Nichts ist

erfolgreicher als Erfolg“ scheint die Devise zu sein – auch wenn die Ergebnisse in Sachen Wahlarithmetik noch sehr bescheiden ausfallen.

Was also ist die Front der Linken in

Argentinien? Um niemanden unnötig auf die Folter zu spannen: Es handelt sich um ein reformistisches und opportunistisches Wahlbündnis. Sie ist eine Koalition auf der Grundlage ei-

nes Programms des kleinsten gemeinsamen Nenners, in der zentristische Parteien, die sich revolutionär nennen, die marxistischen Prinzipien aufgeben, die sie zu verteidigen behaupten. Es ist genau die Art von Propaganda-Block, vor der Leo Trotzki in den 1930er-Jahren warnte. Und wir werden dies aufzeigen, nicht nur durch marxistische Analyse, sondern auch in dem wir die Worte der Teilnehmer dieses Wahlkonsortiums zitieren.

Also los: Die FIT besteht aus der PTS, der Partido Obrero (PO – Arbeiterpartei) und Izquierda Socialista (IS – Sozialistische Linke). (Die PTS ist wie gesagt verbunden mit RIO, während die anderen zwei keine deutschen Schwesterorganisationen haben.) Sie wurde gegründet, um bei den Präsidentschaftswahlen 2011 zu kandidieren. Die beteiligten Organisationen stellten eine Liste bestehend aus Jorge Altamira für das Präsidentenamt und Christian Castillo als Vize auf. Bei den beiden handelt es sich um die die wichtigsten Führer der PO und der PTS. Ihr Programm, weiter auf Seite 18